

PROTOKOLL

Begrüßung

Gretz

Wenn auch aktuelle außenpolitische Ereignisse immer wieder unsere Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen - ich denke nur an den Falkland-Konflikt, in den gegenwärtig einer unserer Partner in der Europäischen Gemeinschaft verwickelt ist-, so muß doch langfristig die Frage nach dem Verhältnis unseres Staates zu seinen Bürgern im Zentrum unseres Interesses stehen. Ein besonders wichtiger Aspekt dieses Verhältnisses ist die Frage, ob die Verfassungswirklichkeit in bezug auf die politischen Parteien mit der Verfassungsentention noch zureichend kongruent ist. Trifft also die Prämisse noch zu, daß unsere Gesellschaft durch die politischen Parteien repräsentiert wird? Eine Prämisse, die die Mitglieder des Parlamentarischen Rates offenkundig für gegeben hielten, als sie im Grundgesetz die politischen Parteien zum Werkzeug für die politische Willensbildung erklärten.

Unberechtigt scheint diese Frage jedenfalls nicht zu sein; denn sonst hätten nicht 20 prominente Vertreter der Öffentlichkeit, darunter eben auch Mitglieder jener in Frage stehenden Institutionen, den Weg nach Bergedorf gefunden, um hierauf differenzierende Antworten zu geben.

Im Namen des Arbeitsstabes des Bergedorfer Gesprächskreises und stellvertretend für Herrn Dr. Körber, der zu seinem großen Bedauern an unserer heutigen Gesprächsrunde nicht teilnehmen kann, möchte ich Sie hier im Bergedorfer Schloß herzlich begrüßen.

Unser besonderer Dank gilt den beiden Referenten, Herrn Professor Löwenthal und Herrn Minister Remmers, die sich im Vorwege die Mühe gemacht haben, einige Leitgedanken zu unserem heutigen Thema zu formulieren. Dank gilt auch Herrn Heigert für seine Bereitschaft, die aufeinandertreffenden Antworten und die höchstwahrscheinlich neu auftretenden Fragen so abzustimmen, daß ein fruchtbarer Verlauf der Diskussion gewährleistet ist.

Löwenthal

Unser Thema lautet: "Repräsentieren die Parteien unsere Gesellschaft?" Es ist nicht selbstverständlich, wie die Parteien die Gesellschaft repräsentieren sollen. Meist wird diese Frage so verstanden, daß die Parteien alle Schattierungen, alle Teilinteressen, Strömungen und Gesinnungen, die in der Gesellschaft auftreten, vollständig repräsentieren sollen. Das ist sicher wünschenswert, aber nicht ausreichend. In einer repräsentativen Demokratie ist es nämlich außerdem notwendig, daß die Parteien regierungsfähige Mehrheiten bilden können. Deshalb halte ich es für ebenso wichtig, die Frage zu stellen, wieweit unser repräsentatives Parteiensystem in der Lage ist, regierungsfähige Mehrheiten zu bilden. Die repräsentative Demokratie braucht beides, allseitige Teilrepräsentation und mehrheitsfähige Gesamtrepräsentation.

Ich füge gleich hinzu: Mehrheitsfähige Gesamtrepräsentation erfordert, daß die dafür in Frage kommenden Parteien nicht nur Teilinteressen repräsentieren, sondern auch ein Konzept von Gesamtinteresse oder Gemeinwohl haben. Ich sage ein Konzept, nicht das Konzept. Wir leben nicht in einem autoritären Staat, in dem irgendwelche Leute das Gemeinwohl gepachtet haben wie früher die Monarchen und unter ihrer Obhut die Bürokraten, sondern es gibt mehrere mögliche Konzepte vom Gemeinwohl, die in einer Demokratie miteinander konkurrieren müssen. Aber die Fähigkeit, solche Konzepte zu schaffen, ist für eine demokratische Repräsentation nicht weniger wichtig, als die Fähigkeit, alle Schattierungen und Teilinteressen zu repräsentieren.

Es gibt eine Reihe von verwandten Problemen, mit denen ich mich nur am Rande beschäftigen werde. Dazu gehört einmal die Frage, wieweit die Parteien in der Lage sind oder daran gehindert werden, repräsentativ zu handeln. Haben sie geeignetes Personal, oder werden ihre Wirkungsmöglichkeiten durch die Bürokratie oder durch Fachleute eingeengt?

Des weiteren halte ich es heute in der Bundesrepublik für eine sehr wichtige Frage, wieweit die repräsentative Rolle der Parteien durch die Gerichte eingeengt wird. Was sich hier zeigt, ist eine außerkonstitutionelle Entwicklung, die sich via facti vollzogen hat. Das heißt, eine ganze Reihe von Fragen, die unter den Parteien kontrovers sind, werden von Gerichten entschieden. Dabei denke ich nicht nur an das Bundesverfassungsgericht, dessen Rolle, was seine Detailurteile angeht, sehr umstritten ist. Ich denke vor allem an die wuchernden Verwaltungsgerichte, die die politische Entscheidungsfähigkeit des Parlaments in zunehmendem Maße einengen. Dies ist eine Entwicklung, die der Tendenz nach zum Obrigkeitsstaat zurückführt, indem hier Leute entscheiden, die nicht gewählt sind und die sich, unabsetzbar wie sie sind, befugt fühlen, Entscheidungen, und zwar Detailentscheidungen, über die Köpfe der gewählten Volksvertreter hinweg zu fällen. Ich sehe darin eine wirkliche Gefahr für unsere Demokratie.

Eine andere Frage, die mehr zu unserem Thema gehört, ist, wieweit die Parteien - ganz hart formuliert - durch innerparteiliche Demokratie an der Repräsentation ihrer Wähler gehindert werden. Das klingt paradox, aber ich meine damit folgendes: Im demokratischen Wahlkampf müssen sich die Parteien im allgemeinen zur Mitte hin orientieren, wenn sie die Mehrheit gewinnen wollen. Die innerparteiliche Demokratie - ebenfalls ein Verfassungsgebot - tendiert nun sehr oft dazu, die Parteien von der Mitte weg zu den Extremen hinzuziehen. Der Grund liegt darin, daß sich die radikaleren Gruppen einer Partei in der Regel aktiver an innerparteilichen Versammlungen, Wahlen und so weiter beteiligen.

Dieses Problem ist nicht auf die Bundesrepublik beschränkt. Wir kennen solche partiellen Lähmungen der demokratischen Funktionsfähigkeit der Parteien durch bestimmte Formen der innerparteilichen Demokratie beispielsweise in der britischen Labour Party und in der Demokratischen Partei der Vereinigten Staaten, zeitweise auch in der Republikanischen Partei, denken Sie an Goldwater.

Natürlich sollen die Parteien nicht auf die innerparteiliche Demokratie verzichten, aber möglicherweise läßt sie sich durch Heranziehung der Wähler in irgendeiner Form von Primärwahlsystem ergänzen. Doch solche Einzelheiten will ich jetzt nicht behandeln, zumal ich darüber vor kurzem einiges geschrieben habe.

Wir leben in einer Gesellschaft, die sich ständig verändert. Das bedeutet, es entstehen neue soziale Schichten mit neuen Interessen und Gesinnungshaltungen - Schlagwort "Wertwandel". Wie sollen sich die Parteien diesen neuen Interessen und Gesinnungshaltungen gegenüber verhalten? Grundsätzlich gibt es dafür zwei Möglichkeiten: Entweder sie passen sich an und integrieren die neuen Interessen und Gesinnungshaltungen, oder sie tun das nicht, dann entstehen neue Parteien. Das ist ganz normal und keine Krise des Parteiensystems. Damit muß man in einer sich wandelnden Gesellschaft immer rechnen.

Es ist nun nach meiner Meinung keineswegs selbstverständlich, daß eine große Partei, die mehrheitsfähig bleiben will, sich jedem Wertwandel, der sich in der Gesellschaft vollzieht, anpassen muß. Das mag für die Partei wünschenswert sein, aber nicht jeder faktische Wertwandel ist im Rahmen einer repräsentativen Demokratie integrierbar.

Lassen Sie mich an einem extremen Beispiel illustrieren, wo die Grenze liegt. Wenn wir im Jahre 1932 über unsere heutigen Umfragemöglichkeiten verfügt hätten, würden wir eine enorme Verschiebung zugunsten der Werte des Nationalsozialismus, also zugunsten antiliberaler, antirechtsstaatlicher, antiwestlicher Werte festgestellt haben. Wenn sich damals eine Partei, sagen wir die SPD, dieser Wertverschiebung angepaßt hätte, würden wir es ihr heute wohl kaum danken.

Mit anderen Worten, die Parteien sind nicht verpflichtet, jedem Wertwandel, der sich in der Gesellschaft vollzieht, nachzulaufen. Eine demokratische Partei hat für bestimmte demokratische Grundwerte zu stehen und darf sich nicht beliebig anpassen.

Was den Wertwandel angeht, der sich im letzten Jahrzehnt in unserer Gesellschaft vollzogen hat - der natürlich nichts mit jener extremen Wertverwerfung in den 30er Jahren zu tun hat;- so meine ich, daß es darin einige Elemente gibt, die durchaus zu einer sinnvollen Weiterentwicklung der Werte unserer westlichen Zivilisation gehören, während es bei anderen Elementen sehr viel bedenklicher ist. Ich halte zum Beispiel die Abkehr, insbesondere der jungen Generation, vom extremen Materialismus des Erfolgs und des Konsums im großen und ganzen für eine gesunde Entwicklung. Die Einbeziehung dieser Überlegungen und Haltungen in das Wertespektrum unserer demokratischen Parteien ist sicher wünschenswert.

Ein anderes Element dieses Wertwandels hängt zum Teil mit der geringeren Einschätzung von materiellem Erfolg und Konsum zusammen, nämlich die geringere Bewertung von Arbeit und Leistung. Natürlich ist mir bekannt, daß es Interpretationen von Leistung gibt, die in den eben erwähnten überholten Zusammenhang von materiellem Erfolg und Konsum gehören. Aber es gibt auch andere Interpretationen, und ich meine, daß in nicht unwichtigen Schichten die Einstellung zunimmt, jegliche Verpflichtung gegenüber unserer Gesellschaft abzulehnen. Und diese Haltung ist zweifellos im Rahmen der Grundwerte unserer Gesellschaft nicht integrierbar.

Ich füge hinzu, daß ebenso die immer geringer werdende Verbindlichkeit rechtskräftiger demokratischer Entscheidungen bedenklich ist. Auch da hat sich bei bestimmten Teilen unserer Bevölkerung ein Wertwandel vollzogen. Ich halte die Vorstellung, man könne die sogenannte Selbstbestimmung der Betroffenen etwa in Umweltfragen - die bei lokalen Themen durchaus sinnvoll sein kann - auch auf Probleme von überlokaler Bedeutung ausdehnen, wo Interessen der Gesamtheit berührt werden, für gemeingefährlich im wörtlichen Sinne. Und ich möchte deutlich sagen, daß ich in der Haltung von Holger Borner zur Startbahn West eine heroische Nichtanpassung im Namen der Grundsätze unserer Demokratie sehe.

Ich komme jetzt auf die eingangs erwähnte Frage der Gesamtkonzepte zurück. Über viele Jahre hat zwischen den großen Parteien in erheblichem Maße Übereinstimmung in wichtigen Teilen des Gesamtkonzepts vom Gemeinwohl bestanden. Darunter verstehe ich das, was in der Literatur der "sozialdemokratische Konsensus" genannt wird. Das hat nichts mit der Sozialdemokratischen Partei im engeren Sinne zu tun. Gemeint ist der Konsensus über eine Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die stetiges Wachstum, möglichste Vollbeschäftigung und weitestgehende soziale Sicherheit zum Inhalt hat. Sicher sind die Sozialdemokraten in den Ländern, in denen sie als Parteien stark waren, damit vorangegangen, aber es ist nicht auf sie beschränkt geblieben. Es war ein Konsensus über die Parteigrenzen hinweg. Doch er beruhte nicht nur auf Einsichten, sondern auch auf zeitgebundenen Bedingungen, die nämlich erst ein stetiges Wachstum und damit vieles andere ermöglichten.

Diese Bedingungen haben sich in den letzten Jahren verändert - und deshalb ist es kein Zufall, daß der sozialdemokratische Konsensus in einer Reihe wichtiger Länder zerbrochen und bei uns gefährdet ist. Ich erinnere an die Grenzen des Wachstums, an Umweltprobleme, an die strukturelle Verschiebung der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung zu unseren Ungunsten durch die neuen Industriestaaten und vieles andere mehr. Die Folge davon ist unter anderem die Massenarbeitslosigkeit. Unter diesen Umständen müssen unsere großen Parteien natürlich neue alternative Gesamtkonzepte, insbesondere für die wirtschaftlichen und sozialen Bereiche entwickeln.

Auf der sozialdemokratischen Seite geht die Entwicklung in die Richtung neuer Konzepte der Strukturpolitik. Sie strebt also keine Rückkehr zum Keynesianismus an und glaubt auch nicht, die Arbeitslosigkeit durch staatliche Geldverteilung mit der Gießkanne überwinden zu können. Vielmehr kommt es ihr darauf an, bestimmte Investitionen selektiv zu fördern - umweltschützende, energiesparende und solche, die die Anpassung an die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung erleichtern

und andere mehr. Eine solche Entwicklung wird Zeit brauchen, und ich habe nicht den Eindruck, daß sie sehr schnell mehrheitsfähig werden wird.

Auf der anderen Seite tendiert die CDU sehr stark dazu, die Veränderung der Bedingungen gewissermaßen den Fehlern des Keynesianismus anzulasten und mit einem Zurück zur reinen, möglichst staatsfreien Marktwirtschaft zu reagieren. Ich halte dieses Konzept für ganz unrealistisch, aber es ist, wie die Entwicklungen in Amerika und England zeigen, kurzfristig mehrheitsfähig. Im Unterschied zum sozialdemokratischen Konsens übt dieses Konzept aber keine Konsens schaffende, sondern eher eine polarisierende Wirkung auf die Gesellschaft aus.

Lassen Sie mich abschließend noch kurz einige Gefahren ansprechen, die ich in der heutigen Situation für die Repräsentativität unseres Parteiensystems sehe. Ich nenne zuerst den Widerstand gegen demokratische Mehrheitsentscheidungen im Namen einer absolut gesetzten Basisdemokratie oder lokalen Selbstbestimmung. Darin sehe ich prinzipiell, wenn auch noch nicht quantitativ, eine Gefahr für unser demokratisches System, der entgegenzutreten ist. Eine besondere Gefahr besteht zweitens in der Tendenz - die teilweise auch bei denen anzutreffen ist, die sich für diese Dinge einsetzen - zur Gewaltanwendung gegen rechtsgültige demokratische Entscheidungen. Drittens wird in einer solchen Situation der inhaltliche demokratische Konsens der großen mehrheitsfähigen Parteien geschädigt. Das ist weniger eine Frage ihres eigenen Verschuldens als vielmehr der veränderten objektiven Bedingungen. In einer solchen Situation ist besonders wichtig für unser Parteiensystem, daß die verantwortlichen Parteien einen Willen zum Konsens, wenn nicht im Inhalt der Politik, so doch in der Aufrechterhaltung der demokratischen Grundsätze bewahren.

Remmers

Wie Sie wissen, komme ich aus der politischen Praxis - ich gehöre dem niedersächsischen Landtag seit 1967 an. Ich habe mich gefragt, was mit unserem Thema gemeint ist. Müßte man nicht genauer fragen: Sorgen die Parteien hinreichend dafür, daß in unserem repräsentativen parlamentarischen System die Parlamente so zusammengesetzt sind, daß sie die Gesellschaft und das, was sich in der Gesellschaft an Strömungen entwickelt, repräsentieren? Man könnte hinzufügen - Herr Löwenthal hat darauf hingewiesen;- , wie unsere Parteien die Aufgabe der Repräsentation wahrnehmen, ob sie lebendig genug sind und wie sie das, was sie repräsentieren sollten, in die Parlamente hineinragen. Wie regen die Parlamente ihre Fraktionen und die Regierungen an, wie nehmen sie ihre Kontrollfunktion wahr? Das scheint mir der eigentliche wichtige Aspekt des Themas zu sein. Dazu möchte ich fünf Punkte beitragen.

Erstens: Ich bekenne durchaus selbstkritisch, daß die Parlamente und die von den Parteien bestimmten Fraktionen die Gesellschaft nicht immer hinreichend repräsentieren. Nun halte ich dies nicht für eine Krise, die die Existenz unseres parlamentarischen Systems bedroht- es sind durchaus Heilungskräfte vorhanden-, aber Kritik ist sicher berechtigt. Dies war übrigens auch ein Grund, warum ich mich persönlich entschlossen habe, mein jetziges Regierungsamt als Kultusminister aufzugeben und die Funktion eines Fraktionsvorsitzenden in meiner Partei im niedersächsischen Landtag zu übernehmen.

Dieser Wechsel von einem in der Öffentlichkeit sehr viel mehr beachteten Ministeramt zur parlamentarischen Aufgabe der Fraktionsführung wird von vielen nicht verstanden. Die meisten Leute können sich auf einen solchen Schritt nur einen Reim machen, daß sie dahinter entweder irgendwelche dunklen Machenschaften oder geheime Absichten vermuten. Meine wiederholte Erklärung, ich wolle durch diesen ungewöhnlichen Schritt und meine künftige Tätigkeit die Arbeit des Parlaments aufwerten, löst dagegen mehr oder weniger verwundertes Nachfragen aus.

Diese Reaktionen stellen schon eine gewisse Antwort auf die Frage dar, wieweit sich die Gesellschaft durch die Parteien in den Parlamenten repräsentiert fühlt. Offenbar ist das Bewußtsein nicht sehr lebendig, daß das Parlament in unserer Demokratie die Volkssouveränität repräsentiert. Im Grunde stellt ja der Parlamentspräsident das höchste Amt dar, was nur wenigen bewußt ist. Das Parlament liegt mehr oder weniger im Schatten, den der Machtglanz der Regierung wirft. Nur die jeweils die Regierung tragende Fraktion bekommt vielleicht noch etwas von diesem Glanz ab.

Auf der anderen Seite habe ich die praktische Erfahrung gemacht, daß Abgeordnete, nicht nur der Regierungsfraktion, sondern auch der Opposition, die immer größer und mächtiger werdende Administration angehen, um für ihren Wahlkreis oder für die von ihnen vertretene Interessengruppe etwas herauszuholen. Ich nenne diese etwas bedrückende Erfahrung den "kleinen Kundendienst". Selbst Oppositionsabgeordnete versuchen sich zu diesem Zweck beim amtierenden Minister einzuschmeicheln. Manchen Parlamentariern sind deshalb auch die guten Beziehungen zur Exekutive und ihrer mächtigen Administration wichtiger als die Kontrolle der Regierung und das Entwickeln von

eigenen Ideen oder das Aufgreifen von neuen Strömungen in der Gesellschaft. Es kann bei dieser Sachlage nicht überraschen, wenn die eigentliche Aufgabe des Parlamentes, nämlich Gesetze zu beraten, zu verabschieden und ihre Ausführung durch die Exekutive zu kontrollieren sowie neue Bewegungen aufzugreifen, vernachlässigt wird.

Ich behaupte also, daß die Parlamente, die Parteien und die von ihnen bestimmten Fraktionen in diesem Punkt Mängel aufweisen, die ihre Ursache insbesondere darin haben, daß man stärker auf die Exekutive abhebt und daraus Gewinn ziehen will, als daß man das Parlament als das eigentlich repräsentative Organ versteht, in dem die Parteien über die Fraktionen die entscheidende Rolle spielen.

Zweitens wird das Parlament, wenn es versucht, im parlamentarisch repräsentativen Sinne zu arbeiten, durch die hochspezialisierte Ministerialbürokratie behindert. Angesichts der Menge, der Kompliziertheit und der fachsprachlichen Verbogenheit der Gesetzentwürfe wird selbst ein für ein bestimmtes Fachgebiet zuständiger Abgeordneter bereits froh sein, wenn er einen Gesetzentwurf überhaupt versteht und im Ausschuß den Fachleuten sinnvolle Fragen stellen kann. Nur in wenigen Fällen können Abgeordnete beurteilen, ob ein Gesetz einem unabweisbaren Bedürfnis entspricht und darüber hinaus seinen Zweck auch erfüllen kann oder ob damit unvermeidbar schädliche Nebenfolgen verbunden sind, was wir ja häufig genug festgestellt haben.

In all diesen Fragen muß sich der Abgeordnete auf das Urteil fachkundiger, spezialisierter Beamter verlassen. Er muß sich sogar weitgehend auf deren Denkungsart, Sprache und Problemsicht einlassen, wenn er mitreden will. Daß sich die Parlamente nicht wenigstens gelegentlich weigern, Referentenentwürfe überhaupt zu beraten, ist schon ein Anzeichen dafür, daß sie, was die Nähe zum Bürger, was seine Interessen, Sorgen, Hoffnungen und so weiter angeht, kaum sonderlich interessiert sind.

Selbst für die Regierungen ist es immer schwerer geworden - diese Erfahrung habe ich während meiner Amtszeit gemacht;- , gegen die Logik und die Schwerkraft einer in den vergangenen 15 Jahren gewaltig angewachsenen Ministerialbürokratie zu regieren. Der politische Wille eines Kabinetts oder eines Ministers wird oft genug von der Administration derart verfremdet - damit meine ich nicht, daß da etwa die politisch "verkehrten" Beamten sitzen-, daß dieser Wille in den Erlaß- und Verordnungsentwürfen, schon gar in den Verfügungen der Bezirksregierungen kaum noch wiederzuerkennen ist oder in aller Beamtenunschuld sogar in sein Gegenteil verkehrt wird.

Ich habe in Niedersachsen zum Beispiel gesagt: "Ich halte diejenigen Lehrer für die besseren, die sich nicht so genau an unsere Vorschriften halten. " So kann man natürlich nicht regieren; aber dies war als eine Art Lockerungsübung gedacht, um denjenigen zu helfen, die den Mut haben, Erlasse vor Ort, sagen wir einmal, kreativ zu interpretieren. Selbstverständlich wollte mich die SPD-Opposition festnageln, wieso ich so etwas erklären könne; denn das würde ja heißen, man brauche sich nicht so genau an meine Erlasse zu halten. Darauf habe ich geantwortet: Natürlich muß man sich daran halten - aber man soll sich kreativ daran halten. Dies ist schon fast so eine Art Nothilfeparagraph für einen Minister zu sagen: Haltet euch nicht ganz so genau an die Verfügungen; denn sonst geht gar nichts mehr. Das hängt mit den zuvor geschilderten Phänomenen zusammen, und hier sehe ich entscheidende Probleme.

Besonders unzugänglich ist einer zumal sehr ausgebauten Verwaltung der politische Grundsatz, durch wohlüberlegtes Nichtregeln oder durch ein absichtliches Heruntergeben von Entscheidungsbefugnissen die Verantwortungsbereitschaft der Menschen und ihre rechts- und sozialstaatliche Einsichtsfähigkeit zu fördern, statt sie ständig mit kleinlichen Ausführungsbestimmungen zu infantilisieren. Dies ist deshalb so wichtig, weil die Frage, wie überhaupt repräsentiert werden kann, auch damit zusammenhängt, daß die Parlamente, aber auch die Regierungen und die Parteien erheblich überfordert werden, weil man viel zuviel nach oben zieht, statt es unten zu belassen.

Ich habe diesen politischen Grundsatz der Subsidiarität mit der bewußt provozierenden Zielvorstellung von der "erlaßfreien Schule" voranbringen wollen. Aber die Verwaltung tut sich schwer damit, teils weil niemand sich gerne überflüssig macht, teils weil das hoheitliche schriftliche und abschließende Anweisen für die Verwaltung glatter und befriedigender verläuft als das Beraten und das Verweigern von verlangten Regelungen.

Man könnte in diesem Zusammenhang die Frage stellen, ob denn die Beamten die Gesellschaft repräsentieren, natürlich nicht in einem rechtlichen Sinne, aber de facto. Was ist das eigentlich für eine Kaste? Ich frage mich manchmal, ob die "bildungsbürgerliche Inzucht" im Hinblick auf den

höheren Dienst nicht etwas eingeschränkt werden und dadurch eine bessere De-facto-Repräsentanz so mancher Bürgerinteressen erreicht werden könnte.

Ich komme jetzt zu meinem dritten Punkt. Herr Löwenthal hat zu Recht gefragt: Was heißt denn überhaupt repräsentieren? Ich denke beispielsweise - als ein Unterpunkt - an Probleme der regionalen Repräsentanz. Das ist mir bei der letzten Landtagswahl in Niedersachsen aufgefallen. Die Tatsache, daß wir so viele Direktmandate gewonnen haben, hat dazu geführt, daß bestimmte Regionen von uns fast gar nicht mehr repräsentiert sind. Denn dort, wo wir keine Direktmandate bekommen haben - einige hat die SPD ja auch gewonnen;- , konnte dies durch die Liste nicht ausgeglichen werden. Die Folge ist eine gewisse regionale Unwucht, was die Repräsentanz im Parlament anbelangt.

Des Weiteren stellt sich die Frage nach der Repräsentanz der Berufsgruppen in Parteien und Parlamenten. So sind in der neuen Fraktion der Grünen im niedersächsischen Landtag von elf Abgeordneten neun Lehrer. Auf der anderen Seite: Wer von denjenigen, die einen freien Beruf ausüben, kann überhaupt in ein Parlament gehen, in den Bundestag oder auch in einen Landtag? Da die parlamentarische Arbeit heutzutage praktisch hauptamtlich ausgeübt werden muß, scheiden viele Berufe aus. Im übrigen führt es dazu, daß viele Abgeordnete nur einer fiktiven Beschäftigung nachgehen, also etwa bei der Neuen Heimat oder anderen Betrieben und Institutionen untergebracht werden, damit sie ihre Abgeordnetentätigkeit wirklich wahrnehmen können, beispielsweise ein Büro zur Verfügung haben. Wie die Zusammensetzung der Parlamente über die Kandidatenaufstellung durch die Parteien beeinflusst wird und welche Konsequenzen das im Hinblick auf die Repräsentation hat, ist eine wichtige Frage.

Schließlich möchte ich zu dem Fragenkomplex: "Wieweit kann eine wirkliche Repräsentation gelingen, und wo liegen Mängel?" noch einen dritten Unterpunkt anmerken. Herr Löwenthal hat zu Recht darauf hingewiesen: Repräsentieren der Gesellschaft kann für eine Partei, für ein Parlament und auch für eine Regierung nicht heißen, einfach das zu tun, was die Mehrheit will, beziehungsweise wofür es eine Mehrheit gibt. Repräsentation kann nicht als eine Art Abziehbild verstanden werden von dem, was gerade mehrheitliche Meinung ist im Sinne einer Umfragedemokratie.

Ich habe jedenfalls meinen politischen Auftrag immer so verstanden, daß es auch und vor allem darauf ankommt, um eine Mehrheit zu werben und dafür zu kämpfen und politische Mittel einzusetzen für das, was man für richtig hält und wofür es nicht von vornherein eine Mehrheit gibt. In diesem Sinne verstehe ich Repräsentation - als Aufgabe der Parteien über die Fraktionen in den Parlamenten und auch in den Regierungen. Repräsentieren heißt für mich nicht, gleichsam mit einem empfindlichen Seismographen alle Bewegungen und Werteverchiebungen in der Gesellschaft zu registrieren und dem politisch Rechnung zu tragen.

Einen vierten Punkt habe ich überschrieben: Regieren ist mehr als repräsentieren - als Konsequenz aus dem, was ich gerade gesagt habe. Ich bin der Meinung, daß die Regierungsparteien nicht nur das politisch umsetzen dürfen, was ihre Wähler oder gar was ihre Parteimitglieder wollen, sondern es muß mehr umgreifen als das, was auf Parteitag aus einer verengten Parteiperspektive gefordert wird.

Wenn die Parteien über die Parlamente die Gesellschaft repräsentieren wollen, dann muß das Spektrum der Themen und auch der gesellschaftlichen Gruppen, deren sie sich annehmen, weit über den verengten Parteiraum hinausgehen. Wie sollte man sonst zum Beispiel ein Thema wie die Ausländerpolitik aufgreifen? Oder wie sollte man das Anliegen der Kinder behandeln, die sich ja nicht unmittelbar artikulieren können? So gibt es etwa Überlegungen - denen ich mich nicht anschließe-, ob nicht der Kinderzahl beim Wahlrecht Rechnung getragen werden müßte.

Herr Löwenthal sagte, daß es die Aufgabe der Parteien sei, nicht nur die Gesellschaft zu repräsentieren, sondern auch regierungsfähige Mehrheiten zu bilden. Die Repräsentation der Gesellschaft darf zudem nicht nur abheben auf das, was durch Interessenvertretungen, Verbände und so weiter artikuliert wird, sondern sie muß auch von den Strukturen her sehr viel breiter ansetzen. Und ich behaupte, daß die Bevölkerung, also die Wählerschaft in ihrer Gesamtheit, was die Bewältigung einer Reihe von Problemen angeht, in der heutigen Situation für sehr viel mehr Dinge Verständnis hat, als man in den Verbänden und anderen gesellschaftlichen Institutionen überhaupt nur zu diskutieren bereit ist.

Ich denke etwa an das Thema Lehrerarbeitslosigkeit. Mit der Bevölkerung kann man ohne weiteres über eine andere Verteilung der Arbeit reden, und sie würde auch in vielem mitziehen, weil sie die Probleme gelöst wissen will. Die größten Schwierigkeiten bei der Durchsetzung solcher Vorschläge machen die gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen.

Natürlich muß man als Politiker immer darauf sehen, was für ein Kräfteparallelogramm sich entwickeln könnte, wenn man bestimmte Dinge, die man für richtig hält, durchsetzen will. Ich habe das häufig so

gemacht - wenn ich das einmal aus meiner praktischen politischen Erfahrung sagen darf;- , daß ich mich bemüht habe, einen Punkt zu erreichen, wo ich von verschiedenen Seiten heftig kritisiert wurde. Wenn mich also auf der einen Seite die GEW kritisierte und auf der anderen Seite der Philologenverband, dann hatte ich eigentlich immer das sichere Gefühl, in der Mitte durchzukommen. Die SPD war dann in vielen Fällen - milde ausgedrückt - noch so ungeschickt, mich in einer Sache scharf anzugreifen, die ich nur deshalb so herausgestellt hatte, um meine eigenen Leute zu beruhigen. Dadurch entstand bei meinen Leuten wiederum der Eindruck, ich würde da weiß Gott was für eine CDU-Politik machen - und ich konnte auf diese Weise eine Lösung durchsetzen.

Worauf es also in der Politik ankommt, ist, die Machtströme in der Gesellschaft so zu lenken, daß im Rahmen eines sehr komplizierten Kräfteparallelogramms im Endeffekt eine vernünftige Politik dabei herauskommt - trotz der gesellschaftlichen Strukturen und trotz der innerparteilichen Probleme. Deshalb ist regieren, Politik machen, mehr als nur vordergründig repräsentieren. Ich würde sogar so weit gehen zu sagen, daß ein erfolgreicher Politiker - ob nun auf Landes- oder auf Bundesebene - immer etwas außerhalb des Schnittpunktes seiner eigenen Partei stehen muß.

Damit komme ich zu meiner fünften Bemerkung. Ich habe vorhin schon angedeutet, daß die Frage der Repräsentanz in einen engen Zusammenhang zum Subsidiaritätsprinzip gehört. So heißt es etwa in der Sozialenzyklika *Quadragesimo anno*, daß ein Verstoß gegen diesen sozialphilosophischen Grundsatz überaus nachteilige Folgen für die ganze Gesellschaftsordnung hat. Man sollte sich immer die Frage stellen und die politischen Entscheidungen daran orientieren, welche Hilfe der einzelne und die kleinere Gemeinschaft von oben benötigen, ohne dadurch in ihrer Eigeninitiative und Eigenverantwortung so gelähmt zu werden, daß sie sich nur noch durch die anonyme Tätigkeit der Gesellschaft gewissermaßen entsorgen lassen.

Das Subsidiaritätsprinzip heißt für mich im Hinblick auf die Frage der gesellschaftlichen Repräsentanz: Die Gesellschaft soll nur in dem Maße durch die Parteien in den Parlamenten repräsentiert werden, wenn und soweit die politische Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens und der öffentlichen Ordnung die Eigeninitiative des einzelnen und die Fähigkeiten der kleineren Gemeinschaften fördert oder wenigstens nicht behindert. Anders gesagt: Die Leute wollen nun einmal nicht gerne für dumm verkauft werden - schon gar nicht von den Politikern. Gerade der sogenannte "kleine Mann" hat einen gut entwickelten Sinn für die Grenzen des Machbaren und für die Ungereimtheiten und Widersprüche des Lebens.

Hier scheint mir der Angelpunkt des Problems zu liegen. Die Wähler sind heute weniger darüber besorgt, daß der von ihnen in den Wahlen betätigte politische Wille auf dem Weg ins Parlament und dann von der Legislative bis hin zur Exekutive sich verflüchtigt, also nicht repräsentiert wird - wobei ich die bereits angesprochenen Probleme keineswegs bestreite. Was den Wählern aber weit mehr Sorge bereitet, ist, daß man sich in den politischen und gesellschaftlichen Organisationen, in den Parteien, Parlamenten und nicht zuletzt in der staatlichen Bürokratie immer wieder etwas Neues einfallen läßt, an das der Wähler nicht im Traum gedacht hat.

In der eigendynamischen Tätigkeit des Staates und der übergeordneten Organisationen und Verbände sehe ich das eigentliche Problem. Es hat keinen Sinn, in dieses Übermaß an verwalteter und verplanter Welt, in die Gesetzesflut und Bürokratie mehr gesellschaftliche Repräsentanz was immer das heißen mag - bringen zu wollen. Wahrscheinlich ist das auch gar nicht möglich; denn eine lebendige Gesellschaft wird sich kaum freiwillig in einer bürokratisch gewonnenen Abstraktion ihrer selbst repräsentiert sehen wollen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch einmal auf das Stichwort "erlaßfreie Schule" eingehen. Damit war natürlich nie eine Schule ohne irgendwelche Regeln gemeint, aber es ging um wesentlich weniger Regelung. Selbstverständlich war mir klar, daß man die erlaßfreie Schule nicht per Erlaß einführen kann, sondern daß dies ein schwieriger Gesamtprozeß ist, der sehr viel vorbürokratische Abstimmung und teilweise auch, wenn man so will, "vorrechtliche" Verständigung vor Ort notwendig macht, auf der Basis eines gewissen Konsenses über das zum Beispiel, was Schule sein soll.

Herr Löwenthal hat die Problematik der Gerichte angesprochen. Gerade beim Thema Schule haben wir sehr viel Schwierigkeiten mit der Verwaltungsgerichtsbarkeit. Wenn heute Eltern nicht damit einverstanden sind, daß ihr Kind nicht versetzt ist, dann können sie - ich lasse jetzt einmal die Zwischeninstanzen wie Schulrat und so weiter aus - zum Verwaltungsgericht gehen und klagen. Natürlich ist die Freude groß, wenn per Gerichtsurteil die Versetzung durchkommt. Im Grunde genommen müßte jedoch die gesamte Elternschaft über diesen "Erfolg" in Tränen ausbrechen; denn das Verwaltungsgericht erlegt damit dem Kultusminister gleichzeitig auf, nunmehr per Verordnung zu regeln, wie die Zensuren gegeneinander aufrechenbar sind - welche Fünf in welchen Fächern und so

weiter - und wie die Versetzungsordnung genau auszusehen hat. Während die einen noch freudig ihren Sekt trinken, daß die Versetzung nun doch geklappt hat, machen meine Leute schon die ersten Entwürfe für die Verordnungen und Erlasse, über die die Elternschaft insgesamt dann wiederum stöhnt.

Die gesellschaftliche Repräsentanz in Parteien, Parlamenten und Regierungen läßt sich meiner Ansicht nach nicht durch eine Veränderung der Delegationsverfahren von unten nach oben verbessern, sondern nur dadurch, daß die Sachen in stärkerem Maße vor Ort, in der Nähe des Problems, erledigt werden. Die Leute können sich zum großen Teil viel besser selber repräsentieren, als das über viele Repräsentationsebenen oben möglich ist. Nur ein entschiedenes Ausdünnen der übergeordneten Tätigkeiten in den Parteien, Parlamenten und auch in den Verbänden wird dieser Gesellschaft das Bewußtsein für jene Dinge zurückgeben, die wirklich auf Landes- oder Bundesebene repräsentativ entschieden werden müssen.

Heigert

Wenn ich mir die beiden Referate so vor Augen führe, insbesondere das von Herrn Remmers, möchte ich mit der Frage beginnen: Wozu brauchen wir eigentlich noch Parteien? Die Ministerialbürokratie ist einflußreich und beherrscht nicht nur die Parlamente, sondern, wie wir gehört haben, auch die Regierung; sie bedient sich des Sachverständes der Wissenschaft. Dann gibt es noch die mächtigen Verbände und andere Interessenten unterschiedlichster Couleur. Warum kehren wir angesichts dieser Konstellation nicht zu dem guten alten Ständestaat von Othmar Spann zurück mit einem Parlament, in dem dann die Bauern, die Handwerker, die Beamten, die Industriellen, ein paar Professoren und was weiß ich noch vertreten sind.

Sind denn die Parteien überhaupt noch imstande, große Wählermassen im aufklärerischen Sinne zu integrieren, ihnen das Vertrauen zu geben, daß sie, die Parteien, alles in allem die richtigen Entscheidungen fällen und die nötigen Kompromisse finden? Nach allem, was hier gesagt wurde, muß man bezweifeln, daß die Parteien dieser Aufgabe noch gerecht werden. Wenn wir die Zeichen der Zeit betrachten, so scheint sich unser bisheriges Drei- oder Vierparteiensystem doch wieder in sehr viel mehr Einzelparteien aufzulösen.

Schmid

Zu Ihrer Ausgangsfrage möchte ich einige Zahlen nennen, die das EMNID-Institut im Oktober 1981 und im März 1982 publiziert hat und die offenbar in den Parteien überhaupt nicht zur Kenntnis genommen, geschweige denn in einer breiten Öffentlichkeit diskutiert worden sind. EMNID war der Frage nachgegangen, inwieweit wesentliche Teile dieser Gesellschaft sich noch durch die etablierten Parteien repräsentiert fühlen. Da zeigte sich, daß 69 Prozent der bis 25jährigen und 60 Prozent der bis 49jährigen die Parteien für unfähig zur Problemlösung halten. Kontrolluntersuchungen vom Frühjahr dieses Jahres ergaben in etwa die gleichen Resultate; die Zahlen sind also durch mehrere andere Umfragen im Trend bestätigt.

Weiter: 86 Prozent der bis 25jährigen und 78 Prozent der bis 49jährigen vertreten die Auffassung, daß Politiker nicht mehr wissen, was die Leute denken. Dazu noch einige Zahlen, die INFAS im Mai dieses Jahres ermittelt hat und die recht gut in dieses Bild passen. Danach vertreten 28 Prozent der erwachsenen Bundesbürger und 40 Prozent der 16- bis 23jährigen die Meinung - und das deckt sich nun in keiner Weise mit Zahlen, die es noch vor einem Jahr gab;- , daß manchmal Gewaltanwendung notwendig sei, um auf ein Problem aufmerksam zu machen.

Mich würde interessieren - diese Frage richte ich vornehmlich an die aktiven Politiker unter uns;- , wie die Parteien auf diese Zahlen reagieren. Deutlicher läßt sich doch kaum die sogenannte "Staats- oder Parteienverdrossenheit" demonstrieren, was immer das konkret heißen mag. Wie haben diese Zahlen das Selbstverständnis der etablierten demokratischen Parteien bei uns beeinflußt? Sind sie überhaupt in den Parteien diskutiert worden?

Unterstreichen diese Zahlen nicht eindrucksvoll die These, daß die Politik zusehends zu einem geschlossenen System geworden ist, in das nichts mehr hineingeht, aber wohl auch nichts mehr herauskommt? Spielt sich Politik nicht immer mehr, wie Luhmann behauptet, nur in einem abgeschotteten Kreislauf ab, der primär auf seine Selbsterhaltung ausgerichtet ist? Hat Politik, mit anderen Worten, überhaupt noch die Antennen, Problemsensoren, um das aufzunehmen, was in der Gesellschaft an Problemen vorhanden ist und diskutiert wird?

Klages

Ich möchte die Hinweise von Herrn Schmid aus eigenen Untersuchungen ergänzen. Wenn man diese Entwicklung genauer analysiert, wird deutlich, daß jene Verdrossenheit, die sich in breiten Kreisen der Bevölkerung zeigt, weniger auf den Staat als vielmehr direkt auf die Parteien zielt. Natürlich gibt es dabei viele Nuancen, die darauf hindeuten, daß sich an gewisse charismatische Einzelpersonlichkeiten in den Parteien nach wie vor Erwartungen und Hoffnungen knüpfen, aber die Parteien als solche werden tatsächlich negativ bewertet. Dieses außerordentliche Vertrauensdefizit gilt nicht nur für periphere Teilgruppen, die Herr Löwenthal wohl in erster Linie im Auge hatte, sondern für breitere Schichten der Bevölkerung.

Dieses an sich dramatische Defizit äußert sich in unauffälligen Formen. Typisch dafür ist etwa die Indifferenz, die sich hinter der noch immer großen Wahlbeteiligung versteckt.

Remmers

Das ist gerade meine Frage, Herr Klages: Wie erklären Sie sich die hohe Wahlbeteiligung?

Klages

Das Wählen wird gewissermaßen als eine institutionalisierte soziale Pflicht aufgefaßt. Wir konnten bei unseren sehr sorgfältigen Datenanalysen nur einen sehr geringen Zusammenhang erkennen zwischen der Bereitschaft, zur Wahl zu gehen, und den allgemeinen Einstellungen zum System, zu den Parteien und so weiter.

Schmid

Wahlbeteiligung ist ein Ritual, eine Art "Gewohnheit".

Klein

Offenbar sind die Umfrageergebnisse wichtiger als die Tatsache der hohen Wahlbeteiligung. Da spricht man dann von Ritual und so, als sei das eine Sache, die eigentlich gar nicht gilt.

Dem kann ich nicht folgen. Ich bin der Meinung, daß die hohe Wahlbeteiligung bei uns ein entscheidendes Kriterium dafür ist, wie die Bevölkerung den angeblich toten und ausgehöhlten Parteien gegenübersteht. Wenn es irgendwo eine Lücke in der Repräsentation gibt, bildet sich die vielgerühmte vierte Partei, auf die Franz Josef Strauß vor Jahren zielte. Sie hat sich jetzt woanders gebildet; aber diesen Prozeß halte ich zunächst für ganz gesund.

Sie werden sich daran erinnern, daß in Bayern vor einiger Zeit drei gesellschaftliche Gruppen unter Hinweis auf ihre Millionenmitgliedschaft eine Repräsentanz im bayerischen Senat per Volksbefragung erzwingen wollten, nämlich der Sportbund, der VdK und die Naturschützer. Sie brachten nicht einmal genügend Unterschriften zusammen, um die Volksbefragung einzuleiten.

Deshalb würde ich das uns gestellte Thema um ein Wort ergänzen: Repräsentieren die Parteien unsere Gesellschaft politisch? Ich meine, das tun sie; vielleicht nicht ausreichend unter all den Kautelen, die Herr Löwenthal angeführt hat. Daß gelegentlich eine neue Partei hinzukommt, ist kein Gegenargument. Bei den Grünen muß sich erst erweisen, ob ein schmales Programm, zudem noch bezogen auf eine bestimmte Altersschicht, genügend Attraktivität besitzt, um dieser Partei eine lange Lebenszeit zu garantieren. Vielleicht wird das Programm erweitert, vielleicht vergrößert sich auch die Wählerschicht. Dann kann ich nur sagen: Welcome. Ein Argument gegen die Parteien ist das Auftauchen der Grünen jedenfalls nicht.

Was gelegentlich als Parteien- oder Staatsverdrossenheit bezeichnet wird, scheint mir zumindest teilweise eine geschickt umgelenkte Verdrossenheit an einer bestimmten Regierungsmehrheit zu sein. Das wird dann schnell verallgemeinert und auf die Parteien insgesamt abgewälzt.

Bei Herrn Löwenthal hatte ich an zwei Punkten den Eindruck einer gewissen SPD-Apologie. Zum einen beklagten Sie, daß die repräsentative Rolle der Parteien durch die Gerichte eingeengt werde, eine Entwicklung, die sich via facti vollzogen habe, an der die Parteien also nicht schuld seien. Wenn wir einmal Einzelbereiche wie das Schulwesen und die Regelung von Detailfragen ausnehmen, so sind die Gerichte doch immer dann aufgerufen, wenn die Politik, die Parteien, die Parlamente keine klaren politischen Willensbekundungen von sich geben, sondern "Sowohl-Als-auch-Beschlüsse" fassen. Dann entsteht eben ein so breiter Spielraum für Interpretationen, daß der Weg zum Gericht geradezu vorgezeichnet ist.

Zweitens setzten Sie das Wirtschaftskonzept der Union in Vergleich zu den wirtschaftspolitischen Denkansätzen in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien. Dieser Vergleich dürfte aufgrund der

völlig unterschiedlichen Hintergründe, die die Wirtschaftsentwicklung in diesen Ländern hat, kaum zutreffen. Sie haben aber hinzugefügt, dieses Wirtschaftskonzept mag kurzfristig mehrheitsfähig sein, werde jedoch langfristig zur gesellschaftlichen Polarisierung führen. Ich bin dagegen der Meinung, daß es langfristig erfolgreich sein wird. Die Gefahr der Polarisierung sehe ich eher bei dem anderen Konzept, das Sie erwähnen. Ich denke nur daran, welche Kassandrarufer von sozialdemokratischer Seite seinerzeit Ludwig Erhards Konzept der sozialen Marktwirtschaft begleitet haben und wie die Entwicklung dann zu ganz anderen Ergebnissen geführt hat.

Schmid

Herr Klein, die Zahlen demonstrieren nicht, daß sich der Protest gegen die Politik als solche richtet, sie bringen vielmehr zum Ausdruck, daß die Art, wie Politik gemacht wird, abgelehnt wird. Die Akzeptanz des demokratischen Systems der Bundesrepublik ist in der Tat recht hoch und liegt bei Jugendlichen um die 60 bis 70 Prozent.

Kaltefleiter

Die Zahlen, die Herr Schmid und Herr Klages genannt haben, finde ich nun alles andere als dramatisch, sondern völlig normal. Was darin zum Ausdruck kommt, ist lediglich die momentane Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Regierung. Daß man die Opposition nicht als strahlende Alternative betrachtet, ist nicht weiter erstaunlich; Regierungen verlieren Wahlen, Oppositionen gewinnen keine. Ein ähnliches Bild hatten wir 1966 und auch 1973/74 vor dem Sturz von Brandt.

Löwenthal

Hat sich das Vertrauen in die Parteien wirklich so verschlechtert, wie Umfrageergebnisse nahezu legen scheinen, und ist die Wahlbeteiligung nur eine bloße Pflichtübung? Ich glaube nun einmal dem mehr, was die Leute tun, als dem, was sie sagen. Die wirkliche Haltung der Menschen zu den Parteien zeigt sich, wenn sie wählen, und nicht, wenn sie auf dumme Umfragen dummes Zeug antworten. Ich sage ganz deutlich, daß ich einen großen Teil dieser Umfragen für groben Unfug halte.

Ich möchte das noch etwas allgemeiner ausdrücken. Es gibt in den Sozialwissenschaften eine Entwicklung zur unkritischen Kritik, wie wir es schon in den 60er Jahren erlebt haben. Damals war es allgemeine Überzeugung eines großen Teils der jungen Sozial- und Politikwissenschaftler, daß wir in einem CDU-Staat leben würden - das war noch die mildeste Charakterisierung - und daß sich dieser Staat durch die Große Koalition auf dem Marsch in die formierte Gesellschaft oder gar in den Faschismus befände. Dann kamen die Wahlen von 1969 und 1972, und alles war ganz anders. Alle diese Wissenschaftler haben sich zwar gewundert, aber sie sind dadurch keineswegs vorsichtiger geworden.

In den späten 60er Jahren gab es tatsächlich eine erhebliche Mißstimmung von Teilen der Bevölkerung gegenüber den etablierten Parteien, zwischen denen man keine Unterschiede mehr sah. Das war eine im Kern richtige Kritik. Bei den Wahlen von 1969 und 1972, insbesondere bei der von 1972, ging es dagegen eindeutig um große politische Entscheidungen, nämlich um die neue Ostpolitik, also um eine völlige Veränderung der Situation der Bundesrepublik in der Welt. Damals gab es eine enorme Beteiligung. Da konnte von mangelndem Interesse an den Parteien nicht mehr die Rede sein. Damals beklagte eine andere Art von Sozialwissenschaftlern, zum Beispiel der von mir in mancher Beziehung sehr geschätzte Helmut Schelsky, da sei etwas ganz Schreckliches passiert, es fände nämlich eine Polarisierung statt, die die Demokratie zerstöre.

Gegenwärtig haben wir keine Polarisierung dieser Art; im Gegenteil, wir erleben wieder einmal eine verhältnismäßig langweilige Zeit in der Politik, in der keine großen Entscheidungen anstehen. Infolgedessen interessieren sich die Leute im allgemeinen für die Parteien nicht sehr. Wenn dann aber die Frage ansteht, ob man Helmut Schmidt oder Franz Josef Strauß wählen soll, engagieren sie sich eben doch. Und ich füge hinzu: Wenn Präsident Reagan seine Politik in letzter Zeit nicht korrigiert hätte, hätte die Friedensbewegung zu einer großen Polarisierung führen können.

Mit anderen Worten: Das Bild, das so oft vom kranken parlamentarischen System gezeichnet wird, ist falsch. Es ist durchaus normal, daß es einmal Zeiten geringer Partizipation, geringer Leidenschaft, relativer Langeweile und des Parteienüberdrusses gibt, und dann wieder Zeiten starker Zuspitzung und großer politischer, manchmal sogar historischer Entscheidungen. Den Leuten, die aufgrund von Umfragen vom allgemeinen Parteienverdruß reden, fehlt es nach meiner Überzeugung an einer politisch-historischen Perspektive.

Klages

Ich stimme Ihnen zu, Herr Löwenthal, wenn Sie sich gegen dumme Umfragen wenden, aus denen dumme Schlüsse gezogen werden. Da gibt es sicher zahlreiche Negativbeispiele. Aber ich nehme an, Sie gehen mit mir einig, daß es auch Gegenbeispiele von intelligenten Umfragen gibt, aus denen man dann sinnvolle und produktive Schlüsse ziehen kann.

Problematisch ist ohne Frage, wenn man aufgrund von Umfragen die pauschale Feststellung trifft, daß wir uns heute in einer generellen Krise der Parteiendemokratie befinden. Die vorliegenden Forschungsergebnisse lassen aber sehr wohl den Schluß zu, daß wir es gegenwärtig bei den Parteien mit sehr schwerwiegenden Repräsentations- und Akzeptanzproblemen zu tun haben, aus denen sich Folgerungen für die Zukunft unserer Demokratie ableiten lassen, die in mancher Hinsicht zum Umdenken zwingen.

Noack

Herr Löwenthal hat gesagt, die Parteien würden in ihrer Funktion durch Gerichtsurteile eingeschränkt. Auf der anderen Seite muß man aber auch sehen, daß die Parteienfunktion und das Parteienprivileg durch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts de facto zu einem Parteienmonopol geworden ist. In dieser Überdehnung der Parteienfunktion liegt eine große Gefahr; zum Teil ist darin jedenfalls das gegenwärtige Unbehagen an den Parteien begründet.

In einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahre 1954 steht der Satz: "In der Demokratie von heute haben die Parteien allein die Möglichkeit, die Wähler zu politisch aktionsfähigen Gruppen zusammenzuschließen." In dieser Version erscheinen die Parteien geradezu als das Sprachrohr, dessen sich das mündig gewordene Volk bedient, um sich artikuliert äußern und politische Entscheidungen fällen zu können. Eine solche Formulierung schlägt auf das Selbstverständnis der Parteien zurück.

Heigert

Das wirkt sich bis hin zur Finanzierung aus.

Löwenthal

Es besteht aber kein Monopol für die vorhandenen Parteien; es können jederzeit neue gegründet werden.

Noack

Worauf es mir ankommt, ist das Wort "allein". Gerhard Leibholz hat gesagt, der allgemeine Wille, die *volonté générale*, werde nur durch die Parteien gebildet und nicht durch das politische Prinzip der Repräsentation. Das Prinzip, das in der plebiszitären Demokratie zur *volonté générale* führt, führe auch in der parteienstaatlichen Demokratie zur Bildung des Gemeinwillens. Ich bin der Meinung, die Parteien sollten sich weit mehr als bisher ihrer eigenen Grenzen bewußt werden. Sie sollten deshalb gewisse Funktionen auf andere Gremien verlagern, wie immer die dann aussehen mögen.

Löwenthal

Bei den Gerichten denke ich weniger an das Bundesverfassungsgericht, sondern primär an die Verwaltungsgerichte. Diese sollen in erster Linie die Rechte der Bürger, insbesondere der einzelnen Bürger, gegenüber der Bürokratie verteidigen. Sie sind nicht dazu gedacht, politische Entscheidungen der Parlamente zu korrigieren. Ich halte das für einen verfassungswidrigen Mißbrauch, der systemgefährdend ist und der korrigiert werden müßte. Das wird bisher noch nicht genügend erkannt.

Denninger

"Repräsentieren die Parteien unsere Gesellschaft?" Die Frage, die sich mir stellt, lautet demgegenüber: Können die Parteien die Gesellschaft repräsentieren, wenn ja, inwieweit, und sollen sie es überhaupt? Meine Antwort ist: Die Parteien sollen die Gesellschaft politisch repräsentieren - da stimme ich Herrn Klein zu-, aber eben nur politisch.

In der Politik gilt folgendes Schema: Eine Entscheidung wird gefällt, und damit ist eine Norm geschaffen, die dann durchgesetzt und verwaltet wird. Es gibt heute nun eine Vielzahl von Lebensbereichen, in denen nach diesem Schema nicht verfahren werden kann. Ich denke etwa an den ganzen Bereich des kulturellen Schaffens, aber auch an den innovatorischen Bereich der angewandten Wissenschaft, also der Technologie. Das geht hinein bis in die Wirtschaft. Auf diesen

Feldern reicht es nicht mehr aus, nach normgesteuertem Verhalten zu fragen, Normen zu setzen und dann anzunehmen, die Normen würden sich schon in gesellschaftliche Wirklichkeit umsetzen.

Bestimmte Lebensbereiche fallen also grundsätzlich aus dem Muster, das die Politik oder das politisch-administrative System anbieten, heraus. Das politische System ist auch weithin überfordert, wenn der Bürger glaubt, dieses System, das nach dem Schema: Entscheidungsnorm - Norm Vollzug arbeitet, könne ihm irgendwelche Antworten auf Sinnfragen geben. Es kann nur zu Frustrationen führen, wenn solche Erwartungen dann nicht erfüllt werden. Die Parteien könnten diese Erwartungen zumindest ansatzweise erfüllen, wenn sie in der parlamentarischen Diskussion wieder stärker zu den großen Grundproblemen Stellung nehmen und sich nicht darauf beschränken würden, dem Verwaltungsvollzug mit technokratischem Perfektionismus nachzulaufen.

Von daher wäre viel zur personellen Zusammensetzung des Parlamentes zu sagen, ein Thema, auf das wir sicher noch zurückkommen werden. Warum spiegelt das Parlament so sehr diese technokratische, bürokratische Grundmentalität wider? Das ist natürlich wesentlich eine Frage der Zusammensetzung des Parlamentes, in dem Berufsfunktionäre, Lehrer, Beamte dominieren.

Heigert

Sind die Parteien fähig zu Problemlösungen und können sie noch große Wählermassen integrieren? Kann man nicht auf sie verzichten? Das war meine Frage.

Hereth

Ich halte es nicht für unproblematisch, Herr Heigert, zu fragen, ob die Parteien noch in der Lage sind, große Wählermassen zu integrieren. Wir sind stets in der Gefahr, auf den "Symbolhimmel" der Selbstinterpretation von Demokratien hereinzufallen, ohne uns klarzumachen, wovon wir eigentlich reden. Parteien integrieren nichts, und sie repräsentieren auch nichts. Was Parteien tun, ist, daß sie Führungspersonal in Regierungen und Parlamente schicken. Diese müssen dann repräsentieren und über bestimmte Probleme entscheiden. Wir tun immer so, als ob zwischen Parteien und Repräsentanten ein Kontinuum besteht und kommen von daher zu falschen Fragestellungen. Das gilt sowohl für unser Thema als auch für Ihre zugespitzte Frage, Herr Heigert. Auch Ihre demoskopischen Umfragen geben da wenig her, Herr Schmid, weil sie keine Differenzierungen ermöglichen. Bei Umfragen kommt immer nur das heraus, was man hineinfragt.

Das eigentliche Problem besteht darin, daß Regieren und Repräsentieren zwei verschiedene Ebenen darstellen. Was die existentiellen Aufgaben in der Gesellschaft angeht, so muß ein Mindestmaß von Ordnung, von ökonomischer Versorgung, von sozialer Sicherheit gewährleistet sein. Das gehört inzwischen offensichtlich zum Verantwortungsbereich des Staates. Es darf bei uns niemand verhungern. Darüber gibt es auch keinen Streit: Dies hat das Führungspersonal, das von den Parteien in die öffentlichen Ämter gebracht wird, zu leisten.

Die Kritik an den politischen Parteien bezieht sich auf eine ganz andere Dimension, die Herr Remmers meinte, als er von der Erwartungshaltung der Bürger gegenüber den politischen Repräsentanten sprach. Natürlich können die Parteien solche Heilserwartungen im Hinblick auf irgendeine ideale Gesellschaft nicht einlösen.

Hinzu kommt ein Problem, das Herr Löwenthal angedeutet hat, nämlich daß die einzelnen Bürger ihr Leben an bestimmten Vorstellungen von einem "richtigen" Leben orientieren. Die Bundesrepublik war lange Zeit eine festgefügte Gesellschaft in dem Sinne, daß über die Vorstellung vom "richtigen" Leben weitgehende Übereinstimmung bestand. Dies ist heute nicht mehr der Fall. Hier hat eine Differenzierung stattgefunden. Das gilt insbesondere für diejenigen, die sich weigern, den in den 50er und 60er Jahren selbstverständlichen Lebensstil zu übernehmen. Herr Löwenthal sagte, eine Lebensweise, die sich lediglich an Leistung und Erfolg orientiert, reiche ihnen nicht mehr aus.

Jetzt stellt sich die Frage: Können die politischen Repräsentanten der Erwartung entsprechen, daß die politische Ordnung einen anderen way of life nicht nur ermöglichen, sondern sogar herbeiführen soll? Hier werden auf einmal gänzlich andere Erwartungen an die Politik gerichtet. Eigenartigerweise treffen sich in diesem Punkt Repräsentanten des linken und des rechten politischen Spektrums, die Grünen und Vertreter der Union, mit ihrer Forderung nach Dezentralisation, einer lokalen Realisierung des way of life. Daß diese Übereinstimmung nur formal ist, wird sich spätestens dann zeigen, wenn beide Seiten über die Inhalte politisch aneinandergeraten, etwa bei der Frage, ob Studenten ihr Stipendium später zurückzahlen sollen und anderes mehr. Dann wird es nämlich Ernst mit dem way of life -jeder kann seinen way of life haben, nur finanzieren muß er ihn selbst.

Die Frage der inhaltlichen Lösung konkreter Probleme läßt sich jedenfalls nicht einfach mit Formeln wie Dezentralisation oder Subsidiaritätsprinzip erledigen. Dann geht es nämlich darum, ob in unserer Gesellschaft bestimmte ways of life von Parteien oder von den politischen Repräsentanten ermöglicht werden oder nicht. Darin liegt der derzeit bestehende Konflikt.

Detting

Solange es Parteien gibt, ist die Rede von der Krise der Parteien. Das ist speziell in Deutschland kein neues Phänomen, wo die Parteienfeindlichkeit jetzt offensichtlich zu einer Parteienverdrossenheit geworden ist. Das ist auch relativ einfach zu erklären; denn die Parteien haben in verschiedener Hinsicht Mülleimerfunktion für das, was andere in der Gesellschaft vermässeln, was zum Beispiel Bürokraten planen und in die Welt setzen. Das alles wird den Parteien gut- oder schlechtgeschrieben. Die Ergebnisse fallen viel positiver aus, wenn man nach der Einstellung der Leute zum Staat fragt.

Auch diese dramatischen Defizite, von denen Sie sprechen, Herr Klages, sind weitgehend Resultate einer falsch verstandenen Demoskopie. Fragt man die Leute beispielsweise kurz vor der Wahl, dann ist ihre Zustimmung zu den Parteien in aller Regel größer als nach der Wahl. Zu diesem Ergebnis kommt jedenfalls die Forschungsgruppe Wahlen.

Nun hat Herr Löwenthal die Parteien davor gewarnt, sich neuen, alternativen Bewegungen und neuen Werten bedingungslos anzupassen. Die Frage ist zunächst, ob es in unserer Gesellschaft neue Themen, neue Probleme und veränderte Wertorientierungen von grundlegender Bedeutung gibt, die die Parteien aufgreifen müssen, oder ob dies nur vorübergehende Modeerscheinungen sind. Daran schließt sich die Frage an, ob unsere etablierten Parteien in der Lage sind, diese neuen Themen, Probleme und Wertorientierungen zu integrieren, oder ob es dazu neuer Parteien bedarf und welche Konsequenzen damit verbunden sind.

Der gesellschaftliche Wandel, den wir gegenwärtig beobachten, ist zweifellos Folge von strukturellen Veränderungen, die mir irreversibel zu sein scheinen. Um es pathetisch auszudrücken: Das Kernproblem des 19. Jahrhunderts war die politische, soziale und wirtschaftliche Emanzipation des Menschen. Diese Frage ist weitgehend gelöst worden. Indem aber Wirtschaft, Gesellschaft und Staat in den letzten 200 Jahren sehr viele Probleme erfolgreich gelöst haben, wurden neue Probleme geschaffen, die jetzt viele Menschen zu spüren bekommen. Und für diese neuen Probleme sind die klassischen Strategien, die auf wirtschaftliches Wachstum und Ausbau des Wohlfahrtsstaates setzten, kaum noch tauglich.

Alte Knappheiten wurden überwunden, dafür sind neue Knappheiten entstanden. Herr Löwenthal erwähnte das Stichwort Leistung. Leistung war früher nicht nur eine Tugend, sondern sie hatte auch einen eminent sozialen und biologischen Sinn: Die Menschen mußten arbeiten, um zu überleben. Dies gilt heute offensichtlich nicht mehr in dem Maße. Wer sich in den 50er Jahren abrackerte, war sich zwar der Mühen bewußt, aber er hatte auch den lohnenden Erfolg seiner Anstrengungen vor Augen. Wer heute mehr leistet, sieht vielleicht weniger den persönlichen Erfolg, sondern mehr die Tatsache, daß er wenig Zeit für andere Dinge hat, die ihm gleichfalls wichtig sind.

Wenn aber die veränderte Einstellung zur Leistung ihre Ursachen in Veränderungen unserer Gesellschaft hat, dann hilft es wenig, moralische Appelle an die Menschen zu richten nach dem Motto: arbeitet wie die Japaner. Mit solchen Verhaltensappellen werden keine strukturellen Probleme gelöst. Vielmehr wäre zu fragen, wie sich die Organisation der Arbeit verändern muß, damit die Menschen sich wieder mehr mit der Arbeit identifizieren können. Die fehlende Motivation zur Leistung ist ja im wesentlichen eine Folge davon, daß die Leute den Sinn der Leistung nicht mehr einsehen.

Ich sagte, die traditionellen Strategien der Politik der letzten 200 Jahre, die auf Wirtschaftswachstum und Ausbau des Staates beruhten, sind irgendwie erschöpft. Man kann zwar auf Staat und Markt nicht verzichten, aber das, was die Menschen wirklich bewegt, wovon ihr Glück abhängt, leitet sich vermutlich nicht primär vom Staat, vom Wohlfahrtsstaat und von der Mehrung des individuellen Einkommens ab. Wenn das zutrifft, muß man neue Strategien überlegen, die jenseits des Marktes und jenseits des Staates liegen.

Herr Remmers erwähnte hier das Stichwort Subsidiarität. Die Frage ist, ob die CDU Subsidiarität nicht nur in Parteiprogramme hineinschreibt, sondern auch gegen Widerstände durchzusetzen gewillt ist. Und bei der SPD fragt es sich, ob eine Partei, die in der Industriegesellschaft entstanden ist, sich nicht erschöpft, wenn sich diese Gesellschaft grundlegend verändert.

Löwenthal

Wenn ich Sie richtig verstehe, Herr Dettling, meinen Sie, die Abwertung der Leistung sei ein irreversibler Prozeß, weil es uns so verdammt gutgeht und wir nicht mehr so hart zu arbeiten brauchen. Es wird uns aber nicht mehr so verdammt gutgehen. Wir erleben derzeit, daß sich die ökonomischen Entwicklungsbedingungen grundlegend verändern, und das wird sich auswirken. Wenn es die Art von Wachstum, die wir so lange hatten, nicht mehr gibt, kommt es sehr viel darauf an, daß wir uns dieser veränderten Realität auch in der Haltung zur Leistung anpassen.

Auf der anderen Seite habe ich nicht den Eindruck, daß sich bei uns die Einstellung zur Leistung in der Praxis generell so verschlechtert hat, wie das in manchen Umfragen den Anschein hat. Aus der Produktivitätsentwicklung in der Bundesrepublik läßt sich jedenfalls nicht der Schluß eines allgemeinen Leistungsabfalles ziehen. Ein gewisser Leistungsabfall zeigt sich jedoch auf speziellen Gebieten außerhalb des Produktionsprozesses, zum Beispiel an einem Teil der Hochschulen, und das würde ich nicht auf den ökonomischen Überfluß zurückführen.

Heigert

Ich bleibe bei meiner Ausgangsfrage, ob die Parteien zu Problemlösungen fähig sind. Meine Antwort lautet: Nein, die Parteien sind nicht dazu imstande, weil sie auf jedes halbe Prozent ihrer Klientel bei Wahlen achten müssen. Sie können also nicht die Wahrheit sagen.

Dahrendorf

Sie erwecken mit Ihrer Frage den Eindruck, Herr Heigert, als seien wir hier zur Rettung bestimmter Parteien angetreten. Unser Thema lautet: Repräsentieren die Parteien unsere Gesellschaft? Müssen es eigentlich nur die etablierten sein? In bewegten Zeiten repräsentieren diese zunehmend weniger die gesamte Gesellschaft. Das ist nicht besonders dramatisch, sondern das ist eben so. Aber je größer eine Partei ist, desto schwerer kann sie auf diesen Umstand reagieren.

Bei der SPD sind es häufig die internen Strukturen, die Entscheidungen so ungeheuer kompliziert machen, weil sie über mehrere Stufen gehen müssen, etwa Parteitage auf Landes- und Bundesebene. Die Parteien sind durch und durch bürokratisiert; Herr Remmers hat daraufhingewiesen.

Nun hat Herr Remmers einen erstaunlich kurzen Bogen von den Parteien zum Parlament geschlagen. Ist es eigentlich so selbstverständlich, daß die Parlamente genauso zusammengesetzt sind wie die Parteien? Neue Bewegungen zum Beispiel können sich in einer Partei mitunter sogar relativ schnell niederschlagen. Bis sie aber auch nur einen einzigen Abgeordneten dieser Partei stellen, vergehen mindestens vier Jahre. Die Parlamente, die für den Bürger sichtbarsten Ausdrucksformen der Parteien, reagieren noch langsamer auf neue Entwicklungen.

Zu welchen Konsequenzen führt das? Nun, diejenigen, die sich nicht repräsentiert sehen, werden Wahlenthaltung üben oder neue Parteien gründen. Na und? Diese neuen Parteien repräsentieren dann wieder bestimmte Gruppen oder Schichten.

Schmid

Gibt es nur diese beiden Möglichkeiten, Herr Dahrendorf, neue Parteien oder die alten? Ist nicht auch dazwischen noch etwas denkbar?

Dahrendorf

Das, was dazwischen liegt, würde wahrscheinlich unter das Stichwort Staatsverdrossenheit fallen oder Wahlenthaltung bedeuten. Mein Eindruck ist, daß wir hier in bewegten Zeiten so etwas in Katastrophenstimmung machen. Möglicherweise finden ja manche Leute, daß die Parteien sie gegenwärtig nicht repräsentieren. Na und?

Sie fragten, Herr Schmid, wie die Parteien auf solche Zahlen, wie Sie sie erwähnt haben, reagieren? Gelegentlich neigen sie da auch zur Katastrophenstimmung. In der Regel reagieren Parteien aber überhaupt nicht auf Umfragezahlen, sondern nur auf Wahlergebnisse. Und wenn die Wahlergebnisse entsprechend sind, überlegen die Parteien unter Umständen, sich zu ändern.

Rudolph

Die Parteien reagieren viel zu sehr auf Umfragen.

Dahrendorf

Mein Eindruck ist dies nicht. Vielleicht sind aber Parteien unfähig, auf Wahlergebnisse in angemessener Weise zu reagieren. Dann erlaubt unser System, daß andere an ihre Stelle treten.

Pestel

Wie nimmt sich das Ganze aus der Sicht des einfachen Wahlbürgers aus? Wenn er zur Wahl geht, dann interessieren ihn in erster Linie die Spitzenkandidaten der Parteien. Die CDU war in Niedersachsen erfolgreich, nicht weil sie mit CDU-Politik, sondern weil sie mit Albrecht-Politik operiert hat. Dem hatte die SPD einfach keine Persönlichkeit entgegenzusetzen. Bei den Bundestagswahlen 1969 und 1972 hatten Brandt und Scheel eben ein anderes Charisma als Kiesinger und Barzel.

Natürlich gibt es auch Wähler, die traditionell immer dieselbe Partei wählen. Den Ausschlag bei den Wahlen geben aber die Leute, die nicht auf die Parteien, sondern auf die Spitzenpolitiker sehen. Zu denen müssen sie das Vertrauen haben, daß sie schwierigen Situationen gewachsen sind und auch die Courage haben, einmal über ihre Fraktionsgrenzen hinwegzugehen. Das habe ich oft genug erlebt. Ich halte die Männer, die eine Partei nach vorne bringt, für den Wahlausgang für viel entscheidender als alle Programme, die die Leute sowieso nicht lesen.

Dahrendorf

Aber gelegentlich repräsentieren die Kandidaten doch die Parteien?

Pestel

Ja, gelegentlich, aber kraft ihrer Persönlichkeit und Entscheidungsfreiheit gehen sie weit darüber hinaus. Ich habe oft genug erlebt, wie Herr Albrecht mit der Fraktion fertig wird.

Heigert

Das soll es auch in München geben, wie ich gehört habe.

Remmers

Wir würden es uns zu leicht machen, wenn wir die Orientierung an bestimmten charismatischen Persönlichkeiten bei Wahlen zu sehr als ein Problem der Repräsentanz hinstellen; denn im Innenbereich der Parteien und der Fraktionen wird da wieder eine ganze Menge reguliert. Sicher, wir haben die Wahl in Niedersachsen mit dem Slogan bestritten: "Albrecht-Politik gibt Niedersachsen festen Halt." Aber in meinem Wahlkreis im Emsland haben wir gesagt: "Diese Wähler hier im Emsland geben Albrecht festen Halt." Damit haben wir ihm zu verstehen gegeben, daß es nicht auf ihn allein ankommt. Wir korrigieren also manches innerhalb der Parteienstruktur.

Kaltefleiter

Ich unterstreiche die Aussage von Herrn Pestel insofern, als Untersuchungen zeigen, daß Veränderungen zwischen zwei Wahlen etwa zu 50 Prozent durch die Persönlichkeiten bewirkt werden. In einigen Wahlen ist der Prozentsatz noch höher.

Was die Beziehung des einzelnen zur Partei angeht, so zitiere ich ein Wort, das von Carlo Schmid stammen soll: "Es gibt nichts Schrecklicheres als meine eigene Partei." Dem kann ich nur zustimmen; eine gewisse natürliche Distanz ist angebracht. Das zeigen uns besonders die angelsächsischen Demokratien, wo die emotionale Bindung an die Parteien sehr gering ist. Parteien sind ein Instrument der Politik, und wenn einmal die Mehrheit der Bürger den Parteien keine Sympathie abgewinnen kann, dann geht die Demokratie nicht zugrunde.

Was wir heute beobachten, ist ein viel interessanteres Phänomen, nämlich ein Ausfransen unseres Parteiensystems. Es geschieht also genau das, was Herr Dahrendorf gerade als eine Alternative sieht. Zur Zeit franst es besonders links aus, einmal innerhalb der SPD - Stichwort Hansen/Coppick;- , zum anderen außerhalb in Gestalt der Grünen, Alternativen, Bunten.

Um zu verstehen, was da geschieht, sollte man sich einmal von den tagespolitischen Fragen etwas lösen. In einem politischen System wie dem der Bundesrepublik Deutschland, das in einem dichotomisierten Parteiensystem organisiert ist, stehen wir stets vor der Situation, daß der eine Pol dieses Parteiensystems die Veränderung und der andere Pol das Bewahren repräsentiert. Es ist klar, welche Partei bei uns welchen Pol repräsentiert. Wenn die Veränderungspartei wie ich die SPD einmal bewußt nennen will - seit etwa 16 Jahren an der Regierung ist und in dieser Zeit mit all den Realitäten konfrontiert ist, die Minister Remmers so plastisch beschrieben hat, dann ist es völlig

natürlich, daß jener unruhige Teil der Gesellschaft, den es immer gibt und der auf Veränderung ausgeht - lassen Sie mich ihn salopp die Hefe einer Gesellschaft nennen;- , langsam ungeduldig wird.

Das war 1966 der Fall, als die SPD in die Große Koalition hineinging, was als Verrat empfunden wurde. Die Folge war die APO. 1969 hatten wir es dann mit einer aufgebauchten Erwartungshaltung zu tun, und die "alternative Welt" ging wieder in die SPD hinein. Jetzt ist die SPD seit 1969, also seit 13 Jahren, an der Regierung und baut immer noch Kernkraftwerke, Startbahnen, Autobahnen und all die schönen Dinge. Da ist es doch ganz natürlich, daß diese Gruppe der Veränderer unruhig wird und aus der SPD herausstrebt. Diese Gruppierung wird, wenn sie 1984 in den Bundestag hineinkommt, wonach alles aussieht, dazu beitragen, daß die SPD die politische Macht in Bonn verliert.

Nun lassen Sie mich einmal sehr ungeschützt eine Prognose aufstellen. Sie kennen das chinesische Sprichwort: Prognosen sind schwierig, besonders wenn sie die Zukunft betreffen. Was ist also zu erwarten? Daß genau das eintritt, Herr Löwenthal, wovor Sie, wie ich meine, zu Recht warnen: Die SPD wird versuchen, sich an die Wertevorstellung dieser Gruppe anzupassen, um von ihr akzeptiert zu werden. Der Münchener Parteitag hat in dieser Hinsicht deutliche Akzente gesetzt. Es wird ihr damit auch gelingen, einen Teil der Grünen/Bunten/Alternativen wieder zu integrieren.

Das heißt, wenn die SPD 1984 die Macht in Bonn verliert, können wir ab 1986/87 mit einem Zerbröseln der Alternativen und so weiter rechnen, die wieder von der SPD aufgesogen werden. Wenn sich die SPD aber auf diese Gruppierung hinorientiert, kann sie die Wahlen 1988 nicht gewinnen. Da die Lernfähigkeit von Ideologen bekanntlich begrenzt ist, wird sich an dieser Situation auch 1992 nicht viel ändern. Ab 1993/94 aber wird die SPD ein zweites Godesberger Programm verabschieden, auf dessen Grundlage sie sich 1996 erholen wird, um dann im Jahre 2000 als ein ernsthafter Bewerber um die politische Macht anzutreten.

Das ist sicher keine ernsthafte Prognose. Ich will jedoch darauf hinaus, daß wir es hier mit einem völlig normalen Ablauf zu tun haben, den wir auch von anderen Parteiensystemen her kennen, die ähnlich dichotomisiert sind. Deshalb sehe ich das, was zur Zeit geschieht, als gar nicht so tragisch an. Daß es in einigen Bundesländern, vielleicht auch 1984 im Bund selbst, erhebliche Probleme bei der Regierungsbildung geben kann, ist etwas anderes. Das wird uns wahrscheinlich schon in 14 Tagen in Hamburg vorexerziert werden.

Das Parteiensystem franst gegenwärtig aber noch in einer anderen Hinsicht aus, was bislang noch wenig in der Öffentlichkeit diskutiert wird: Ich meine eine "single-issue-movement", die bisher in keinem Parlament vertreten ist, aber leicht hineinkommen kann, nämlich die Anti-Ausländerbewegung. Diese Bewegung wird von rechts, zum Teil von alten NPD-Leuten, organisiert und von Teilen der Arbeiterschaft, nämlich von Betroffenen, gewählt. Das sind Leute, deren Kinder auf Schulen gehen, in denen der Ausländeranteil eine kritische Größe erreicht hat; das sind Leute, die sich an ihrem Wohnort belästigt fühlen, weil es zu sehr nach Knoblauch riecht; das sind Leute, die in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit um ihren Arbeitsplatz fürchten in Konkurrenz zu den Ausländern. Diese Entwicklung paßt in die Typologie des Parteiensystems nicht hinein und ist möglicherweise viel gefährlicher.

Noch eine Bemerkung zum Thema Anpassung an den Wertewandel, der gegenüber ich, ebenso wie Herr Löwenthal, äußerst skeptisch bin. Ich gehe aber einen Schritt weiter. Sie sagen, es sei nicht Aufgabe der Parteien, den Wertewandel selbst herbeizuführen. Ist das aber nicht Aufgabe der politischen Führung? Was wir heute vielleicht beklagen, ist, daß die Führungsfunktion von den Parteien zu wenig wahrgenommen wird. Möglicherweise ist das auch eine Folge des in der Bundesrepublik Deutschland aus verschiedenen Gründen zu langphasigen Wechselspiels zwischen den Parteien. Würde der Wechsel im Abstand von 8 Jahren erfolgen, wäre die Flexibilität und die Innovationsfähigkeit des Systems wesentlich größer, als wenn die Ablösung 16 bis 20 Jahre dauert.

Löwenthal

Sie sagen, Herr Kaltefleiter, der Münchener Parteitag der SPD habe gezeigt, daß die Grünen in der SPD an Einfluß gewinnen. Da bin ich völlig anderer Ansicht. Sehen Sie sich etwa die Kernkraftresolution an.

Auch was Ihre langfristigen Perspektiven angeht, bin ich sehr skeptisch. Wir wissen nicht, wie sich die Sozialdemokratie entwickeln wird, wenn sie in der Opposition ist. Das hängt von so vielen Dingen ab, die wir heute überhaupt noch nicht übersehen können.

Guggenberger

Können die Parteien die Massen noch integrieren? In den Gruppen und Schichten, in denen die Erwartungen, die an diese Parteien gerichtet werden, die alten sind, können sie es. Die CDU macht das ja gegenwärtig vor, indem sie zur "neuen Mehrheitspartei", zur großen Sammlungspartei für all jene Kräfte in unserer Gesellschaft wird, die mit den überkommenen Erwartungen der Arbeits- und Wachstumsgesellschaft zu identifizieren sind. Überall dort also, wo der gesellschaftliche Fortschritt im überkommenen Sinn verstanden wird: Mehrung individueller Güter, Rechte und Lebenschancen, materielle Absicherung des Lebensrisikos, Abbau von Ungleichheiten und ähnlichem mehr - überall dort funktioniert diese "Integration" überraschend gut. Dort werden die Parteien nach wie vor als kompetent angesehen.

Wir tun immer so, als sei die repräsentative, parlamentarische Parteiendemokratie und vor allem das Herzstück dieser Demokratieform, nämlich das Prinzip mehrheitlicher Entscheidungsfindung, ein inhaltsneutrales, voraussetzungsfreies politisches Grundprinzip. Trifft das eigentlich zu? Müssen wir da nicht umlernen? Würden sich die Gruppenkämpfe in der Konkurrenzdemokratie, also in der freien, offenen, auf Konflikte hin angelegten Demokratie, nicht unerträglich zuspitzen und vielleicht bis hin zum Bürgerkrieg eskalieren, wenn sie nicht permanent entschärft würden durch die Erwartungsgewißheit steigender Individualeinkommen und effizienter Befriedigung von Gruppeninteressen, letztlich also durch die Erfüllungspolitik, wie sie die Volksparteien insbesondere in Vorwahlzeiten so unnachahmlich vorexerzieren?

Die Erwartungsgewißheit steigender Individualeinkommen spielte also zweifellos eine erhebliche Rolle. Wir müssen uns somit fragen, ob nicht die Chance individueller Einkommensmehrung für die Vergangenheit eine Art unabdingbarer Grundkonstellation für unser Demokratiemodell gewesen ist. Wird hier nicht in dem Augenblick manches brüchig, in dem diese vopolitische Selbstverständlichkeit abhanden kommt?

Ich behaupte, daß auch der demokratische Verfahrenskonsens immer seinen inhaltlichen Preis gehabt hat in Form von nicht mehr diskutierten Vorentschiedenheiten im Range schon fast von Rechtsansprüchen. Es gibt eine ganze Reihe davon. Ich habe hier nur auf das jährlich steigende Einkommen verwiesen, einen Anspruch, der, wie man sich auch dreht und windet, immer unerfüllbarer wird. Mit anderen Worten: Es gab bisher so etwas wie einen Wachstumskleister für die Gültigkeit unserer demokratischen Prozeduren und Entscheidungsfindungsmodalitäten. Steigende Einkommen und konsumtiver Lebensstil waren unabdingbare Voraussetzungen für die Funktionsfähigkeit unserer auf Zustimmung von Mehrheiten beruhenden Demokratie.

Überall dort, wo man dies akzeptiert und auch für die Zukunft nicht in Frage gestellt sieht, schaffen die Parteien die Integration. Dort aber, wo neue Fragen, neue Probleme, neue Erwartungen gleichsam von außen an diese Parteien herangetragen werden, wo es darum geht, Gefahren und Risiken der Hochtechnologie zu begrenzen, die Zukunft gegen die Gegenwart in Schutz zu nehmen und die Rechte der noch nicht Geborenen gegenüber den Besitzansprüchen und Begehrlichkeiten der hier und heute Lebenden zu verteidigen, also die Rechte derer, die noch gar keine Wähler sind überall dort wird es zunehmend schwieriger mit der Integration. Dort ist der Partei-"Tanker" nicht mehr wirklich beweglich. Das sehen wir allenthalben. Das mag einen Teil der Schwierigkeiten ausmachen, vor denen die SPD im Augenblick in weitaus größerem Maße steht, als es die Unionsparteien tun. Aber auch sie werden, zumal in der Regierungsverantwortung, von diesen Integrationsnöten auf Dauer nicht verschont bleiben.

Klein

Vor gut 15 Jahren haben wohlmeinende ausländische Freunde uns gesagt, die Bewährungsprobe der deutschen Demokratie komme, wenn zum ersten Mal die Regierung wechsele. Nun, diese Probe hat sie relativ gut bestanden. In diesem Sinne bin ich auch davon überzeugt, Herr Guggenberger, daß die Demokratie ebenso die Auswirkungen eines geringeren Wachstums bewältigen wird, auch wenn es eine Zeitlang mal überhaupt kein Wachstum geben sollte.

Guggenberger

Gerade die CDU warnt doch, daß fehlendes Wachstum die Demokratie gefährde.

Klein

Wir warnen davor, uns selber einzureden, daß Wachstum nicht mehr möglich oder daß das sogenannte Nullwachstum etwas Erstrebenswertes sei.

Löwenthal

Das sagt aber auch keine andere Partei.

Klein

Bei einer Konferenz in Lagos hat mir vor kurzem ein nigerianischer Politiker gesagt: "Ihr solltet nicht vergessen, daß Stagnation oder wirtschaftlicher Rückschritt in einem Land wie der Bundesrepublik Deutschland sich in gleicher Weise negativ in der Dritten Welt auswirkt." Wir sollten uns nicht larmoyant in eine Aussteiger-Mentalität hineinsteigern. Wir tragen auch Verantwortung für andere.

Huber

Die neuen Werte, von denen hier ständig die Rede ist, vermag ich in der Breite wirklich nicht zu erkennen. So erwähnte Herr Löwenthal unter anderem, die immer geringer werdende Verbindlichkeit rechtsgültiger demokratischer Entscheidungen sei geradezu gemeingefährlich. Ich halte das für übertrieben. Da möchte ich die Gegenfrage stellen: Sollte es nicht auch ein Merkmal dieser Demokratie sein, daß sie zur Selbstkorrektur fähig ist ...

Löwenthal

Sicher.

Huber

... so daß Entscheidungen, die sich als problematisch erwiesen haben, im nachhinein korrigiert werden können?

Kaltefleiter

Aber nicht das Regelsystem in Frage stellen.

Huber

Diese Argumentation macht mich jedenfalls hellhörig. Wenn Sie dann die Rolle der Gerichte, insbesondere der Verwaltungsgerichte, fast möchte man sagen, in Frage stellen, geht das in die falsche Richtung. Bei der Startbahn West sprechen Sie von der "heroischen Nichtanpassung" Holger Börners im Interesse unserer Demokratie. Auch das ist eine Fehleinschätzung. Verkehrspolitisch ist die Startbahn doch ein durchaus zweifelhaftes Konzept.

Sie stellen die Dinge so dar, als gehe es hier um Prinzipien der Demokratie. Dabei geht es primär um zwei verschiedene Prinzipien der Industrie. Der zentrale Konflikt bei der Startbahn West besteht gewissermaßen zwischen der alten Industriegesellschaft und einer neuen, die im Entstehen begriffen ist. Die Industriegesellschaft der Mikroelektronik, der Mikrobiologie, der Solartechnik, der Ökotechnik und so weiter wird eine andere Industriegesellschaft sein als die des Kohle-Stahl-Verbundes.

Heigert

So einfach ist es nicht.

Huber

Natürlich geht es auch um demokratische Prinzipien. Da teile ich die Kritik von Herrn Guggenberger. Hier wird mit einem Begriff von Demokratie operiert, der auf Mehrheitsentscheidung und Repräsentanz aufbaut, während in Wirklichkeit, wie Herr Pestel gezeigt hat, charismatische Persönlichkeiten bei Wahlen den Ausschlag geben.

Schmid

Das war eine Hypothese.

Huber

Sie entspricht auch meiner Wahrnehmung. Der Wähler entscheidet sich kaum für ein Parteiprogramm, sondern er stellt der Partei seiner Wahl mehr oder weniger eine Blankovollmacht aus. Schon von daher fragt es sich, ob es nicht bei bestimmten Entscheidungen Korrekturmöglichkeiten geben muß.

Zurück zur Repräsentanz. Es ist die Rede vom Wählerauftrag. Gewissermaßen gibt der Wähler dem Politiker einen Auftrag, und dann macht der Politiker für den Wähler, aber auch anstelle des Wählers,

Politik. Es erscheint dann fast illegitim, wenn sich der Bürger nachträglich doch noch in die Politik einmisch. Ich möchte dafür plädieren, daß man endlich damit aufhört, außerparlamentarische Aktivitäten als antiparlamentarisch abzuqualifizieren, selbst wenn viele Leute, die außerparlamentarisch agieren, mit einem "Anti"-Habitus auftreten. Tatsächlich jedoch ist das, was da geschieht, in den meisten Fällen durchaus pro-parlamentarisch. Es besteht hier eine Art von Komplementarität zwischen parlamentarischen und außerparlamentarischen Handlungsweisen. Bürgerinitiativen sind für den Parlamentarismus eine wichtige konstruktive Ergänzung.

Löwenthal

Ich stimme Herrn Huber zu, daß zu demokratischen Mehrheitsentscheidungen unter Umständen auch Möglichkeiten einer demokratischen Korrektur gehören. Die Frage ist nur, was man darunter versteht.

Um ein Beispiel zu geben: Ich habe mich vorhin positiv über Holger Borner geäußert. In einem Punkt allerdings fand ich die Politik von Borner unglücklich, als er den Versuch eines Volksbegehrens gegen die Startbahn West auf juristischem Weg ausschloß. Das habe ich nicht für eine juristische Notwendigkeit, sondern für einen politischen Fehler gehalten. Für die demokratische Legitimierung der Entscheidung, die ich für richtig halte, wäre es viel besser gewesen, wenn man einen juristischen Weg gefunden hätte, um das Volksbegehren zuzulassen. An dem Punkt bin ich Ihnen näher, als Sie sicher vermuten.

Auf der anderen Seite aber gibt es Dinge, die eben keine demokratischen Korrekturen sind, sondern wo versucht wird, durch die Mobilisierung von Minderheiten demokratische Entscheidungen undemokratisch auszuschalten, und zwar mehr oder minder gewaltsam. Lassen Sie mich klar sagen: Demokratie ist selbstverständlich nicht nur die Herrschaft der Mehrheit, sondern schließt auch die Rechte der Minderheiten ein, aber die Rechte der Minderheiten sind bestimmte und beschränkte Rechte und nicht unbeschränkte. Darauf kommt es meiner Meinung nach bei diesen Fragen an.

Wenn man schon davon spricht, aus dem Wertewandel zu lernen und sich an ihn anzupassen, dann muß man auch sehen, welche Erscheinungen dem Grundprinzip unserer Demokratie gefährlich werden. Dort muß man die Grenze ziehen.

Schmid

Was verstehen Sie eigentlich unter Wertewandel, die stille Revolution der Werte à la Inglehart, oder meinen Sie etwas ganz anderes?

Löwenthal

Ich meine genau das, was Inglehart und andere darunter verstehen. Das sind ja zum Teil Dinge, die sich dann in diesen politischen Formen manifestieren.

Strasser

Die Innovationsfähigkeit der Parteien wird besonders von Leuten, die die Innenverhältnisse der Parteien nicht kennen, völlig unterschätzt. Das Problem - da hat Herr Dahrendorf recht - ist eher die sehr viel größere Beharrung in den Parlamenten. Wenn ich daran denke, in welchem Maße und mit welcher Geschwindigkeit in der SPD in den letzten Jahren ein Bewußtseinswandel etwa im Hinblick auf die sozialökologischen Fragestellungen oder die Friedensbewegung eingetreten ist, so wird deutlich, daß da ein erhebliches Innovationspotential vorhanden ist. Wie das dann in die praktische Politik umgesetzt wird, ist eine andere Frage. Es gibt natürlich Zeitverzögerungen, da wir das Personal in der Regel erst nach vier Jahren auswechseln können. Es trifft auch zu, daß diejenigen, die bereits ein Mandat besitzen, einen Startvorteil haben. Dies alles kommt mit zum Tragen.

Meine zweite Bemerkung betrifft die Feststellung von Herrn Guggenberger, unser Typ von Demokratie habe hohe Wachstumsraten und eine gewisse Zielrichtung des technisch-ökonomische Fortschritts zur Voraussetzung. Das halte ich für eine Überinterpretation. In dieser Demokratie steckt sehr viel mehr, als Sie konzedieren wollen. Richtig ist sicherlich, daß die Art und Weise, wie die Parteien sich Mehrheiten beschaffen, etwas mit der Möglichkeit zu tun hatte, aus relativ hohen Zuwächsen Gratifikationen an alle organisierten Gruppen geben zu können. So konnte man sich Mehrheiten zusammenstückeln. Wenn dies nicht mehr funktioniert, gerät auch die Methode, sich Mehrheiten entlang dieser Fortschrittslinie zusammenzuholen, ins Wanken. Das ist aber nicht die einzige Möglichkeit, einen Grundkonsens zu organisieren.

Der Kern der Problematik, mit der wir es heute zu tun haben, besteht darin, daß etwas in dieser Gesellschaft verlorengegangen ist, was es vor zehn oder fünfzehn Jahren noch eindeutig gab: eine

fast über alle politischen Lager hinweggehende einheitliche Grundvorstellung von der richtigen Zielrichtung des technisch-ökonomischen Fortschritts. Diejenigen, die 1969 in die Parteien eintraten, insbesondere in die SPD, waren unter anderem noch der Meinung, Kernenergie sei etwas ganz Tolles.

Dies zeigt, daß inzwischen ein Bewußtseinswandel eingetreten ist - wie immer man ihn bewerten mag;- , der dazu beiträgt, daß die Grundvoraussetzungen, auf denen man damals meinte, eine breit konsensfähige Politik machen zu können, nicht mehr bestehen. Dazu gehört auch, daß man die Gesellschaft sozial nicht mehr so einfach befrieden kann. Dies war mit einer Politik des Sowohl-Als-auch aus hohen Zuwächsen relativ einfach. Wenn es diese hohen Zuwächse nicht mehr gibt und auch die Aussichten nicht mehr sehr groß sind, diese Zuwächse in absehbarer Zeit wieder zu bekommen, muß man konfliktreiche Prioritätenentscheidungen treffen. Dies verändert den Politikstil und erhöht die Konflikte. Daß unter diesen Bedingungen die Besitzstandswahrung der organisierten Gruppen ein besonderes Problem wird, war eigentlich zu erwarten.

Angesichts dieser Situation wäre es nun sicher falsch, halsstarrig auf dem Politikmonopol der Parteien zu beharren. Es wäre vielmehr vernünftig, die Problemlösungen teilweise in gesellschaftliche Gruppen zu verlagern, um auf diese Weise einer Überzentralisierung entgegenzutreten. Nur muß man in diesem Zusammenhang sehen - das vermisse ich auch bei Ihnen, Herr Remmers-, daß dies nur möglich ist, wenn ein größeres Maß an Gleichheit erreicht wird. Wenn diese Voraussetzung nicht besteht, wird die Verlagerung nach unten nicht gelingen, weil das nur bedeuten würde, daß man die Startvorteile der Privilegierten weiter vergrößert und den Schutz der sozial Schwachen abbaut.

Die zentralisierende Ausweitung staatsinterventionistischer Eingriffe hängt zum Teil auch mit der Zentralisierung von Macht im wirtschaftlichen Bereich zusammen. Das wird niemand leugnen können. Einem multinationalen Konzern kann man in der Regel nicht auf der Ebene der Gemeinde entgegenreten. Will man die problematischen Folgen einer bestimmten Konzernpolitik bekämpfen, dann muß man zunächst auf staatlicher Ebene mit zentralisierten Lösungen dagegen angehen. Gelingt es aber, die wirtschaftliche Macht selbst zu demokratisieren und zu dezentralisieren, besteht eine größere Chance, die nachfolgenden Interventionen des Staates großenteils wieder abzubauen.

Wenn diese Zusammenhänge mitdiskutiert werden, bin ich mit Subsidiarität sehr einverstanden. Man müßte noch etwas genauer darüber reden, was unter "kleinen Einheiten" zu verstehen ist und wie man mit Hilfe der kleinen Einheiten eine soziale Produktivität bewirken und erhalten kann. Aber der Grundgedanke ist vernünftig. Allerdings wird dabei meist der Gleichheitsgesichtspunkt unterschlagen.

Ich will noch einen Punkt anmerken, der die Frage betrifft, was sich außerhalb der Parteien an legitimen Handlungsmöglichkeiten bilden kann. Da ist einmal die selbstorganisierte Problemlösung. Die hier bestehenden Möglichkeiten sind überhaupt noch nicht ausgeschöpft. Es kann in dieser Gesellschaft sehr viel mehr an solidarischer Selbsthilfe erfolgen, als wir zulassen oder für möglich halten. Ich bin weiter der Meinung, daß auch Bürgerinitiativen wichtige Funktionen in einer Demokratie haben können.

Klein

Wenn sie nicht nur ein Stück vom Kuchen wollen ...

Strasser

Ich sehe jedoch nicht, Herr Heigert, daß die Parteien schlicht überflüssig werden. Es ist nirgends eine Perspektive erkennbar, in der die Parteien als Instanzen der Integration von Sachfragen und der Mobilisierung von Mehrheiten für die Durchsetzung von umfassenden Konzeptionen nicht mehr gebraucht werden. Bürgerinitiativen müssen zunächst EinPunkt-Organisationen sein. Wenn sie nicht mit einer gewissen Einseitigkeit Interessen artikulieren, können sie ihre Funktion gar nicht wahrnehmen.

Dies ist aber nur die eine Seite dessen, was in der Demokratie geleistet werden muß. Darüber hinaus müssen - um ein Beispiel zu nennen - ökologische Fragen mit einem sozialen Anliegen stimmig gemacht werden. Dies können nur Institutionen wie die Parteien leisten. Aus diesem Grunde denke ich nicht, daß die Parteiendemokratie am Ende ist und irgend etwas am Horizont auftaucht, was die Parteien ablösen könnte.

Hereth

Es klingt so positiv, daß die Parteien sich an den Bewußtseinswandel anpassen. Man kann auch sagen: In den Parteien können sich die Stimmungen und Meinungen, die gerade Mode sind, leichter

durchsetzen. Man sollte also nicht übersehen, welche negativen Auswirkungen damit verbunden sind. Dagegen stellen die Parlamentsfraktionen einen sehr viel stabileren Faktor dar, der sich nicht von jeder Stimmung und Mode beeinflussen läßt.

Strasser

Ich glaube nicht, daß es sich bei den erwähnten Themen Ökologie, Friedensbewegung - um Modeströmungen handelt, Herr Hereth, sondern hier haben wir es mit einem tiefgreifenden Wandel zu tun, der in historischer Perspektive gesehen werden muß. Bei rein modischen Angelegenheiten ist es durchaus vernünftig, daß die Parteien eine gewisse Tankerqualität haben und nicht jede kurzfristige Wende mitmachen.

Kaltefleiter

Welche Art von Gleichheit wollen Sie für ungleiche Menschen ohne eine zentrale Bürokratie schaffen, Herr Strasser?

Schmid

Und wer soll diese Gleichheit schaffen - nur die politischen Parteien oder auch andere gesellschaftliche Institutionen?

Sie sprechen dann von den großen Innovationspotentialen in den Parteien. Auf welcher Ebene? Nur in Grundwertekommissionen oder auch tiefer?

Strasser

Bei der Gleichheit geht es um die materiellen Lebensvoraussetzungen. Wenn man Individualität als hohen Wert ansetzt, und zwar für alle, bedeutet das: Alle müssen die materiellen Voraussetzungen haben, um ihre Persönlichkeit, ihre individuellen Anlagen möglichst weit entfalten zu können. Dies ist natürlich nicht nur eine Frage staatlicher Politik, sondern auch der Tarifpolitik. Ich bin für stärkere Angleichung der Einkommen. Dies kann man unter den heutigen Bedingungen wahrscheinlich am wirkungsvollsten tarifpolitisch erreichen.

Das Prinzip der größeren Gleichheit gehört untrennbar zur Verlagerung von Problemlösungskapazität in kleinere Einheiten dazu, sonst bedeutet es lediglich, daß diejenigen, die über genügend Zeit und Geld verfügen, die guten Risiken sammeln und ihre Problemlösung auf Kosten der anderen betreiben.

Schmid

Dann wird aber Gleichheit zentralisiert und organisiert.

Strasser

Nein, das geschieht über politisch gestaltende Eingriffe. Zum Beispiel könnte man im öffentlichen Dienst damit anfangen, die Besoldungsstrukturen in Richtung auf mehr Gleichheit zu verändern; denn dort ist der politische Eingriff am ehesten möglich. Man müßte dabei natürlich auch mit den Gerichten zu Rande kommen.

Kaltefleiter

Es wäre der schlechteste Weg, wenn Sie mit dem öffentlichen Dienst anfangen wollen.

Strasser

Dies ist alles noch diskussionsbedürftig. Ich will nur andeuten, daß ich einen Zusammenhang sehe zwischen größerer Gleichheit und größerer Fähigkeit zu selbstorganisierter Problemlösung.

Das Innovationspotential, Herr Schmid, gibt es nicht nur oben an der Spitze, schon gar nicht nur in der Grundwertekommission, in der Herr Löwenthal und ich sitzen. Wenn ich das in der SPD richtig beobachte, wird in allen Ortsvereinen eine intensive Diskussion um diese Fragen geführt. Deshalb kann man nicht sagen, dies sei die Sache eines kleinen Kreises Ausgewählter, die das geschickt inszenieren. An der Basis der SPD ist schon sehr viel los. Aber das ist sicher nicht nur auf die SPD begrenzt.

Remmers

Über größere Gleichheit müßte man diskutieren, Herr Strasser. Ich habe wahrscheinlich in vielen Punkten eine andere Auffassung als Sie. In einem Bereich jedenfalls, und zwar im schulischen, könnten wir ohne weiteres mehr auf der unteren lokalen Ebene regeln.

Rudolph

Herr Dahrendorf meinte, es sei durchaus normal, wenn in unserer Gesellschaft Interessen entstehen, die im herrschenden Parteiensystem nicht repräsentiert sind. Entweder gingen die Leute dann nicht zur Wahl, oder es bildeten sich neue Parteien. Das eigentliche Problem besteht doch aber darin, daß sich hier Gruppen bilden, die keine Parteien sein wollen. Die Grünen beispielsweise wollen ja gerade nicht eine Partei im herkömmlichen Sinne sein. Und sie wollen vor allem auch nicht die Aufgabe der Repräsentation wahrnehmen, die bislang das politische Rückgrat in unserem repräsentativen System gebildet hat.

Statt zu fragen: "Repräsentieren die Parteien unsere Gesellschaft?" sollte man vielleicht einmal die Frage andersherum stellen: Will die Gesellschaft, oder genauer gesagt, wollen bestimmte Gruppen und Strömungen in dieser Gesellschaft überhaupt repräsentiert werden? Repräsentation heißt dabei: sich vertreten lassen in dem politisch-parlamentarischen Mechanismus der Willensbildung und Entscheidungsfindung, in dem meine Interessen mit denen der anderen zum Ausgleich gebracht werden. Entstehen nicht durch den erwähnten Wertwandel Stimmungen, politische Stile und Haltungen, die gar nicht repräsentationsbereit und deshalb auch nicht repräsentationsfähig sind? Dies ist in dem Sinne gemeint, daß sie nicht hinnehmen wollen und auch mit ihrem ganzen politischen Selbstverständnis nicht vereinbaren können, irgend jemandem ein Mandat zu übertragen, so daß ein Abgeordneter stellvertretend für sie handelt. So sind die Stuttgarter Grünen jetzt dabei, sich die Köpfe, die ihnen qua Repräsentation gewachsen sind, gleichsam wieder abzuschlagen, zumindest besteht an der Basis der Wille dazu.

Dahrendorf

Das gibt es auch bei den etablierten Parteien.

Rudolph

Sicher, nur in diesen Bewegungen ist man grundsätzlich dagegen, daß Köpfe wachsen sollen. Man will nicht, daß sich da Leute als Repräsentanten im traditionellen Sinne etablieren.

Es kann auch kein Zufall sein, daß die Grünen und die Friedensbewegung stets Politiker als Bezugspersonen nehmen, die als Politiker gescheitert sind. Für die Bewegung sind offensichtlich Leute wie Eppler, Albertz oder Klose deswegen so besonders anziehend, weil sie im Rahmen der herkömmlichen Politik nicht mehr mitspielen wollten.

Offenbar bereitet das Prinzip der Repräsentation diesen Gruppen überhaupt Schwierigkeiten. Das gilt aber auch für andere. Wenn beispielsweise die Anwohnerin der Startbahn West bei einem Polizeieinsatz die Frage stellt: "Wie kann der Staat so etwas durchsetzen wollen?", so hat das im Kern etwas mit dem Zweifel an der Repräsentation zu tun. Denn danach sind Leute gewählt worden, die nach bestimmten Prozeduren kontrolliert worden sind, und ihren Beschluß nun auch durchsetzen müssen. Daß Demokratie so funktionieren soll, stößt auf Unverständnis.

Auch bei der Frage von Mehrheiten und Minderheiten zeigt sich dieses Phänomen. Wenn man im Fall der Startbahn West beispielsweise die Empfehlung ausspricht, die plebiszitären Möglichkeiten im Verfassungssystem zu erweitern, so entspricht genau dies in der Konsequenz eben nicht den Intentionen des Widerstandes. Denn das würde dazu führen, daß die Mehrheitsmeinung noch sehr viel stärker befestigt wird und die Freiräume von irgendwelchen Widerstandsbewegungen noch weiter eingeengt werden. Diesen geht es doch gerade darum, daß bestimmte Minderheitenpositionen gegenüber Mehrheiten durchgesetzt werden.

Hier geht es also um das gegenseitige Verhältnis von Mehrheiten und Minderheiten. Erkennen die Minderheiten die Mehrheiten nur insoweit an, als sie im Augenblick die größere Zahl für sich haben, oder akzeptieren sie tatsächlich die ganze demokratische Prozedur, - fühlen sie sich in sie einbezogen, obwohl sich im Moment ihre Meinung nicht durchsetzt?

Nach meiner Auffassung wird hier eine grundsätzliche Bruchstelle sichtbar, die auch mit der Fortschrittsproblematik im Grunde nichts zu tun hat. Daß sich die Situation, was Fortschritt, Wachstum und dergleichen angeht, verändert hat, macht dies nur deutlich, weil nun mit dem Überfluß und den dadurch gegebenen Verteilungsmöglichkeiten der "Kleister" fehlt, der das Ganze bisher zusammengehalten hat. Jetzt stellt sich in der Tat die Frage: Will man auch als mündig gewordener

Bürger Leuten ein Mandat geben, um sich durch sie vertreten zu lassen, um das zu legitimieren, was aus den politisch-parlamentarischen Prozeduren hervorgeht, oder hält man das dann für eine Zumutung?

Die Frage der Repräsentation kann nicht behandelt werden, ohne das Selbstverständnis, das der Bürger von seiner Rolle im repräsentativen System hat, zu beachten. Das ist nicht ohne weiteres gleichzusetzen mit der Rolle, die er als Mensch, als familiäres oder gesellschaftliches Wesen hat. Hier kommt in bezug auf die politische Tradition ein weiteres Element hinzu, das mir gegenwärtig ebenso in Frage zu stehen scheint wie das Repräsentativsystem selbst.

Löwenthal

Herr Rudolph sagt, die Grünen wollen keine Partei sein. Das ist teilweise richtig. Man muß aber auch sehen, daß unter den Grünen und Alternativen sehr unterschiedliche Entwicklungen stattfinden. Es gibt Gruppen, angefangen von Bürgerinitiativen oder auch im Rahmen kommunaler Politik, die durchaus die Möglichkeiten demokratischer Korrektur im begrenzten Maße nutzen wollen. Das halte ich für völlig legitim.

Es gibt andere Gruppen, die, wenn sie in ein Parlament kommen, sich da benehmen wie die Nazis und Kommunisten im Weimarer Reichstag, indem sie versuchen, das Parlament lächerlich zu machen. Das ist natürlich keine demokratische Korrektur. Einige Gruppen machen eine positive Entwicklung von der einen zur anderen Kategorie durch. Dafür gibt es beispielsweise starke Anzeichen im Berliner Abgeordnetenhaus. Es ist also kein eindeutiges Bild.

Remmers

Der Hinweis auf die gescheiterten Politiker ist sehr wichtig. Herr Eppler hat immer argumentiert: "Die Macher wissen nicht mehr, was sie machen sollen." Ich halte dies insofern für eine problematische Aussage, als das politische Handeln gerade darin besteht, daß man mutig Entscheidungen treffen muß, obwohl man eigentlich nie genau weiß, was richtig ist. Wenn einer daherkommt und zu mir sagt: "Ich weiß das ganz genau", mit dem rede ich eh nicht mehr weiter.

Ich muß als Politiker wissen, daß keine Meinung ganz richtig oder ganz falsch ist; das ist jedenfalls in unserem demokratischen System so. Dennoch muß ich mutig und tapfer entscheiden.

Schulze

Carlo Schmid hat einmal gesagt: Jede Entscheidung, die man trifft, ist falsch; es gibt gar keine richtigen Entscheidungen.

Pestel

Dem stimme ich voll zu. Die Politiker müssen immer Entscheidungen treffen angesichts einer massiven Ignoranz, nicht nur über die Tatbestände, sondern auch bezüglich der Konsequenzen, die aus diesen Entscheidungen resultieren können. Aber auch wenn man einer Entscheidung ausweicht, kann das Konsequenzen haben, die dann vielleicht noch schlimmer sind, als wenn man eine Entscheidung so oder so getroffen hätte.

Natürlich ist auch den meisten Wahlbürgern bewußt, daß die Politiker nicht genau wissen, was richtig ist. Da entscheiden sie sich dann für die Persönlichkeiten, von denen sie den Eindruck haben, daß sie in der Lage sind, gewissermaßen aus ihrem politischen Instinkt heraus richtige Entscheidungen zu treffen. Wie ist es denn anders zu erklären, daß die CDU in Niedersachsen innerhalb von anderthalb Jahren einen Anstieg von unter 40 Prozent auf über 50 Prozent der Stimmen bei der letzten Wahl erlebte?

Die Parteien tragen dieser Tatsache ja auch Rechnung, indem sie versuchen, in den Wahlkämpfen Persönlichkeiten herauszustellen, die bei den Wählern den Eindruck vermitteln, daß sie sich durchsetzen können. Insofern möchte ich auch die Wirksamkeit der Parteien relativieren. Sie sind sicher notwendig, sonst würde sich ja das ganze politische Handeln im leeren Raum abspielen. Aber ich halte es doch mit dem Wort von Treitschke: "Männer machen die Geschichte."

Heigert

Ist das, was wir hier betreiben, nicht wieder einmal typisch deutsche Inzucht? Wenn ich mir vorstelle, uns hörten jetzt ein paar junge Leute aus Zürich zu, so würden die vielleicht sagen: Das ist ja alles

Packeis; da wird ein wenig hin- und hergeschoben, mitunter knirscht es etwas, aber ändern tut sich nichts. Was meinen Sie, Herr Bondy?

Bondy

Sie dürfen mich natürlich nicht als Wortführer der jungen Leute von Zürich betrachten; das würden die bestimmt als Anbiederung auffassen.

Aber mein Eindruck ist auch, Herr Heigert, daß das, was hier bisher gesagt wurde, sehr spezifisch deutsch ist. Es trifft so weder für Frankreich und England, noch für Italien oder die Schweiz zu.

Beispielsweise weiß ich nicht, inwieweit der Wähler jene Abgeordneten noch als legitim empfindet, die er nicht selbst wählen kann, sondern die die Partei über eine Liste ins Parlament bringt. Für Franzosen und Engländer ist es schwer vorstellbar, durch Abgeordnete vertreten zu werden, die sie gar nicht kennen und für die sie nicht gestimmt haben.

Genausowenig wäre es in anderen demokratischen Ländern möglich, daß Abgeordnete in geheimer Abstimmung bei entscheidenden Weichenstellungen gegen ihre eigene Fraktion stimmen, wie es seinerzeit in Bonn zur Rettung der Koalition und in Hannover zu ihrem Sturz geschah. In beiden Fällen weiß man bis heute nicht, wer diese ein, zwei oder drei Leute waren, die gegen die Disziplin ihrer Fraktion verstoßen haben. In England wäre es nicht möglich, daß ein Abgeordneter, der anders stimmt, als der Whip entschieden hat, im Dunkel bleibt. In anderen Ländern würde ein derartiges Verhalten als völlig unverständlich, ja als skandalös empfunden.

Andererseits gibt es in Frankreich und auch in England eine große Zahl von Wählern - man schätzt sie auf mehr als 40 Prozent-, die im Grunde für die Mitte sind, die aber überhaupt keinen Ausdruck im Parlament finden. In Frankreich beispielsweise sind sie weder entschieden für Mitterrand oder für Chirac, noch nehmen sie gegen den einen oder den anderen eine polarisierende Haltung ein. In England gilt gleiches für Liberale, Sozialdemokraten und andere. Eine große Anzahl von Leuten ist weder für Mr. Foot noch für Mrs. Thatcher, aber ihre Meinung fällt politisch überhaupt nicht ins Gewicht, obwohl ihr Anteil in der Gesellschaft vielleicht bei 40 Prozent liegt.

Doch wenn die Parlamente zu sehr die Gesellschaft widerspiegeln, ist möglicherweise die Funktionsfähigkeit dieser Institution mehr in Frage gestellt, als wenn sie die Gesellschaft zu wenig repräsentieren.

Schulze

Wenn man vom Ausland kommt, nimmt sich dieser Kreis in der Tat ein wenig wie eine geschlossene Gesellschaft aus. Sie gehören alle irgendwie dazu. Es wird zwar debattiert, auch kontrovers, aber diese Debatte, so wirkt sie jedenfalls auf mich, findet innerhalb jenes Spektrums statt, das von den nachwachsenden Generationen inzwischen mit äußerstem Mißtrauen betrachtet wird.

Im Gegensatz zu Herrn Löwenthal meine ich, daß wir gegenwärtig politisch gesehen in einer hochdramatischen Zeit leben.

Löwenthal

Natürlich ist es in Deutschland gegenwärtig nicht langweilig, Herr Schulze - ich langweile mich nicht im geringsten. Ich bin nur der Meinung, daß sich die offizielle parlamentarische Politik in einer langweiligen Phase befindet. Das widerspricht nicht der Tatsache, daß die Friedensbewegung ein aufregender Vorgang ist.

Schulze

Ich würde auch nicht von einem Wertewandel sprechen, sondern nach meiner Einschätzung erleben wir heute eine wirkliche Zeitenwende, eine Umwertung aller Werte. Die nachwachsenden Generationen, bei denen man ja nicht schlichtweg sagen kann, sie werden sich schon anpassen, haben alle Wertsysteme, die wir Älteren vertreten und die zum Teil noch aus der Nachkriegszeit herkommen, inzwischen verloren. Sicher, sie sind risikofrei aufgewachsen, sind also gar nicht mehr in der Lage, die Leistungs- und Wachstumsgesellschaft mit der Nachkriegszeit in Verbindung zu bringen. Damals stimmte die einfache Ideologie von Adenauer noch, Lebensstandard sei schon eine Art Leben, mehr brauche es eigentlich nicht.

Was wir gegenwärtig erleben, ist diese eigenartige Mischung zwischen dem Verlust der Werte auf der einen und der Sehnsucht der Menschen auf der anderen Seite. Deshalb entscheiden sie sich ja bei Wahlen für charismatische Persönlichkeiten, wie hier richtig gesagt wurde. Als Politiker würde ich mir

die Rolle, die der Papst als charismatische Figur spielt, sehr genau ansehen, insbesondere was die Reaktionen der Frauen angeht. Er ruiniert ungefähr 50 Jahre Frauenemanzipation, und sie jubeln ihm alle zu. Warum wohl?

Heigert

Einspruch !

Schulze

Ich meine schon, daß die Sehnsucht ein wichtiger Faktor ist. In der Bundesrepublik beschränkt sich die Politik heute weitgehend auf das möglichst effektive Bewältigen anstehender Probleme. Wenn man in Gesprächen mit der Generation der 60jährigen Politiker, Helmut Schmidt eingeschlossen, das Thema geistige Führung berührt, heben sie beide Hände, weil sie das sofort mit Hitlerjugend assoziieren.

Ich bin im Laufe des letzten Jahres einen ganzen Monat durch Deutschland gefahren, um mit möglichst vielen Jugendlichen zu reden. Was ich da angetroffen habe, ist eine regelrechte Denkverweigerung. Ich selbst habe den Eindruck, daß man in Deutschland versucht, die 80er Jahre mit dem politischen Instrumentarium der 50er und 60er Jahre zu meistern. Es soll immer irgendwie so weitergehen. Die Probleme werden in der Tat zugekleistert.

Auf der anderen Seite ist nicht zu verkennen, daß in allen Industriegesellschaften, nicht nur Westeuropas, sondern auch Nordamerikas, eine Orientierungslosigkeit herrscht, ein Werteverlust stattgefunden hat, der durch nichts ausgeglichen wird. Was wir brauchen, sind neue Orientierungen - ich weiß, wie leicht sich das sagt und wie schwer das zu verwirklichen ist. Wo gibt es denn Entwürfe, die auch die jüngeren Generationen dazu bringen könnten, ein Verhältnis zu diesem Staat zu entwickeln, das nicht länger durch die Wachstumsideologien bestimmt sein kann?

Ich habe mit vielen Beteiligten an der Bonner Friedensdemonstration gesprochen. Dabei habe ich den Eindruck gewonnen: Wir würden einen großen Fehler machen, die Friedensbewegung nur für einen Verein zur Verhinderung der Stationierung von Atomraketen zu halten. Das wichtigste Element dieser Veranstaltung bestand darin - das ist mir immer wieder bestätigt worden-, daß man sich gegenseitig anfassen, fühlen konnte und feststellte, daß auch die anderen diese Sehnsucht nach menschlicher Wärme haben.

In diesem Zusammenhang zitiere ich noch einmal Carlo Schmid, der anlässlich einer Ehrung gesagt hat: "Die SPD ist nicht meine Heimat" - und als alle erstarrten, fuhr er fort: "Die SPD ist meine Familie." Ich verstehe nicht die Angst der Deutschen vor Menschlichkeit; Menschlichkeit muß ein wesentliches Element der Politik sein.

Wenn heute viel über Regionalisierung gesprochen wird, was ist das denn anderes als die Suche nach der kuscheligen Wärme des Nächsten, nach den Dorffesten, die jetzt überall wieder aufleben? Warum ist es nicht möglich, in der deutschen Politik einen Aufbruch zu wagen, der diese elementaren Bedürfnisse des menschlichen Lebens befriedigt?

Heigert

Aber das geht doch die Parteien nichts an.

Klein

Natürlich können politische Parteien und Parlamente menschliche Wärme nicht per Gesetz verordnen. Aber man sollte nicht unterschätzen, daß die Parteien sehr vielen Menschen eine Art Familiengefühl bieten, etwas, womit sie sich identifizieren können. Das ist ein starkes Argument für die Vitalität der Parteien.

Noack

So sehr ich in vielem mit Ihnen übereinstimme, Herr Schulze, würde ich doch davor warnen, die jüngere Generation allzu geschlossen zu sehen. Im Gegensatz zur Kriegsgeneration, zur skeptischen Generation oder zur 68er Generation haben wir es heute mit einer außerordentlich fragmentierten Generation zu tun; das reicht von äußerster Angepaßtheit bis hin zum äußersten Protest.

Schulze

Das ist im Prinzip richtig.

Lassen Sie mich einen Gesichtspunkt hinzufügen. Was wir heute in Europa erleben, ist eine immer weitergehende Bürokratisierung der Politik. Einige Regierungen sind bereits völlig in der Hand von Bürokraten, die im wesentlichen der Generation der jetzt 40- bis 50jährigen angehören. Das sind in der Regel die angepaßten Typen, jene fein angezogenen, schmallippigen jungen Leute mit dem C

Löwenthal

In Frankreich regieren seit 200 Jahren die Bürokraten.

Huber

In Ihre Bürokratiekritik, Herr Schulze, müßte man allerdings die Kritik an der großindustriellen Bürokratie mit einbeziehen. Wenn es nicht gelingt, die Bürokratieentwicklung zu stoppen, verkommt Parteipolitik in der Tat zum reinen Legitimationstheater.

Politiker und Verwaltungsleute legitimieren sich heute damit, daß sie Verordnungen und Maßnahmen produzieren. Es wäre ein ungeheurer Fortschritt, wenn Politiker einmal im Sinne eines Leistungsnachweises argumentieren könnten: Wir haben in den letzten Jahren kein neues Gesetz beschlossen, aber dafür diverse Verordnungen außer Kraft gesetzt. Das ist wohl eine Utopie, weist aber in die Richtung, in der das Problem liegt.

Schulze

Vom Ausland aus wird übrigens die Friedensbewegung in Deutschland sehr viel ernster genommen als zum Beispiel die in Holland, obwohl in Holland die Resonanz ungleich größer ist. Während in Bonn 250.000 Menschen auf die Straße gegangen sind - bei einem Volk von 60 Millionen;- , waren es in Holland 400.000 bei 11 Millionen. Herr van Agt hatte große Mühe, viele seiner Minister daran zu hindern mitzumarschieren, weil das Kabinett gerade eine Entscheidung für den Doppelbeschluß getroffen hatte.

Schmid

Wird denn die Friedensbewegung im Ausland, vor allem bei unseren westlichen Nachbarstaaten, als ein neuer deutscher Nationalismus interpretiert?

Schulze

Das Mißtrauen, insbesondere der Franzosen, gegenüber dem, was in Deutschland geschieht, ist nach meinem Eindruck in der letzten Zeit aus vielen Gründen gewachsen; latent war es immer vorhanden. Auch in Holland ist es wieder dicht unter der Oberfläche. Keiner meiner französischen Freunde hat mir geglaubt, daß Helmut Schmidt und Erich Honecker am Werbelinsee nicht dauernd über die Wiedervereinigung gesprochen haben. Der Schriftsteller-Kongreß in der DDR und die 4.000 Demonstranten in Dresden werden natürlich in Zusammenhang mit der Friedensbewegung im Westen gebracht. Die Vorstellung, die Deutschen könnten die Sehnsucht haben, wieder zusammenzukommen, ist für unsere Nachbarn außerordentlich beunruhigend. Sie sehen in der Friedensbewegung eine eher emotionale Bewegung, die in den großen Zusammenhang der deutschen Geschichte paßt. Die Deutschen hätten immer diesen fatalen Hang zur Irrationalität gehabt.

Bondy

Ich verbringe einen Großteil meiner Zeit in Frankreich und stelle fest, daß man dort, wie auch anderswo im Westen, die Entwicklung der deutschen Demokratie im großen und ganzen positiv beurteilt. Ich sehe nicht so viel Beunruhigung und auch nicht so viel Dramatik. Vielleicht ist es auch typisch deutsch, die eigene Haltung oder das eigene System als besonders schlecht zu empfinden.

Schulze

Politikverdrossenheit gibt es in vielen europäischen Ländern. In Belgien hat eine Umfrage ergeben, daß die Mehrheit der Bevölkerung den einheimischen Politikern die Politikfähigkeit abspricht. 59 Prozent würden es gerne sehen, wenn die Außenpolitik nicht mehr von belgischen Politikern, sondern von einer europäischen Regierung gemacht wird. 56 Prozent denken das gleiche von der Wirtschaftspolitik. Das Vertrauen in die Regierungen ist überall geschwunden.

Klages

Hier wird immer der Eindruck vermittelt, als sei der Wertwandel ein gemächlicher, ruhiger Prozeß. Diese Vorstellung ist falsch. Wir können deutlich nachweisen, daß wir es da mit sehr viel dramatischeren Vorgängen zu tun haben. Ich würde deshalb eher von einer Wertkrise sprechen. Während bestimmte Minderheiten, vor allem der jungen Generation, zu radikalen Wertumbrüchen neigen, stellen wir in anderen Teilen der Bevölkerung Tendenzen zum Wertverlust, zur Wertunsicherheit und zu einem Diffuswerden von Werten fest. Diese Tendenzen sind mit starken Einstellungs- und Meinungsschwankungen, mit einem Verlust des Sinns für "Normalität" und mit einem Potential zum passiven Mitvollzug radikaler Positionen verschiedener Art verknüpft.

Guggenberger

Wir sollten in der Tat nicht verharmlosend nur von Wertwandel, sondern eher von Wertkonflikten sprechen. Diese Gesellschaft ist doch längst geistig und zunehmend auch politisch in zwei Lager zerfallen, die kaum noch kommunikationsfähig sind. Auf vielen Feldern befinden wir uns entscheidungspolitisch in Pattsituationen, in denen nichts mehr geht. Ich erinnere nur an Wyhl, an Gorleben, an Brokdorf, an die Startbahn West, an die Nachrüstungproblematik; bei der Umweltchemie, bei den neuen Medien - Stichwort: Verkabelung der Republik - werden wir es in Kürze wahrscheinlich auch erleben. Mit dem Wort Wertwandel verharmlosen wir den Zustand, in dem wir uns tatsächlich befinden. Man kann den gegenwärtigen Prozeß nicht mit dem, was in der Vergangenheit war, vergleichen.

Was heute im Großen letztlich vor sich geht, haben wir bewußtseinsmäßig noch gar nicht bewältigt: Noch nie in ihrer Geschichte war die Menschheit aus eigener Wirkmächtigkeit als Gattung gefährdet. Im Töten hatte der Mensch sich immer schon auf dem entwickelsten technischen Niveau bewegt - bis hin zu Auschwitz; neu ist, daß heute erstmals die Menschheit als ganze, ja das Leben auf diesem Planeten, das älter ist als der Mensch, gefährdet ist.

Löwenthal

Das ist kein spezifisch deutsches Problem.

Guggenberger

Weiß Gott. Ich finde es mittlerweile aber auch schon typisch deutsch, immer typisch deutsch zu sagen und unverzagt nach "typisch Deutschem" zu fahnden. Ich bin in der Tat auch der Meinung, Herr Löwenthal, daß vieles, über das wir hier reden, kein spezifisch deutsches Problem ist. Auf der anderen Seite handelt es sich bei vielen Problemen, zumal den Folgeproblemen der Wachstums- und Überflußgesellschaft, auch noch nicht um globale Themen; denn für drei Fünftel der Erdbevölkerung ist der Film noch nicht so weit gelaufen wie bei uns.

Löwenthal

Da läuft der Bevölkerungskatastrophenfilm.

Guggenberger

In der Tat. Und es dürfte schwierig sein, den nachdrängenden Völkern der Dritten Welt einreden zu wollen, unser Zivilisationsstandard sei nicht erstrebenswert.

Wir befinden uns heute in einem tiefgreifenden Wertkonflikt, der einhergeht mit einer demokratiepolitisch höchst bedenklichen manichäischen Zerfällung des politischen Kosmos in Gut und Böse, mit einer ungeheuren moralischen und gesinnungsethischen Aufladung der politischen Argumentation, was schon deutlich zum partiellen Verlust der Kompromißfähigkeit geführt hat. Wenn nur noch zwischen "Guten" und "Bösen" gestritten wird, ist der Kompromiß als das herkömmliche Konfliktlösungsmuster ausgeschlossen.

Kompromiß-Strategien versagen, wenn's "ums Ganze" geht. Dann sind auch diejenigen, die auf dem Schlachtfeld der Entscheidung als überstimmte Minderheit zurückbleiben, nicht bereit, sich in die getroffene Mehrheitsentscheidung zu fügen. Überstimmen läßt man sich nur in subjektiv zweit oder dritrangigen Fragen. Ich zitiere Hans Ekehard Bahr: "Was wir gegenwärtig erleben, ist nichts Geringeres als ein öffentlicher Streit über Leben und Tod dieser Gesellschaft." Es wird darum gestritten, was auf der historischen Tagesordnung ganz oben ansteht und was als zweit- und dritrangig weiter unten rangiert. Hier geht es längst nicht mehr um betulichen Wertwandel, sondern

hier ist die Dimension eines Konflikts erreicht, den man als Wetterleuchten von ökologischem Bürgerkrieg sicher nicht überinterpretiert.

Huber

Dem möchte ich widersprechen.

Guggenberger

Ausgerechnet Du!

Huber

Gerade weil ich mich aktiv in den neuen sozialen Bewegungen beteilige. Es tut mir leid, ich sehe diese Zeitenwende nicht. Ich stimme zwar insofern überein, daß es heute aufgrund der atomaren Bedrohung um Leben und Tod geht. Das war früher nicht der Fall. Ähnlich verhält es sich bei der Umweltproblematik.

Trotzdem: Woran wird denn dieser Wertwandel festgemacht? Da wird demoskopisch etwa festgestellt, daß vor 10 Jahren noch 80 Prozent der Menschen die Technik für einen Segen hielten; heute sind es nur noch 15 Prozent. Das ist zunächst nichts weiter als eine Wertkrise - meinethalben eine tiefgreifende Verunsicherung;- , wie es sie im Laufe der Entwicklung dieser Industriegesellschaft schon häufiger gegeben hat. In den Jahren zwischen 1820 und 1848, dann in der Bismarckzeit - Stichwort Kulturpessimismus - und wiederum in den 20er und 30er Jahren dieses Jahrhunderts. Zu all diesen Zeiten hätte man bei bestimmten Bevölkerungsgruppen tiefgreifende Wertveränderungen feststellen können.

Was wir heute erleben, ist weit eher eine Differenzierung von Wertsystemen. Während zum Beispiel im Produktionsbereich die alten Leistungswerte nach wie vor ungebrochen gelten, verändern sich die Wertvorstellungen im Konsumbereich.

Guggenberger

Die Kritik am Fortschritt hat es natürlich seit Rousseau immer wieder gegeben. Aber noch nie hat der Fortschritt selber unsere Lebensgrundlage so in Frage gestellt, wie das gegenwärtig der Fall ist.

Huber

Das ist richtig. Man darf sich aber über eines nicht täuschen: Was die Ökologiebewegung oder die Alternativbewegung thematisiert - zum Beispiel Dezentralisierung, Desynchronisierung, flexible Arbeitszeiten und so weiter-, sind auch prägende Merkmale der sich weiterentwickelnden Industriegesellschaft.

Löwenthal

Ich gebe Herrn Guggenberger recht, daß die Tatsache der realen Möglichkeit einer nuklearen, ökologischen oder Bevölkerungskatastrophe etwas grundsätzlich Neues ist und den Charakter der Diskussion verändert hat.

Ich möchte ihm widersprechen in seiner Behauptung, diese Tatsache habe dazu geführt, daß die Menschheit moralisch total geteilt sei. Die große Mehrheit der Menschen zieht nämlich aus dieser Tatsache - soweit sie sich ihrer überhaupt bewußt ist - nicht die Konsequenz: Alle anderen sind Teufel, und wenn wir nicht siegen, geht die Welt zugrunde.

Kaltefleiter

Ich kann zu den faszinierenden Weltuntergangsbildern, die uns hier vorgeführt werden, nur sagen: Entsetzlich langweilig. Das haben wir doch alles schon einmal gehört, vielleicht nicht so konkret wie heute, aber die Konfliktstruktur in unserer Gesellschaft hat sich nicht verändert. Der Konflikt, der hier beschrieben wird, zeigt sich primär zwischen der Altersgruppe der 17- bis, sagen wir, 28jährigen, die sich größtenteils in der Ausbildung befinden, und dem Rest der Gesellschaft. Wenn die jungen Leute ihre Ausbildung beendet haben und ins Berufsleben eintreten, können wir einen Einstellungswandel beobachten.

Es ist doch bezeichnend, daß man in einem Kreis wie diesem erst einmal kräftig selbstkritisch Nabelschau hält. Ich sehe in der gegenwärtigen Situation überhaupt nichts so furchtbar Dramatisches.

Wir erleben die Agonie einer Bundesregierung mit bestimmten Konsequenzen. Das kommt von Zeit zu Zeit vor; das hatten wir 1966, das hatten wir 1973. Es wird auch in Zukunft geschehen.

Wir sind mit bestimmten wirtschaftspolitischen Problemen konfrontiert, über deren Ursachen wir lange diskutieren könnten. Ich bin in diesem Punkt auch nicht so pessimistisch wie Herr Löwenthal. Es gibt durchaus eine Reihe von Indikatoren, die dafür sprechen, daß sich diese Probleme lösen lassen.

Herr Schulze und auch Herr Dettling meinten, daß die Strategien der 50er und 60er Jahre nicht mehr greifen. Wir brauchten die Strategien der 80er Jahre. Herr Dettling sprach sogar von den Strategien des 19. Jahrhunderts, die nicht mehr die des 21. Jahrhunderts sein könnten. All diese Strategien der 50er, der 60er, der 80er Jahre, was immer- das sind doch, mit Verlaub gesagt, reine Worthülsen.

Wir haben ein funktionierendes demokratisches System, bei dem es in Teilbereichen Reibungen gibt. Die entscheidende Innovationskraft liegt im Wechsel zwischen alternativen Regierungsangeboten, die zu einer partiell veränderten Politik führt - denn eine völlig andere Politik gibt es nicht. Die politischen Instrumente, die dafür angeboten werden, unterscheiden sich nicht wesentlich von denen der 50er oder der 60er Jahre. Sie sind auf partiell veränderte Problemlagen eingestellt. Was soll an dieser Entwicklung eigentlich so beunruhigend sein?

Sicher, wir leben in einer spannenden Zeit, wenn wir uns nur einmal bestimmte Veränderungen vor Augen führen. Aber ist wirklich der Leistungsgedanke verlorengegangen? Wenn ich mir Berichte von deutschen Handwerkstagen anhöre, dann wird da endlos über die Schwarzarbeit in Deutschland lamentiert; was ist denn Schwarzarbeit anderes als ein Beweis für den Leistungswillen der deutschen Bevölkerung und die Leistungsfeindlichkeit unseres Sozial- und Steuersystems? Die Schwarzarbeit verschwindet sofort, wenn man die Überstunden mit dem halben Steuersatz und dem halben Sozialversicherungssatz versieht. Das ist keine grundsätzlich neue Strategie des 21. Jahrhunderts, sondern nur eine geringfügige Modifikation, die Anwendung von Marktmechanismen in Teilbereichen.

Wir sollten das alles wesentlich nüchterner sehen und eine apokalyptische Betrachtungsweise vermeiden.

Klages

Der Leistungswille, der sich in der Selbsthilfetätigkeit und in der Schwarzarbeit ausdrückt, ist sicher nicht ohne weiteres mit dem Leistungsprinzip zu vergleichen, dessen Verlust wir beklagen.

Kaltefleiter

Das ist nur eine Modifikation, nichts grundlegend anderes.

Schulze

Ich habe nicht von "Strategie", sondern vom Instrumentarium gesprochen. Sie sagen "Worthülsen", Herr Kaltefleiter. Wenn Sie glauben, Sie könnten mit dem Wachstum, das es nicht mehr gibt, die Konflikte der 80er Jahre lösen oder zukleistern, dann sind Sie genau der Typ, mit dem die junge Generation nicht mehr diskutieren kann. Dann haben Sie nämlich für meine Begriffe überhaupt nicht verstanden, was geschieht.

Kaltefleiter

Wer sagt denn eigentlich, daß es keine Wachstumsmöglichkeiten mehr geben wird?

Schulze

Wachstum als Mittel, um die Konflikte der 80er Jahre zu bewältigen.

Kaltefleiter

Auch das sehe ich so nicht. Die Voraussetzungen für ein ausreichendes Wachstum sind durchaus noch vorhanden. Erstens ist der volkswirtschaftliche Grundsatz von der Unersättlichkeit der Bedürfnisse keineswegs in Frage gestellt. Wenn einige Leute aussteigen, ist das noch kein Beweis dafür, daß es in der großen Breite keine Bedürfnisse mehr gibt.

Zweitens können wir bedeutsame technologische Durchbrüche verzeichnen, die bislang nicht umgesetzt worden sind, angefangen von den neuen Medien, der Verkabelung und vieles andere mehr.

Drittens könnten wir mit dem Recycling das Rohstoffproblem wesentlich entschärfen.

Auf allen diesen Gebieten bestehen reale Wachstumschancen, die nur genützt zu werden brauchen. Warum sollte das nicht der Fall sein.

Schulze

Bei einer strukturellen Arbeitslosigkeit von 14 Millionen in Westeuropa haben Sie keinen Spielraum mehr. Da nützen Ihnen die kleinen Wachstumsraten überhaupt nichts.

Heigert

In vier Jahren werden wir in der Bundesrepublik 3 Millionen Arbeitslose haben.

Klein

Nicht, wenn die CDU/CSU vorher an die Regierung kommt.

Löwenthal

Dann sind es noch mehr.

Dettling

Glauben Sie wirklich, daß das, was sich in unserem Lande abspielt, nur ein normaler Generationskonflikt ist, den es immer gegeben hat?

Kaltefleiter

Ich bin in der Tat der Meinung, daß keine so großen Unterschiede zum traditionellen Generationswechsel bestehen. Der Bundesrepublik Deutschland ist jedoch aufgrund der speziellen Situation der Nachkriegszeit in den ersten 15, 20 Jahren ein derartiger Generationswechsel erspart geblieben. Was wir gegenwärtig erleben, ist eine völlig normale Entwicklung, wie sie in Gesellschaften unseres Typs stattfindet.

Dahrendorf

Ich teile im wesentlichen die Meinung von Herrn Kaltefleiter. In Ihren Termini, Herr Guggenberger, zähle ich sicher zu den Verharmlosern. Ich sehe weder ein Wetterleuchten von Bürgerkrieg, noch die Situation eines tiefgreifenden Wertkonflikts, noch kann ich Ihnen, Herr Schulze, zustimmen, daß die Jungen ihr ganzes Wertsystem verloren hätten.

Wann waren wir denn jemals in unserer Geschichte so frei, uns an einem Wertsystem zu orientieren, das nicht von materiellem Erfolgs- und Konsumdenken geprägt war? Da wird man lange zurückgehen können, ohne eine so paradiesische Situation zu finden, wie wir sie im Grunde heute erreicht haben. Zum ersten Mal können wir überhaupt die Frage stellen: Was haben wir anderes zu bieten als das "Immermehr" und "Immer besser"? Das zeigt, wie gut es uns geht, aber auch, daß auf diese Frage so schnell keine Antwort zu finden sein wird.

Herr Guggenberger, Sie sehen Anzeichen für einen dramatischen Wertkonflikt und dafür, daß die Menschheit als Gattung gefährdet ist, und dann nennen Sie Beispiele wie Startbahn West, Gorleben, Brokdorf und die Verkabelung. Es tut mir leid, sagen zu müssen: Das gefährdet die Menschheit nicht.

Guggenberger

Diese Beispiele habe ich nicht dafür herangezogen, daß die Menschheit gefährdet sei. Dafür habe ich ausdrücklich auf die historisch neue, gattungsweite Selbstbedrohung durch zivile und militärische Nuklearrisiken verwiesen. Ich habe lediglich gesagt, an diesen Beispielen zeige sich, daß wir uns allmählich in eine Pattsituation hineinmanövrieren, in der politisch nichts mehr geht. Schließlich hat der Ministerpräsident von Niedersachsen schon vor Jahren regierungsamtlich festgestellt, Gorleben sei nicht durchsetzbar. Warum eigentlich nicht? Die parlamentarischen Mehrheiten dafür gab es doch. Hat er nicht vielleicht, was meine Analyse exakt bestätigen würde, eine Güterabwägung zwischen der Durchsetzung eines großtechnischen Vorhabens und der Bewahrung des inneren Friedens vorgenommen?

Dahrendorf

Wenn ein Politiker aus wohlerwogenen Gründen vorübergehend eine Entscheidung nicht durchsetzen will, dann kann das zu einer bestimmten Zeit durchaus richtig sein. Ich will das jetzt nicht vertiefen.

Auf viele Probleme, die Sie hier nennen, haben die Parteien doch seit langem reagiert. So hat sich etwa das Umweltbewußtsein in den letzten 10 Jahren erheblich verändert. Wir alle haben andere Einsichten und denken heute anders darüber.

Strasser

Die Probleme, mit denen wir es heute zu tun haben, sind nur zu einem kleinen Teil neu. Ich sehe einen langfristigen Trend hin zu mehr Beteiligung der Bürger an der Willensbildung und neuerdings auch an der Leistungserbringung des Staates. Dieser Partizipationstrend hat bereits in der Studentenbewegung und davor eine große Rolle gespielt. Das hängt unter anderem damit zusammen, daß Bildung und freie Zeit im Zuge des Fortschrittsprozesses immer mehr Menschen zugute gekommen sind. Die individuellen Ressourcen für Partizipation sind größer geworden, und das Institutionensystem hat darauf nicht ausreichend reagiert.

Neu ist nun in der Tat, da hat Herr Guggenberger recht, daß heute die Selbstvernichtung der Menschheit unter verschiedenen Aspekten vorstellbar ist. Wettrüsten, Umweltzerstörung und anderes sind hier die Stichworte. Dennoch stimme ich Herrn Huber zu, daß etwa bei der Ökologieproblematik durchaus technische Lösungen denkbar sind. Es sind bereits hochsubtile technische Innovationen verfügbar, um auf die ökologischen Probleme wesentliche Antworten zu geben. Welche sozialen Implikationen diese neuen Techniken allerdings haben, wissen wir noch kaum.

Die Komplexität der Probleme löst bei vielen Menschen mehr oder weniger diffuse Zukunftsängste aus, die offenkundig das ist jedenfalls der Eindruck vieler junger Leute - von denen, die an den politischen Schalthebeln unseres Systems sitzen, nicht ernst genug genommen werden. Schon deshalb nicht, weil sich diese Politiker ja ausrechnen können, daß sie während ihrer Lebenszeit noch halbwegs über die Runden kommen werden. Sie können also ruhig so weitermachen wie bisher; denn 10 oder 20 Jahre werden das Grundwasser und die Luft und so weiter wohl noch ausreichen. Von daher schließt man, daß diese Politikergeneration kaum eine besondere Neigung habe, auf die sich abzeichnenden Probleme rechtzeitig zu reagieren. Für junge Menschen, die noch sehr viel länger zu leben haben, ist die Zukunftsbedrohung natürlich weitaus virulenter als für viele ältere. Das ist bei der Frage des Wertwandels zusätzlich zu berücksichtigen.

Jetzt zum Thema Frankfurter Flughafen als Konfliktypus in seiner Bedeutung für unser demokratisches System. Natürlich kann Holger Börner mit einer gewissen Berechtigung sagen: Ich bin gewählt worden, ich habe für meine Entscheidung die Mehrheit im Parlament bekommen, deshalb kann ich das Projekt durchführen. An diesem Fall wird aber zugleich deutlich, daß ein Beharren auf rein formaler Legalität noch nicht in jedem Falle Legitimität bedeutet.

Zum einen operieren wir hier mit einem Wählerauftrag, der völlig unspezifisch ist. Wir führen Wahlkämpfe um das "Modell Deutschland" auf der einen und "Freiheit statt Sozialismus" auf der anderen Seite. Darunter kann sich niemand konkret etwas vorstellen. Aus dieser Art von Wahlkämpfen ist jedenfalls kein spezifischer Wählerauftrag ableitbar, auf den man sich bei solchen Entscheidungen berufen kann.

Ein weiterer Gesichtspunkt kommt hinzu. Die technischen Vorhaben, die wir heute angehen, haben aufgrund ihrer Größenordnungen in vielen Fällen einen so erheblichen Planungsvorlauf, daß die Projekte zu einem Zeitpunkt auf Kiel gelegt werden, an dem der Bevölkerung noch gar nicht bewußt sein kann, was möglicherweise auf sie zukommt. Insbesondere in Zeiten, in denen sich der Grundkonsens über das, was Fortschritt ist, schnell verändert, kann es zwingend werden, sich der Legitimation für die Durchführung solcher Vorhaben noch einmal zu vergewissern, auch wenn man mit einem gewissen Recht sagen kann, daß man sie bereits sehr viel früher eingeholt hat. Dieses Problem muß in Zukunft sehr viel ernster genommen werden, denn sonst wird auf die Dauer die Legitimität legal zustande gekommener Mehrheitsentscheidungen untergraben. In dem Zusammenhang sollte man auch über ein Instrument wie das Plebiszit ernsthaft nachdenken.

Natürlich versuchen kleine Minderheiten, diese Konflikte auch für eine Ausweitung des Widerstandsbegriffes zu nutzen. Man sollte aber nicht so tun, als gebe es hier eine breite Strömung in der Bevölkerung, die Mehrheitsentscheidungen generell in Frage stellt. Ich sehe das jedenfalls nicht.

Etwas anderes gibt allerdings zu denken: Aus gewissen Untersuchungen geht hervor, daß viele Menschen ihre Zustimmung zu Mehrheitsentscheidungen stillschweigend mit der Annahme verbinden, es werde dabei letztlich das herauskommen, was sie für wünschenswert halten. Dies konnte natürlich nur so lange funktionieren, wie der technischökonomische Fortschritt relativ unumstritten war. Das hat

sich aber grundlegend geändert. Deshalb kann man die Infragestellung von Mehrheitsentscheidungen nicht so eindeutig den neuen kritischen Gruppen zuschieben. Da liegt ein Problem, das sehr viel umfassender diskutiert werden müßte.

Ich halte es für ein wichtiges "neues" Bedürfnis, menschliche Beziehungen in kleineren, überschaubaren Räumen zu organisieren. Dies würde auch der Demokratie zugute kommen; denn die Tendenzen zur Zentralisierung nicht nur im Staat, sondern vor allem auch Machtkonzentrationen in der Wirtschaft stellen immer ein Risiko für die Demokratie dar. Zentralisierung und Konzentration höhnen die Laienkompetenz, die eine Grundvoraussetzung der Demokratie ist, mehr und mehr aus. Für wichtige Entscheidungen bedarf es inzwischen einer Datenfülle, die dem Normalbürger nicht zugänglich ist. Wenn diese Entwicklung so weitergeht, wird der Bürger für demokratische Mitsprache und Mitbestimmung nahezu zwangsläufig inkompetent.

Remmers

Ich denke nur an die Gebiets- und Verwaltungsreform.

Strasser

Dort, wo es möglich und sinnvoll ist, müßte man versuchen, kleinräumigere Entscheidungsstrukturen zu schaffen, um die Selbsthilfekompetenz zu fördern. Das geht gewiß nicht in allen Fällen, ist aber ein demokratierelevantes Problem. Dabei wird man um Eingriffe in vorhandene Machtstrukturen nicht herumkommen. Läßt man zum Beispiel die Wirtschaftsmacht unangetastet, dann besteht keine Chance, die Laienkompetenz und damit letztlich die Demokratie selbst wieder zu stärken.

Heigert

Das ist ein wichtiger Gesichtspunkt, Herr Strasser. Die Laienkompetenz der Parteien und der Parlamente war 150 Jahre lang unbestritten. Angesichts der Fragen, die Parlamente heute zu entscheiden haben, sehe ich dort ein großes Problem, das nichts mit dem ökonomischen oder Management-Sachverstand und auch nichts mit der Bürokratie zu tun hat.

Remmers

Vor plebiszitären Rückkoppelungen möchte ich warnen. Möglicherweise würde Borner im Falle der Startbahn West durch ein solches Plebiszit gestärkt, und er hätte dann die Hände frei. Ich halte dieses plebiszitäre Rückkoppeln dennoch für gefährlich. Ich bin immer der Meinung gewesen, lasse mich aber gern eines anderen belehren, daß das parlamentarisch-repräsentative System an und für sich einen qualifizierenden Effekt für mögliche Entscheidungen hat. Auf diese Weise ist man nicht von Tagesmehrheiten abhängig, die, plebiszitär rückgekoppelt, abgefragt werden. Ich denke nur an das Beispiel, das in diesem Zusammenhang immer wieder angeführt wird: Wenn man nach drei Taxifahrermorden "plebiszitär" die Frage stellen würde, ob die Todesstrafe wieder eingeführt werden soll, hätten wir sie wahrscheinlich schon.

Ich respektiere die Erkenntnis, wiewohl sie mir persönlich nie so ganz einleuchtet, daß die Menschheit zum ersten Mal in der Lage ist, sich als Gattung zu vernichten. Die daraus erwachsenden neuen Ängste vermag ich jedoch nicht so ohne weiteres zu begreifen. Apokalyptische Visionen hat es zu allen Zeiten gegeben. Sie sind ja auf verschiedene Weise und jeweils anderen Ebenen auch immer dargestellt worden.

Ich meine, die Ängste, die die Menschen heute haben, sind vor allem darauf zurückzuführen, daß ein transzendenter Bezug fehlt. Von daher ist auch die Befürchtung der jungen Leute zu verstehen, die Herr Strasser erwähnte: Da die Älteren nur noch 10, 20 Jahre zu leben hätten, bekümmern sie sich nicht um die langfristigen Probleme, in der Hoffnung, sie könnten sich während ihres Lebens noch so durchmogeln. Das ist sicher auch eine Ursache für die Angst vieler Menschen, Kinder in die Welt zu setzen, da man nicht weiß, wie diese Welt aussehen wird, wenn die Eltern gestorben sind.

Diese existentielle Problematik läßt sich nicht innerweltlich politisch bewältigen. Ich würde es auch für äußerst fraglich halten, wollte man das versuchen. Da kann man nur sagen: Entweder gibt es so etwas wie Glaube und Hoffnung, daß es sich lohnt zu leben, auch über den Rand der eigenen Existenz hinaus, oder es gibt dies nicht.

Dann noch ein Wort zu den kleinen Einheiten, von denen es hieß, man würde in ihnen wieder mehr menschliche Wärme finden. Ich halte dies auch unter einem anderen Aspekt für wichtig. Ich persönlich glaube nicht daran, daß wir die Arbeitslosigkeit in den Griff bekommen werden, selbst wenn wir wieder

ein höheres Wachstum erreichen sollten. Deshalb ist für mich die Frage einer anderen Verteilung der bezahlten Arbeit so außerordentlich wichtig.

Ich habe schon bei einer anderen Gelegenheit gesagt: Wir können uns innenpolitisch keinen "Dritte-Welt-Effekt" leisten - so im Sinne der *beati possidentes*, der glücklichen Arbeitsplatzbesitzer. Auch aus diesem Grunde brauchen wir neue soziale Strukturen, wo in Nachbarschaftsformen, Freundschaften, bei Ehepaaren oder Familien gemeinsam Möglichkeiten gefunden werden, wo die einen einer bezahlten Erwerbstätigkeit nachgehen und die anderen jene unbezahlten und auch gar nicht mehr bezahlbaren Arbeiten übernehmen, ohne die eine Gesellschaft nicht existieren kann.

Rudolph

In den 60er Jahren hat sich ohne Zweifel ein ungeheurer Wandel vollzogen, und zwar als Antwort auf eine veränderte gesellschaftliche Situation. Dadurch wurden andere Parameter, andere Zielvorstellungen in die Politik eingeführt, als sie vorher üblich waren. Eine Folge war zum Beispiel die grundlegende Veränderung der Bürokratie im Vergleich zu den 50er Jahren, als die meisten Beamten noch aus der Schule der preußischen Verwaltung kamen. Die jungen Leute, die Sie heute in der Verwaltung finden, schlagen sich mit den gleichen Problemen herum wie Sie, Herr Schulze.

Auch die Instrumentarien haben sich völlig verändert. In den 60er Jahren begann man mit der großen Planung und den großen Reformen. Das Problem, das uns heute beschäftigt, entsteht gerade daraus, daß diese Tendenz gleichsam umgebrochen ist. Was uns beunruhigt, ist eine "konservative Revolution" gegen eben diese Planung und, darüber hinaus, gegen die Modernisierungspolitik der 60er Jahre. Damals haben wir einen politischen Aufbruch erlebt. Aber gerade diese Art von Aufbruch, dieses "Wir schaffen das moderne Deutschland etc., etc.", lehnt ein großer Teil der jungen Generation ab, während er in den 60er Jahren allen Parteien faszinierend und notwendig erschien.

Wenn man diesen sozialen Wandel, der zweifellos eine Antwort auf eine veränderte Situation gewesen ist, der aber auch ein Wandel in den Parametern und Zielsetzungen war, nicht präzise markiert, erscheint einem die heutige Problematik entweder so wie Herrn Kaltefleiter, also als eine, die seit Hammurabis Zeiten bis heute gleichgeblieben ist, oder man sieht wie Herr Guggenberger die große Apokalypse ausbrechen. Beides halte ich wiederum für Fehldeutungen und für symptomatisch dafür, daß man mit der Situation nicht fertig wird.

Löwenthal

Lassen Sie mich etwas zur Frage "Apokalypse oder nicht" sagen. Die meisten, die überhaupt darüber nachdenken, sind sich einig, daß es heute wirkliche Existenzgefahren für die Menschheit gibt. In diesem Kreis hat das nur Herr Kaltefleiter bestritten. Auf der anderen Seite sind sich die meisten von uns auch darin einig, daß es keinen Sinn hat, auf diese Existenzgefahren mit einer emotionalen Exaltation zu reagieren. Sie halten es vielmehr für notwendig, gerade weil diese Gefahren so ernst sind, in ihrer Bekämpfung rational vorzugehen.

Diese Aufgabe ist auch ein großer Test für die Parteien. Können sie zur rationalen Bekämpfung dieser Gefahren etwas beitragen? Ich habe nicht den Eindruck, daß die Parteien zur Überwindung der ökologischen Gefahr etwas Entscheidendes - obwohl manches Nützliche - beigetragen haben. Es gibt in der Bundesrepublik eine Umweltgesetzgebung, die etwas besser ist als die der meisten anderen Länder, aber das reicht nicht.

Dagegen ist, was die Abwendung eines nuklearen Krieges angeht, durch diese Regierung und damit durch dieses Parlament sehr Wesentliches geschehen. Die Tatsache, daß sich die Friedensbewegung zumindest in den Parteien der gegenwärtig regierenden Koalition als Diskussionspartner stark bemerkbar gemacht und sich auch über die Flügel innerhalb dieser Parteien ausgewirkt hat, hat mit dazu beigetragen, eine Politik zu stärken, die diplomatisch die Gefahr eines Krieges verringert. Natürlich ist die Gefahr noch lange nicht vorüber. Wir leben in einer nuklear hochgerüsteten Welt.

Wenn ich mir jedoch die Situation ansehe, wie sie unmittelbar nach Afghanistan und dann wieder direkt nach der Wahl der Reagan-Administration ausgesehen hat, und sie mit der heutigen Situation vergleiche, so ist es nicht nur eine Tatsache, daß die Gefahr etwas geringer geworden ist, sondern auch, daß die Bundesrepublik ihren Teil dazu beigetragen hat.

Kaltefleiter

Ich wollte nicht den Eindruck erwecken, Herr Löwenthal, es gäbe keine Veränderungen. Ich bin nur der Meinung, daß die Veränderungen, die wir feststellen, für eine mobile Gesellschaft völlig normal sind und im Rahmen der parlamentarischen Demokratie kanalisiert werden können.

Löwenthal

Sie haben bestritten, daß es eine prinzipielle Gefahr für die Existenz der Menschheit gibt.

Kaltefleiter

Nein, ich habe gesagt, das sind neue Herausforderungen, die aber nicht die Konfliktlinien dieser Gesellschaft verändert haben.

In einem Punkt muß ich Ihnen aber entschieden widersprechen, was nämlich Ihre Äußerungen zur Außenpolitik, speziell zur Friedensbewegung, angehen. Da wir dieses Thema hier nicht eigens diskutieren können, möchte ich für das Protokoll meinen Widerspruch festhalten.

Heigert

Meine These ist: Die deutschen Parlamente haben an Kompetenz verloren. Erstens aus äußeren Gründen. Der Deutsche Bundestag ist nicht mehr voll souverän, wie kein Parlament in Europa voll souverän ist, weil die Brüsseler und andere Verflechtungen sehr viele Dinge vorschreiben, die nicht mehr in der Kompetenz des Bundestages liegen. Das sind Verflechtungen vertraglicher und faktischer Art. Die Interdependenz der europäischen Staaten und der Welt überhaupt ist so groß geworden, daß kein Parlament eines so verflochtenen und vernetzten Landes wie der Bundesrepublik ganz frei ist. Das ist eine neue Situation, die auf das Innenleben der Parteien zurückwirkt - behaupte ich.

Damit reduzieren sich die Aufgaben der Parteien. Das wiederum bedeutet, daß sie für junge Menschen nicht mehr so attraktiv sind, wie sie es noch vor 15, 20 Jahren waren. Drastisch gesprochen: Die deutschen Landtage haben nicht mehr viel zu tun - damit möchte ich niemandem zu nahe treten, der demnächst Fraktionsvorsitzender in einem deutschen Landtag wird. Als der bayerische Ministerpräsident sein Amt antrat, hat er alle im Kabinett gefragt, was es denn in den nächsten vier Jahren so an Gesetzesvorhaben gäbe, und stellte dann erstaunt fest, daß da eigentlich kaum etwas wäre. Weder die Ministerien noch die Fraktionen hatten irgend etwas Besonderes vor. In Niedersachsen ist das sicher anders, Herr Remmers, aber in Bayern war das so.

Kurzum, ich will damit sagen: Wenn es nicht gestern so war, dann wird es morgen so sein, daß Landtage, Landtagsparteien nicht mehr sehr viel zu tun haben. Das wiederum wirkt zurück auf das Innenleben der Parteien, behaupte ich, und es hält jüngere Menschen davon ab, in eine Partei zu gehen.

Im Bundestag ist auch viel Wind. Wenn er nicht mehr weiter weiß, setzt er Enquete-Kommissionen ein: Über die Jugend, über die Atomenergie, was weiß ich. Generell ist festzustellen, daß die Laienkompetenz in den heutigen Parlamenten nicht mehr zureicht, um das, was eigentlich zu entscheiden und zu kontrollieren ist, sachgerecht über die Runden zu bringen. Es wird viel Wind gemacht, viel Staub aufgewirbelt. Es gibt öffentliche Anhörungen über Kernenergie zum Beispiel; soll man jetzt entscheiden oder nicht - jetzt lieber nicht, besser erst später. Zum Jugendprotest liegt ein Zwischenbericht vor - immer mit der Attitüde "Wir werden das Problem dann lösen", statt zu sagen "Wir werden das überhaupt nicht lösen, wir stehen hier und wissen auch nicht weiter".

Alle haben das Gefühl, daß wesentliche Problemstellungen an den Parteien vorbeigehen. Da aber normale Abgeordnete nun einmal in Wirtshäusern vor ihren Parteigenossen reden, behaupten sie, was wunder sie alles täten; daß sie wieder für den Bau einer Brücke gesorgt hätten, indem sie mit dem Ministerialdirektor sowieso gesprochen hätten.

All das führt dazu, daß Parteien für junge Menschen nicht mehr sonderlich attraktiv sind. Die politischen Begabungen finden sich in der Bürokratie. Es gibt bei uns in den Ländern und im Bund hervorragende Ministerialdirektoren, aber miserable Staatssekretäre. Meine Frage ist: Sind Parteien noch in der Lage, geeignetes politisches Personal hervorzubringen?

Strasser

Meine Bemerkung über Laienkompetenz zielte sehr viel weiter, Herr Heigert, als dies Ihre Fragestellung impliziert. Mir ging es darum, daß Demokratie auf der Voraussetzung fußt, daß der Bürger als Laie in Grundfragen, die zur Entscheidung stehen, ein kompetentes Urteil fällen oder doch zumindest kompetent darüber urteilen kann, wer im Einzelfall wohl in seiner Richtung entscheiden wird. Dabei geht es nicht primär um Fragen der Qualifikation des politischen Führungspotentials, sondern eher um Fragen der Strukturen, in denen Willensbildung und Leistungserbringung stattfinden.

Die Entscheidungsräume werden immer unüberschaubarer, wozu auch die Interessenverflechtungen beitragen. Um ein Beispiel zu nennen: Die Juristen haben natürlich ein Interesse daran, gewisse

Abläufe so zu komplizieren, daß ihre Dienstleistung, nämlich Hilfestellung bei der Auslegung von Gesetzen zu geben, immer mehr nachgefragt wird. Es gibt eine Überkomplizierung, die das kompetente Mitreden und Miturteilen der Bürger stark erschwert. Sie ist vor allem eine Folge der Zentralisierung in Staat und Gesellschaft.

Wenn wir über die starken Verflechtungen in Europa und im Weltmaßstab sprechen, dann möchte ich eines zu bedenken geben: Kann sich irgend jemand hier einen demokratischen westeuropäischen Staat vorstellen? Ich nicht. Wie soll eine demokratische Öffentlichkeit zustande kommen, die ein mit großen Kompetenzen ausgestattetes Parlament in Straßburg kontrollieren kann? Allein schon wegen der Verständigungsprobleme unter den Bürgern wäre die Bildung eines westeuropäischen Zentralstaats ein Weg der Entdemokratisierung.

Man muß darüber nachdenken, wieweit sich eigentlich die Entscheidungszentralen von den Bürgern, auch von ihrem kulturellen, sprachlichen Milieu entfernen dürfen, wenn die Demokratie nicht völlig ausgehöhlt werden soll.

Heigert

Die Vereinigten Staaten von Europa sind für Sie undenkbar?

Strasser

Ich halte sie überhaupt für kein erstrebenswertes Ziel. Wir sollten viel eher Teilfunktionen in internationaler Kooperation lösen. Das halte ich für sachnotwendig. Mit der Verlagerung von Kompetenzen in Richtung Europa wäre ich nur dann einverstanden, wenn wir gleichzeitig die Autonomie der Gemeinden wieder vergrößerten. Unsere Demokratie ist keinen Pfifferling mehr wert, wenn in den Gemeinden praktisch nichts mehr entschieden werden kann. Dazu gehört auch eine bessere Finanzausstattung der Gemeinden.

Zur Verflechtung im europäischen und im Weltmaßstab und den daraus folgenden Sachzwängen gehört zum Beispiel auch, daß jede Regierung von der vorangegangenen einen ungeheuren Nachlaß übernimmt. Dieser Nachlaß vergrößert sich in dem Maße, wie die Projekte ständig größer werden und extrem lange Planungs- und Realisierungszeiten benötigen. Das schränkt insbesondere die finanziellen Dispositionsbefugnisse und den politischen Handlungsspielraum der nachfolgenden Regierung sowie letztlich auch das Budgetrecht des Parlaments erheblich ein. Die immer größeren Projekte verstärken überdies die Tendenz zur Zentralisierung.

Das eigentliche Problem stellt für mich also die Frage einer strukturellen Veränderung im Sinne einer Dezentralisierung dar. Diese Dezentralisierung muß allerdings mit einer gewissen funktional richtigen Verlagerung von Kompetenzen auf überstaatliche Gremien Hand in Hand gehen. Die Frage, wie bekommen wir besser qualifizierte Leute, steht nicht im Vordergrund; denn in den vorhandenen Strukturen können auch die Qualifiziertesten nichts ausrichten.

Heigert

Bei der Dezentralisierung denken Sie beispielsweise an die Energieversorgung?

Strasser

Ja. Ich halte es für lebensgefährlich, die Gesellschaft in zunehmendem Maße so einzurichten, daß die Menschen immer mehr von zentralen Versorgungseinrichtungen abhängig werden.

Heigert

Wer macht den Vertrag über die sowjetischen Erdgaslieferungen?

Strasser

Damit rennen Sie bei mir offene Türen ein. Aber vergessen Sie auch nicht den Unsinn atomarer Großkraftwerke! Ich plädiere zum Beispiel für dezentrale Wärmekraftkoppelung. Wir müssen untersuchen, welche Formen der Leistungserbringung, welche Funktionen von der Sache her wieder nach unten verlagert werden können. Dann wird auch eine demokratisch kompetente Mitsprache des Bürgers wieder in größerem Umfang möglich sein, was gleichzeitig die geplagten Parlamentarier entlasten könnte.

Klein

Über den Grad der Dezentralisierung könnten wir uns sicher einigen, Herr Strasser. In Sachen wie der Energieversorgung würde ich Ihnen allerdings nur schwer folgen. Auf der anderen Seite gibt es einen internationalen Trend zur größeren Einheit, dem wir uns auch nicht widersetzen sollten seien es nun Staatenbünde, Föderationen oder wie auch immer geartete Zusammenschlüsse. Dabei muß aber gleichzeitig die größere Autonomie sozio-kultureller und sprachlicher Regionen betont werden.

Wenn wir diesem gegenläufigen und sich wechselseitig zum Teil bedingenden Trend folgen, dürften wir gar nicht so weit auseinander sein. Ich kann mir allerdings unter diesen Vorzeichen einen europäischen Staatenbund oder ein Vereinigtes Europa sehr wohl vorstellen und wünschen.

Strasser

Ich bin der Meinung, daß unsere weltweiten Verflechtungen viel zu weit gehen; wir müssen auch die Wirtschaftsverflechtungen im Weltmaßstab wieder reduzieren. Es ist ökologisch völlig unsinnig, identische Güter über die ganze Welt hin und her zu transportieren. Im übrigen müssen auch die Länder der Dritten Welt ihre Verflechtungen mit den überstarken Ökonomien unseres Typs abbauen (nicht abrechnen!), wenn sie eine Entwicklungschance haben sollen.

Heigert

Sie sind also für die Entflechtung?

Strasser

Ja.

Bondy

Es werden hier Behauptungen in den Raum gestellt, die nicht so recht ins Thema passen und denen man deshalb nicht widersprechen kann. Ähnlich wie für Herrn Kaltefleiter galt das für mich bei Herrn Löwenthals Einschätzung der Friedensbewegung, die ich meinerseits nicht so positiv sehe. Das gleiche gilt für das Stichwort internationale Verflechtung. Die Staaten der Dritten Welt, die die geringste Wirtschaftsverflechtung haben, sind auch die ärmsten. Doch das ist hier nicht unser Thema und setzt jene von uns, die zum hier Gesagten abweichende Meinungen haben, in Verlegenheit.

Löwenthal

Ich teile Ihren Eindruck, Herr Heigert, daß die Kompetenzen der Parlamente durch die internationalen Verflechtungen beschränkt sind. Ich füge hinzu, daß sie vielleicht noch nicht genügend beschränkt sind. Angesichts der ökonomischen Probleme ist die internationale Zusammenarbeit unter den westlichen Industriestaaten nicht nur ungenügend, sondern sie ist in letzter Zeit immer schlechter geworden. Ich halte es für ganz wesentlich - das ist eines der großen Probleme, dem sich unsere Politiker noch nicht ausreichend gewidmet haben;- , dem Zerfall der Europäischen Gemeinschaft und der internationalen Zusammenarbeit der westlichen Industrieländer entschieden entgegenzuwirken.

Was das politische Personal angeht, so habe ich aus meiner Kenntnis nicht den Eindruck, daß es keinen guten politischen Nachwuchs gibt. Ich weiß nicht, wie es speziell bei den Staatssekretären aussieht, aber ich kenne eine ganze Reihe von Abgeordneten, die eine mehr als nur laienhafte Kompetenz auf ihren Spezialgebieten haben. Ich möchte Sie davor warnen, die Kompetenz der Abgeordneten nach ihrem Auftreten in den Plenardebatten zu beurteilen. Ihre eigentliche Qualität zeigt sich in den Ausschüssen, über die wir nur sehr wenig erfahren. Ich sehe also in der Personalfrage kein prinzipielles Problem, zumindest in der Bundesrepublik nicht. Dagegen hat sich in einem anderen sehr wichtigen demokratischen Land, nämlich in den Vereinigten Staaten, in den letzten Jahren die Qualität des politischen Personals erheblich verschlechtert.

Klein

Ich stimme Herrn Heigert und Herrn Löwenthal zu, daß eine gegenseitige internationale Abhängigkeit besteht und daraus Kompetenzeinschränkungen für die einzelnen nationalen Parlamente erwachsen. Ich sehe das allerdings graduell etwas anders. Wenn es zuträfe, Herr Heigert, was Sie über die europäischen Kompetenzen gesagt haben, würde mein Herz jubilieren. Es ist aber leider nicht so.

Der Bundestag und auch die Länderparlamente haben bei uns zweifellos an Kompetenz beziehungsweise an öffentlich sichtbarer politischer Wirkung eingebüßt. Die Ursache dafür würde ich allerdings wie Herr Remmers eher darin sehen, daß das überkommene Schema, das in der

Öffentlichkeit immer noch hochgehalten wird: hie Parlament, hie Regierung, eine Fiktion geworden ist. Vielmehr haben wir die Regierungsmehrheit plus Exekutivapparat auf der einen und die Opposition, gelegentlich unterstützt von den Medien, auf der anderen Seite.

Die Parteien haben viel an öffentlicher Wirksamkeit verloren, weil sie zu sehr nur den einen Teil der parlamentarischen Aufgabe betonen, nämlich das zu artikulieren und nachzuvollziehen, was die Mehrheit oder eine bestimmte Gruppierung fordert. Was sie dagegen vernachlässigen, ist die geistige oder die politische Führungsaufgabe.

In der Politik vollzieht sich vieles nach dem System der Raubtierfütterung: Wer am lautesten brüllt, kriegt den größten Brocken hingeworfen. Dabei sollten wir allerdings die Medien als Resonanzboden mit einbeziehen, die in vielen Fällen das Raubtiergebrüll noch verstärken und damit Druck auf den Politiker vor Ort ausüben, bestimmten Partikularinteressen Rechnung zu tragen.

Heigert

Das ist falsch. Dem großen Gebrüll des öffentlichen Dienstes ist in den Medien keine Resonanz beschert.

Klein

Ich meine nicht so sehr den öffentlichen Dienst oder die IG Metall. Ich denke an viel kleinere Dinge, wie Sie sie vorhin angesprochen haben: die "Brücke", das "Haus", der "Übergang". Da geben die Zeitungen, der Rundfunk, und wenn's ein bißchen größer ist, das Fernsehen einen Resonanzboden für solche Partikularwünsche ab.

Es wird auch immer eine saubere Begründung gefunden, warum das im Einzelfall so sein muß - ohne Rücksicht auf das Gemeininteresse. Da spielt die Boulevardpresse sicher eine größere Rolle als die Abonnementpresse, aber insgesamt kann man diese Tendenz schon feststellen. Sie würden sich schwertun, das im Detail zu widerlegen, Herr Heigert.

Dies ist aber einer der Gründe dafür, warum die Parlamentarier sehr viel mehr mit Dingen in ihren Wahlkreisen beschäftigt sind, die von ihrer sogenannten Basis gewünscht werden, als sie im Parlament, dem Ort ihrer eigentlichen Handlungen, vollziehen können. Hinzu kommt, daß die Parlamente weitgehend atomisiert sind - in Fraktionen, Ausschüsse und Unterausschüsse, Arbeitskreise und Arbeitsgruppen. Es ist alles so aufgeteilt, daß fast jeder Parlamentarier in einem Parlament Vorsitzender von irgend etwas sein kann, damit er auch eine gewisse Legitimation nach außen hat. Die Arbeit dieser atomisierten Grüppchen jedoch ist voll auf die Bedürfnisse und den Arbeitsrhythmus der Exekutive ausgerichtet.

Da treten wir nun in Konkurrenz zu der höheren Fachkompetenz und besseren Information in den Fachbehörden. Dieses Problem gilt für Opposition wie für Regierungsparteien gleichermaßen. Fazit: Am Schluß steht hier ein Parlament, das so fleißig ist wie kein Parlament zuvor - ich kenne die Bonner Szene als Korrespondent seit Mitte der 50er Jahre-, und es genießt in der Öffentlichkeit den Ruf, aus lauter Faulpelzen zu bestehen, weil die Kollegen im Plenum selten zu sehen sind - und der politische Einfluß dieses Parlamentes ist aus den vorgenannten Gründen ebenfalls so begrenzt wie nie zuvor.

Hier kommt ein Punkt, an dem die Mandatsträger mit den Parteien einmal darüber nachdenken müssen, ob die Form des Arbeitsnachweises, den die Parlamentarier selbst in der kleinsten Kommunalpolitik zu erbringen haben, um sich vor ihren Wählern zu rechtfertigen, nicht in die Sackgasse führt. Der Parlamentarier ist heute mit solchen Aufgaben so belastet, daß er gar nicht mehr dazu kommt, beispielsweise mit kundigen Menschen aus anderen Lebenskreisen zu sprechen. Ich denke an die Wissenschaft oder an die Kunst, die ihrerseits zwar das Bedürfnis haben, sich politisch zu artikulieren, aber relativ wenig von den politischen Abläufen kennen.

Das, wozu die repräsentative Demokratie von unseren Verfassungsvätern eingerichtet worden ist, hat in Deutschland noch nie sehr gut funktioniert, nämlich die wichtigen politischen Entscheidungen in einem begrenzten Zeitraum zu fällen auch dann, wenn sich die politische Stimmung vorübergehend oder auch grundlegend seit der Wahl geändert hat.

Heigert

Daraus folgt aber ein fataler Bestätigungsmechanismus zwischen Wählern, Abgeordneten und Parteimitgliedern, die ja überwiegend unter sich sind.

Brunnstein

Man sollte sich vor Pauschalierungen hüten; zumindest für die Stadtstaaten gilt nicht, was Herr Klein und Herr Heigert gesagt haben.

Wenn Sie etwa feststellen, Herr Klein, den Parlamentariern fehle es an Kontakten zur Wissenschaft oder zur Kultur, dann ist dies in Hamburg überhaupt kein Problem. Da man hier entsprechend den lokalen Gegebenheiten in anderthalb Stunden quer durch das ganze Staatsgebiet reisen kann, ergeben sich sehr schnell Kontakte. So ist der Parlamentarier etwa bei einer kontroversen Diskussion in der Hochschule sofort zur Stelle. Umgekehrt konnte auch ein Mann wie der jetzige Wissenschaftssenator Sinn, der keiner Partei angehört, als Vizepräsident der Hamburger Universität intensiv in die politische Szene hineinwirken.

Sie sprechen dann von der zunehmenden Komplexität, Herr Heigert. Aus meiner wissenschaftlichen Tätigkeit möchte ich zum Thema Informationsverarbeitung nur sagen, daß die Menschen zu allen Zeiten das, was sie zu entscheiden hatten, als komplex empfunden haben. Die Komplexität sah nur jeweils anders aus, ob nun auf der griechischen Agora oder bei Entscheidungen über Kriege im Mittelalter. Die Aufnahmefähigkeit des menschlichen Gedächtnisses ist eben in einer endlichen Zeit stets auch begrenzt.

Die Feststellung also, es sei alles so überaus schwierig, wir müßten die EG, die Weltsituation, die Kommunen und was weiß ich noch berücksichtigen, hilft uns überhaupt nicht weiter. Wer, wie an diesem Tisch Herr Kaltefleiter und Herr Pestel, mit Modellen gearbeitet hat, weiß: Wenn die Komplexität eines Problems ein bestimmtes Maß übersteigt, können wir die Ergebnisse der Problemlösung nicht mehr prognostizieren.

Deshalb kommt es darauf an, Komplexität zu reduzieren, die Dinge zu vereinfachen. Das gilt auch für die Politiker. Die Fähigkeit - und da sehe ich das eigentliche Problem;- , gezielt zu vereinfachen, und zwar auf das Wesentliche, fehlt vielen Politikern. Politik als Beruf wird allzuoft unter dem Gesichtspunkt ergriffen: Ich habe sonst nichts gelernt, also werde ich erst einmal Politiker.

Hereth

Sind die Parteien noch in der Lage, geeignetes politisches Personal hervorzubringen, war Ihre Frage, Herr Heigert. Rufen Sie sich einmal die letzten beiden Jahre bundesrepublikanische Politik in Erinnerung. Zum Berliner Wahlkampf flog die eine Partei eine komplette und die andere eine halbe Führungsmannschaft aus der Bundesrepublik nach Berlin ein. Auch die beiden Spitzenkandidaten für die Wahl in Hamburg, von Dohnanyi und Kiep, kommen von auswärts. Dies scheint heute ein besonderes Problem der Parteien in den Großstädten zu sein, die offensichtlich nicht mehr in der Lage sind, geeignete Kandidaten für das Bürgermeisteramt, aber auch für die gesamte Regierungsmannschaft dem Wähler zu präsentieren. Das war früher anders; denken Sie an Hans-Jochen Vogel in München.

Zunächst ist zu fragen: Was für ein Typus von Politiker ist da eigentlich gefragt? Offensichtlich jener Typus, von dem die Bürger zumindest glauben erwarten zu können, daß er wirklich meint, was er sagt und ihm nicht von irgendeinem Parteigremium diktiert wurde. Jemand, der sich, sagen wir, 5,6 Jahre lang innerhalb der Berliner SPD betätigt und dann Spitzenkandidat wird, hat dort nicht zufällig schwere Probleme. Er muß sich nämlich bei den verschiedenen Parteiflügeln so lange betätigt haben, bis seine eigenen Überzeugungen mit der jeweiligen Gruppierung amalgamiert worden sind.

Worauf ich hinaus will ist, daß so ein Politiker einem Anpassungsmechanismus unterworfen ist, der ihn für diejenigen Bürger, auf die es dann bei der Wahl ankommt, nicht mehr sehr glaubwürdig macht. Auf diese Weise - und das ist ein eminentes Problem der Großstadtparteien - werden politische Talente ruiniert und kommen nicht in Führungspositionen hinein.

Klein

Sie dürfen aber nicht vergessen, Herr Hereth, daß ja auch Hamburg und Berlin Personal nach Bonn geliefert haben. Außerdem haben es Parteien, die lange in der Opposition sind, schwer, profilierte Figuren herzubringen. Ich sehe das alles wesentlich weniger dramatisch.

Heigert

Ist die Decke unseres qualifizierten Personals dünner geworden?

Hereth

Nein, das ist nicht das Problem. Es gibt in politischen Parteien viele hochqualifizierte Leute. Entscheidend ist, daß diese Personen in den lokalen Parteiorganisationen, in denen sie sich durchsetzen müssen, zum Teil derartigen Anpassungszwängen unterworfen sind, daß sie dort nicht weiterkommen und deshalb gleichsam exportiert werden müssen.

Das Loblied auf den Ersatz-Welfen in Niedersachsen, das hier von zwei Ministern des Kabinetts, einem amtierenden und einem ehemaligen, gesungen wurde, gilt ja auch jemandem, der von außen eingeflogen worden ist. Albrecht hat sich doch nicht innerhalb der niedersächsischen CDU durchgesetzt und ist dann Spitzenkandidat geworden. Das ist aber die eigentliche Erwartungshaltung, die wir gegenüber einem Politiker haben. Ich meine, es ist irgend etwas mit den politischen Parteien nicht in Ordnung, wenn fähige Leute immer in ein anderes Land verfrachtet oder aus Brüssel geholt werden müssen, um eine Spitzenposition in der Landespolitik einzunehmen.

Um es deutlich zu sagen: Die politischen Parteien in den Städten sind zu einer geradezu mörderischen Organisationsform geworden, die politische Talente in hohem Maße abschrecken.

Pestel

Das Grundproblem sehe ich darin, daß die Qualitäten, die notwendig sind, um ein politisches Amt zu erkämpfen, ganz andere sind als die, die man braucht, um dieses Amt auszufüllen. Für amerikanische Präsidenten gilt das ganz besonders.

Noack

Die Parteien sind heute immer mehr mit bürokratischen Organisationen zu vergleichen. Das Personal der Parteien nähert sich jedenfalls in seinen Karrieremustern fast dem Beamtenstatus. Man beginnt bei den Jungsozialisten, den Jungdemokraten oder bei der Jungen Union mit der Zukunftsvision, mehr oder weniger sein ganzes politisches Leben in dieser einen Partei zu verbringen. Das wird dann prekär, wenn sich die Parteien auf diese Weise dem sogenannten Seiteneinstieg verschließen und keine Innovationskapazitäten mehr an sich heranziehen.

Klein

Ich bin zwar keine Innovationskapazität, aber ein Seiteneinsteiger.

Noack

Ein Mann mit einer solchen Zukunftsvision, der sich von vornherein in einer bestimmten Partei engagiert und nur dort auf Karriere setzt, wird in hohem Maße von dieser Partei abhängig. Die Möglichkeiten, auch außerhalb dieser Karrieremuster in den Parteien etwas zu erreichen, werden immer kleiner. Folglich wird auch der Anreiz für wirklich gute Leute, in Parteien zu gehen, immer geringer; die gehen lieber in die Industrie.

Heigert

Oder in die Bürokratie.

Noack

Paul Sethe hat einmal gesagt: Ein Otto von Bismarck würde heute am ersten CDU-Kreissekretär scheitern.

Schulze

Ich stimme Ihnen zu, Herr Noack, daß die Parteien sich immer mehr bürokratischen Strukturen annähern. Politiker lassen sich viel leichter auswechseln als Parteibükratien.

Ich sage es in aller Deutlichkeit, die Parteien, von denen wir fragen, ob sie unsere Gesellschaft repräsentieren, haben sich von dieser Gesellschaft weit entfernt und führen ein Eigenleben. Die Parteien in der Bundesrepublik führen sich auf, als gehöre ihnen dieser Staat - und natürlich auch die Medien. Die Bürger mögen das nicht. In Bonn können Sie sehr schnell feststellen, wie die Arroganz der Macht ausstrahlt. Das Wort von dem "Raumschiff Bonn" kommt nicht ganz von ungefähr. Die Politiker führen ein in sich geschlossenes Eigenleben, im Grunde ohne Rücksicht auf die Menschen, die sie gewählt haben.

Klein

Gerade die aktiven Politiker, die Mandatsträger, haben in der Regel ein intensiveres Verhältnis zu dem Mann auf der Straße als die meisten, die das in Frage stellen. Wer sonst kommt pausenlos mit so vielen verschiedenartigen Menschen aller sozialen Schichten in Berührung wie die Politiker? Sie haben jedenfalls mehr direkte Kontakte als beispielsweise die Journalisten, die zwar auch ein Gefühl für ihre Leser, Zuhörer, Zuschauer haben müssen, aber der Leser- oder der Hörerbrief ersetzt doch nicht das unmittelbare Ansprechen der Menschen, wie das beim Politiker der Fall ist.

Schmid

Wir haben in Bonn wiederholt Kurzstudien in Interviewform gemacht. Der Befund ist auf einen Nenner gebracht: Parteipolitiker und Ministerialbürokratie leben in Bonn weit voneinander entfernt und sind füreinander kaum mehr erreichbar. Statt Einsichten, ich überspitze, Herr Klein, trifft man auf Stereotypen und Pauschalurteile. Die Abschottung, die Isolierung in einer "ScheinWirklichkeit" - es gibt dafür Dutzende von Indizien - ist mit dem Ausdruck von der "Raumstation Bonn" zweifellos richtig getroffen. Journalisten, die lange Jahre in Bonn leben und arbeiten, bestätigen dies immer wieder.

Die Gesellschaft hat für Bonn weitgehend nur Publikumsstatus. Wir haben vor allem vier Gründe dafür herausgefunden, warum dieser Abschottungsprozeß in den letzten Jahren immer stärker geworden ist. Erstens gibt es eine eigene Einkommenskaste zwischen Parteifunktionären, Spitzenpolitikern und Ministerialbürokratie. Zweitens ist die Wirkung in den Medien für die Leute meist wesentlich wichtiger als die eigentliche politische Position. Drittens leben Politiker, speziell in Bonn, aber sicherlich nicht nur dort, in einem eigenen Mikrokosmos von Beratern und Zuträgern, was man immer darunter verstehen mag. Viertens hat die sogenannte Terroristenpsychose und ihre Folgewirkungen den Abschirmungseffekt dieser Kaste noch erheblich verstärkt.

Ich bin also, im Gegensatz zu Ihnen, Herr Klein, nicht der Meinung, daß man von einem relativ intimen, gut funktionierenden Kontakt zwischen Parteipolitikern und Ministerialbürokratie einerseits und Publikum, das heißt Gesellschaft, andererseits sprechen kann. Gerade darin sehe ich aber eine der Hauptursachen für die mangelhafte Rekrutierung von politischen Eliten bei uns.

Remmers

Für das Land Niedersachsen stimmt das sicher nicht.

Klein

Die Kontakte zwischen Politik, Diplomatie, Administration und der Bevölkerung sind in Bonn in der Tat schwach entwickelt.

Das hat aber vor allem einen wichtigen Grund: An Wochenenden oder in der sitzungsfreien Zeit streben die Abgeordneten sofort in ihre Wahlkreise. Sie müssen zu ihren Wählern. Von Bonn aus gibt es ja kaum eine Abstrahlmöglichkeit, es sei denn für den Kanzler oder für den Bundespräsidenten.

Dahrendorf

Den Eindruck, den besonders Herr Heigert hier erweckt hat, es könne wegen fehlender Sachprobleme uninteressant geworden sein, Politik auf Landesebene zu machen, kann ich aus meiner Erfahrung in zwei Stadtstaaten absolut nicht bestätigen. Daß da beispielsweise die europäische Verflechtung den politischen Entscheidungsspielraum praktisch aufhebt, ist auf Landesebene völlig falsch. Ich kann Ihnen aus der Hand 10, 12 Felder nennen, auf denen man in den Ländern, zumindest in einem Stadtstaat, ganz handfest Politik mitgestaltet.

Das fängt bei der Wirtschaft an, geht über den ganzen Erziehungssektor, also Schulen und Hochschulen; betrifft den Strafvollzug, die Polizei, aber auch Dinge wie den Städtebau. Auf die Gestaltung Ihrer Stadt können Sie als Landespolitiker heute erheblichen Einfluß nehmen. Und vergessen Sie nicht die Jugendpolitik, etwa im Verhältnis zu Hausbesetzern oder zur Alternativen Szene, wo Landespolitiker ebenfalls mitentscheiden. Die fehlenden Inhalte sind es bestimmt nicht, die Politiker verprellen.

Das Problem sind in der Tat die Parteistrukturen. Es ist heute so ungeheuer schwer, in verantwortliche Parteipositionen zu gelangen, wenn man sich zuvor beruflich woanders engagiert hat. Dabei wäre es so außerordentlich nötig, erst dann in die Partei 'reinzukommen. Wenn man zum Beispiel 10 Jahre lang Anwalt gewesen ist, gibt es eine ganze Reihe anderer Leute, die sich in der Zwischenzeit in der Partei hochgedient haben.

Schmid

Gibt es keine Seiteneinsteiger?

Dahrendorf

Seiteneinsteiger gibt es immer, eine ganze Reihe sogar. Da sind die Chancen im Land unter Umständen noch günstiger, weil einige, die dort ihren Beruf ausüben, mehr im Blick sind; ich denke etwa an Universitätslehrer oder auch an Journalisten. Es gibt allerdings auch Mechanismen in den Parteien, die solche Leute verprellen.

Ich kann jeden begreifen, der sagt: Warum soll ich mich einem Landesparteitag stellen, um gewählt zu werden, wenn ich bereits ein gestandener Mann bin?

Strasser

Dem Landesparteitag muß er sich schon stellen; aber ist es notwendig, vorher erst zehn Jahre durch die Ochsentour zu gehen?

Dahrendorf

Sich dem Landesparteitag stellen bedeutet häufig, daß derjenige eben nicht gewählt wird, weil ihm der Stallgeruch fehlt.

Löwenthal

Willy Brandt hat sich erst nach vielen Jahren in der Berliner SPD durchsetzen können.

Dahrendorf

Ein Wort noch zur Bürokratie. Ich meine, man tut der Bürokratie Unrecht, wenn man ihr unterstellt, sie wolle eine Art Eigenleben führen. Herr Remmers stellt da sein Licht unter den Scheffel. Er hat doch nun wirklich gezeigt, daß man mit einer Bürokratie umgehen, sie auch motivieren kann. Die Mitarbeiter in der Verwaltung, die ich zu einem großen Teil für sehr befähigt halte, begreifen ihre Tätigkeit prinzipiell nicht als Selbstzweck, sondern verstehen sich in erster Linie als Zuarbeiter, wenn sie wollen, als dienend. Worauf es ankommt ist allerdings, daß an der Spitze politisch Verantwortliche stehen, die dies anstoßen, aktivieren und aufnehmen.

Brunnstein

Hier wird teilweise mit Stereotypen operiert, die ich aufgrund meiner Erfahrungen so nicht bestätigen kann.

Etwa "Abschottung": Ich führe in Hamburg gerade einen Wahlkampf. Am letzten Samstag hatten wir in meinem Garten eine Wahlparty, zu der ungefähr 300 Leute gekommen sind. Wir hatten das vorher plakatiert, so kamen viele von der Straße herein. Herr Genscher hatte da keinerlei Abschottungsprobleme. Das habe ich auf vielen Veranstaltungen dieser Art erlebt, auch mit Innenminister Baum, der als recht gefährdet gilt. Aber vielleicht tut sich eine kleine Partei in diesem Punkt nicht so schwer.

Was die "Einfuhr" der Spitzenkandidaten von auswärts angeht, so beurteile ich die Hamburger Situation mit von Dohnanyi und Kiep ganz anders. Hier war eine Bluttransfusion notwendig, und die kann nur von außen kommen. Ob sie etwas bringt, ist eine andere Frage. Aber es gibt ja auch genügend Gegenbeispiele. Denken Sie an Rommel in Stuttgart oder an Kiep in München.

Dann das Stichwort "Ochsentour". Das kann man auch nicht so generell sagen. Genscher beispielsweise ist in relativ kurzer Zeit über den Bundesgeschäftsführer an die Spitze gekommen, ebenso Baum und Verheugen. Meine Vorgängerin als Landesvorsitzende der F.D.P. in Hamburg, Helga Schuchardt, war vier Jahre in der Partei, als sie Bürgerschaftsabgeordnete wurde; sieben Jahre nach ihrem Eintritt ging sie in den Bundestag. Ich selbst bin auch erst 1974 in die F.D.P. eingetreten und wurde nach 5 Jahren Landesvorsitzender. In der F.D.P. jedenfalls gibt es eine Ochsentour nicht so häufig; aber wir sind eben eine kleine Partei ...

Mit Stereotypen wie "generelle Abschottung", "Ochsentour" und so weiter ist es jedenfalls nicht getan; man muß schon den Einzelfall betrachten, und da gibt es in allen Parteien Unterschiede.

Noack

Im Gegensatz zu den großen Parteiorganisationen wie SPD und CDU weist die F.D.P. tatsächlich noch Züge einer Honoratiorenpartei auf.

Kaltefleiter

Solche Beispiele gibt es auch in den großen Parteien, Herr Brunnstein. Ich bin knapp vier Jahre nach meinem Umzug für ein Bundestagsdirektmandat nominiert worden. Meine Frau ist in der gleichen Zeit Ortsvorsitzende geworden. Das widerspricht allen Regeln der Ochsentour. Ein wesentliches Problem erscheint mir, daß der Bundestag gesetzlich die Anforderungen an die Kandidaten so verändert, daß man seinen Beruf aufgeben muß, wozu viele nicht bereit sind. Man darf heute in Deutschland nicht mehr für die Politik arbeiten, sondern nur noch von der Politik leben.

Das gehört ganz wesentlich zur Abschottung der Politik. Das Bundesverfassungsgericht hat uns den Unfug beschert, und weder der Bundestag noch besonders die Landesparlamente haben den verbleibenden Spielraum ausgeschöpft. Die Folge ist eine Einengung der politischen Kaste, die ich für sehr bedenklich halte. Die Enquete-Kommission hat vor einigen Jahren vorgeschlagen, die Aufstellung der Kandidaten nicht Delegierten zu überlassen, sondern den Parteimitgliedern per Briefwahl zu übertragen. Das war ein Schritt in die richtige Richtung.

Guggenberger

Repräsentieren heißt nicht nur, das gewissermaßen spiegelbildlich wiederzugeben, was sich in der Wirklichkeit findet, sondern auch über den Tag hinauszudenken, oder, wie de Jouvenel, ein des Radikalismus gewiß nicht verdächtiger Denker, einmal das Hauptgeschäft des Politikers charakterisiert hat, es ist die Kunst der Vorausschau: etwas weiter sein als diejenigen, die man repräsentiert.

Zur repräsentativen Demokratie gehört also die Erwartung, daß die Repräsentanten im gewissen Sinne "besser" sind als die von ihnen Repräsentierten, daß die politischen Entscheidungen via Repräsentation optimiert werden. Die Funktionsfähigkeit der repräsentativen Demokratie ist daher letztlich nur gewährleistet, wenn es gelingt, Menschen, die - um es in altertümlichen Begriffen auszudrücken - nach Tugend und Sachverstand aus unserer Mitte herausragen, in die entsprechenden Positionen zu bringen. Mit anderen Worten: ob der Rekrutierungsmechanismus in den Parteien funktioniert, entscheidet wesentlich über das "Gelingen" der Repräsentation. Die Parteien sollten sich selbstkritisch fragen, ob der Professionalisierungstrend, der uns den aalglatten Berufspolitiker beschert hat, der richtige Weg ist. Das Bundesverfassungsgericht hat ja unseligerweise noch dazu beigetragen, den Fulltime-job-Politiker zu fördern.

In der Tat: Der personelle Faktor ist in der Demokratie besonders wichtig. Hier wird Vertrauen erworben oder verspielt; nur Überzeugte können überzeugen. Aber gibt es noch "Überzeugungstäter" in der Volksparteiendemokratie, wo keiner mehr ein Risiko laufen will? Wenn heute einer in die (Partei-)Politik geht, dann kann von jener ideellen Nötigung, die bei Max Weber in "Politik als Beruf" noch die zentrale Motivation war, diesen Weg einzuschlagen, kaum mehr die Rede sein.

Die Volksparteien sind bei uns im wesentlichen auf Erwartungserfüllungspolitik programmiert; ihnen fehlt die Kraft zur Vorausschau. Sie greifen Themen und Meinungen erst auf, wenn diese mehrheitsfähig sind, aber dann ist es meist sehr spät, wenn nicht zu spät. So ziemlich alles, was die Gemüter im Lande bewegt, kam nicht zuerst im Parlament zur Sprache, ob es sich nun um die Kernenergie, die Ausländerfrage oder die Sorge um den Frieden handelt.

Klein

Das ist in den letzten Wochen im Bundestag alles ausführlich diskutiert worden.

Guggenberger

Aber ich bitte Sie. Das haben die Parteien doch nicht von sich aus gemacht; sie sind nicht für diese Fragen offengewesen, sondern mußten dazu von außen gezwungen werden.

Oder nehmen Sie das große Problem der Zukunft der Arbeit. Die Arbeit wird ja nicht deswegen knapp, weil die Leistungsmoral erodiert. Der Grund liegt vielmehr darin, daß wir uns einer Technik bedienen, die menschliche Arbeitskraft immer mehr ersetzt, an den Rand drängt, überflüssig macht. Auch solche Fragen vermißt man in der Parteidiskussion.

Strasser

Das ist völlig falsch. In der SPD werden diese Fragen länger und intensiver diskutiert als in der Gesellschaft - was die Medien dann veranlaßt, von der inneren Zerrissenheit der Partei zu sprechen. Das Problem ist, daß aus diesen Diskussionen in der politischen Praxis keine Konsequenzen gezogen werden und sich ein gewisser Immobilismus breitmacht.

Guggenberger

Ich will weder der SPD noch Teilen der CDU, wie dem Geissler- oder Blümflügel, eine gewisse Sensibilität für Zukunftsfragen absprechen. Aber diese Fragen werden bezeichnenderweise von Leuten gestellt, mit denen - denken Sie nur etwa an Herrn Eppler - die Parteien nicht gerade gnädig umgehen.

Dann zum Aspekt der unzureichenden Laienkompetenz: Ich glaube nicht, daß wir noch mehr Sachverständige für die dritte Novellierung des Gesetzes über den Kronkorkenverschluß brauchen. Wir haben schon zu viele von denen, die immer mehr von immer weniger verstehen. Wer nur von Kronkorken etwas versteht, versteht eben auch von Kronkorken nichts. Wir brauchen keine Mosaiksteinchenpolitiker, sondern Leute, die uns bei dem schwierigen Geschäft des Weltbild - Zusammensetzens zur Hand gehen. Die Welt in Einzelteile zu zerlegen, das besorgen schon die Wissenschaftler und die Experten in überreichem Maße.

Ich möchte diesen Punkt ausdrücklich betonen: Die Parteien können sich um die "Weltbildfunktion" nicht herumdrücken. Im Zeichen der weltanschaulichen Neutralität des Staates und des großen Erfolges, der dem Modell Volkspartei beschert war, haben die Parteien diese wichtige Aufgabe vorschnell über Bord geworfen. Ohne ein schlüssiges Gesamtbild der Politik, ohne klare Vorstellungen davon, was ihre wesentlichen Probleme sind, ohne ein Bild von der Gestaltung der Zukunft findet sich der einzelne in dieser Welt nicht zurecht, kann er gut und böse, nützlich und schädlich, Recht und Unrecht, frei und unfrei nicht zuordnen.

Eine wichtige Ursache dafür, daß die für Demokraten unverzichtbare Fähigkeit, politisch zu urteilen, verlorengeht, sehe ich darin, daß die Parteien dieser Weltbildfunktion immer weniger nachkommen. Sie haben es nicht vermocht, die "Sinnlücke" auszufüllen, die nach dem Verlust ganzheitlicher Weltbilder - früher einmal von anderen Institutionen gestiftet und getragen - entstanden ist. Vielleicht sind die Parteien in diesem Punkt ja auch überfordert; Grundwertekommissionen allein können das jedenfalls nicht leisten.

Pestel

Das hat sicher auch strukturelle Gründe. Die großen Probleme unserer Zeit sind alle horizontaler Natur; sie betreffen die verschiedensten Gebiete. Unsere politischen Strukturen sind aber vertikal ausgerichtet. Das habe ich während meiner Amtszeit ständig zu spüren bekommen. Mir wurde sehr schnell klargemacht, daß ich nicht überall mitreden könne. Die Ressorts achten eifersüchtig darauf, daß ihnen keiner von außen 'reinredet. Deshalb scheitert jeder Politiker in der Exekutive, wenn er versucht, die horizontalen Zusammenhänge zu sehen. Denken Sie an Herrn Ehmke, der das für die Bundesregierung einmal versucht hat. Hier ist eine strukturelle Änderung unerlässlich.

Ich möchte hier für die Verbesserung der Fraktionsarbeit anregen, daß von Fall zu Fall Sonderausschüsse eingerichtet werden, die sich mit Themen befassen, welche aus der Sache heraus horizontal angegangen werden müssen. Bei Energiefragen zum Beispiel müssen zugleich wirtschaftliche und ökologische Probleme mit angesprochen werden, die unterschiedliche Ressorts betreffen. Auch bei Umweltfragen sind meist mehrere Ressorts zuständig, desgleichen bei Ausbildungsfragen, wo es nicht nur um die Hochschulen, sondern zugleich um Rechtsfragen und anderes mehr geht.

Hier könnte das Parlament oder die Fraktion eine Funktion wahrnehmen, die der Exekutive schwerfällt. Damit würden die Fraktionen auch ein größeres Eigengewicht erlangen.

Klein

In den Fraktionen findet doch so etwas statt, Herr Pestel.

Pestel

Das ist sehr unzureichend, was da geschieht. Die Fraktionen würden auf diese Weise auch viel sensitiver für Probleme, die jetzt meist außerparlamentarisch aufgegriffen werden. Was die Grünen geleistet haben, ist eben eine umfassendere Sicht der Probleme. Die haben die Energiefrage nicht nur

unter Bedarfs Gesichtspunkten gesehen, sondern auch alle Folgeprobleme in ihre Überlegungen mit einbezogen.

Schmid

Mich würde interessieren, wie beispielsweise der Auswärtige Ausschuß des Deutschen Bundestages eine bundesdeutsche KSZE-Politik kontrollieren soll, die von 15 Bundesministerien in über 27 Arbeitseinheiten entworfen wurde? Dies führt doch zwangsläufig zu einem Legitimationsverlust politischer Entscheidungen!

Dahrendorf

Das kommt nur darauf an, in welcher Form diese Dinge an den Ausschuß gebracht werden. Es ist natürlich Unsinn, 27 Papiere auf den Tisch zu legen. Vielmehr muß deutlich gemacht werden, welches im Augenblick die politische Linie ist, dann wird das Parlament darauf eine Antwort geben. Man muß also die Zuarbeiten von den Schlüssel- und Kupplungsfunktionen zwischen Exekutive und Parlament trennen.

Schmid

Kann man das in der Praxis so trennen? Damit kommt doch dem in der Regel wenig transparenten Zuarbeitungsmechanismus eine entscheidende inhaltliche, das heißt politische Funktion zu.

Klein

Kann der Auswärtige Ausschuß zur KSZE-Politik Stellung beziehen? Zunächst erhalten alle Ausschußmitglieder die Papiere des Auswärtigen Amtes. Zweitens verfügen so gut wie alle Mitglieder dieses Ausschusses über intensive Kontakte zu den Mitarbeitern im Auswärtigen Amt, die an der KSZE-Konferenz teilnehmen und die Papiere für den Minister ausarbeiten. Außerdem kommt der Minister fast in jede Ausschußsitzung oder schickt seinen Staatssekretär. Wir haben also einen relativ hohen Informationsstand - wobei wir zu den Sachfragen natürlich jeweils unsere politische Meinung vertreten.

Die Abschottungsthese, die Sie aufgrund Ihrer Erhebungen aufgestellt haben, stimmt jedenfalls nicht für den Bereich der Außenpolitik. Sie brauchen sich ja nur einmal die Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses anzusehen. Alois Mertes war 25 Jahre im auswärtigen Dienst tätig; Hans Huyn und ich waren viele Jahre im Ausland. Man kennt so viele Personen auch aus anderen Bereichen. Die gegenseitige Abschottung von Politik und Administration in Bonn halte ich für nicht erwiesen.

Heigert

Mein skeptischer Einwand ist, daß sich sehr viele Parlamentarier im Land wie im Bund zunehmend um klare Entscheidungen drücken. Da wird dann lieber noch eine Enquete-Kommission eingesetzt. Das ist beim Thema Jugendprotest nicht anders wie beim Thema Frauen. Auch die Frage der Kernenergie wird noch einmal genau geprüft und zunächst verschoben. Nun ist die Kohle dran wegen des Wäldersterbens neue Enquete-Kommission, neue Untersuchungen. Ich meine, wir brauchen das alles gar nicht.

Ich habe den Verdacht, daß viele Abgeordnete in ihrer Inkompetenz und in ihrer Furcht vor Bürgerinitiativen, vor Wählergruppen und vor den Gerichten lieber überhaupt nicht mehr entscheiden, sondern erst mal nach der Wissenschaft rufen, die das dann machen soll.

Schmid

Das bedeutet eine Verschiebung und letztlich eine Entpolitisierung des Problems.

Dahrendorf

Verschieben kann doch zeitweise durchaus die richtige Politik sein. Worauf es ankommt ist, ob in der Zwischenzeit wirklich über die notwendige Entscheidung nachgedacht wird.

Remmers

Zum Teil ist der Verdacht von Herrn Heigert sicher richtig. Wenn ich nur an die Gesamtschulfrage denke. Mit wie vielen Gutachten haben wir uns gegenseitig eingedeckt, um jeweils nachzuweisen, daß der andere Unrecht hat. Da war an Wissenschaftlern kein Mangel, die das eine wie das andere

begründeten. Die eigentliche Entscheidung haben wir immer vor uns hergeschoben; denn die kann nie wissenschaftlich, sondern nur politisch sein.

Klein

Natürlich drücken sich auch Politiker gelegentlich vor Entscheidungen - so wie alle Menschen. Ich meine, wir müßten hier doch etwas mehr präzisieren.

Dettling

Ob Gutachten ein Ersatz für Politik sind oder ob die nationalen und internationalen Verflechtungen heute so groß sind, spielt im Grunde nur eine geringe Rolle für die Frage, ob sich die Menschen für Politik und Parteien interessieren. Sie interessieren sich für Politik und gehen in die Parteien, wenn sie glauben, daß dort die Themen, die sie für wichtig halten, auch tatsächlich verhandelt werden. Und solche Themen von der Westintegration bis zur Ostpolitik - sind in der Vergangenheit von den Parteien diskutiert worden.

Das zweite betrifft den Stil der Parteien. In der Tat sind sie für sehr viele Leute nur mäßig attraktiv. Parteien sind zunächst einmal Männerorganisationen - so wie manchmal auch Diskussionsrunden. Deshalb treten die meisten Frauen nicht in die Parteien ein. Dann geht es in den Parteien immer sehr formal zu - mit Geschäftsordnung und so weiter. Da ziehen viele Leute Demonstrationen vor; das macht mehr Spaß, es gibt viel mehr Spontaneität. Natürlich kann man die Parteien nicht durch Demonstrationen ersetzen, aber man kann sehr wohl fragen, ob die Parteien ihre Diskussionen nicht attraktiver und lebhafter gestalten können, um die Schwelle zwischen Mitgliedern und Nichtmitgliedern herabzusetzen. Es ist sehr wichtig, wie die Parteien sich präsentieren. Muß das so formal und so unattraktiv geschehen, wie das heute der Fall ist?

Was die Rekrutierung der Politiker angeht, so sollte man sich davor hüten, den Typus des Honoratioren-Politikers von früher zu idealisieren. Der war sicher weniger von seiner Partei und den Parteimitgliedern abhängig; ob er allerdings repräsentativer für die Gesellschaft war, beziehungsweise welche Gesellschaft er repräsentierte, ist doch sehr die Frage. Idealisieren wir im Rückblick nicht die einen, während wir die anderen zu negativ sehen? Ich meine, der konkrete Kontakt zu den Wählern heute wird zu gering veranschlagt, wenn ich an Sprechstunden, Briefe und dergleichen denke.

Wichtig wäre bei der Rekrutierung, so eine Art Selbsteinkreisung der Politiker und der Parteien zu durchbrechen. Dazu gibt es viele Vorschläge. So ist die Rede davon, Urwahlen für die Kandidaten einzuführen, etwa nach dem Vorbild der amerikanischen Primaries. Die Landeslisten müßten erheblich reduziert werden; denn sie sind die institutionalisierte Form der Parteibindung und gewissermaßen auch der Wählerdistanz. Auf diese Weise könnte man die Politik durchlässiger und interessanter für die einfachen Mitglieder machen, möglicherweise auch für die Wähler.

Rudolph

Herr Dettling hat davor gewarnt, das Abgeordnetenbild von heute einem idealisierten Bild des Abgeordneten von gestern gegenüberzustellen. Ich habe rund ein Jahrzehnt zunächst im Umkreis eines Landtags, später dann in Bonn Politik und Parteipolitiker beobachten können. Vorstellungen, wie sie beispielsweise Herr Guggenberger hier geäußert hat, halte ich schlicht und einfach für falsch. Es gibt weder diesen aalglatten Abgeordneten noch diesen Nicht-Überzeugungstäter.

Was hier geschieht ist, daß man bestimmte Phänomene, die man an der Politik und an den Politikern zu Recht kritisieren kann, zu einem Popanz aufbaut, mit dem man die Politik in Bedrängnis bringt. Lassen Sie mich das an dem Beispiel "Raumstation Bonn" verdeutlichen. Das war zunächst ein guter Begriff, der eine ganze Reihe von Beobachtungen auffing, die jeder in Bonn registriert und an denen mehr oder minder alle leiden. Diese Dinge hängen im wesentlichen mit dem kleinen Bonn, mit der bestimmten Art der Willensbildung und so weiter zusammen. Es ist alles erklärbar - und trotzdem unangenehm.

Jetzt aber wird "Raumstation Bonn" zu dem Vorwurf umgemünzt, dort finde ein Prozeß der Selbstabschottung statt, das heißt, die Politiker wollten gar nichts anderes als dieses Raumschiff Bonn. Damit wird die Situation und die Intention der Leute völlig verkannt. Was da vor sich geht, ist die Folge eines Professionalisierungsprozesses in der Politik, der in einer sich ausdifferenzierenden Gesellschaft zwangsläufig ist.

Löwenthal

Die Haltung der Bonner Bevölkerung trägt zu dieser Situation wesentlich bei.

Rudolph

Wenn der Bundestag heute in Berlin säße, wäre das dort nicht anders.

Es wird den Politikern in Bonn vorgeworfen, sie hätten die Beziehung zur Wirklichkeit verloren. Aber wo ist denn in dieser Gesellschaft Wirklichkeit? Ist es die Wirklichkeit der Parteibasen? Die unterscheidet sich kaum wesentlich von der der Parlamentarier. Das Spektrum dieser segmentierten Gesellschaft, ihre Orientierungs-Koordinatensysteme, die Vorstellungsbilder, in denen man miteinander kommuniziert, weisen doch genau die gleichen Brüche auf, die man in der Politik in Bonn finden kann.

Die Professionalisierung und Segmentierung, die wir in der ganzen Gesellschaft feststellen, ist allerdings in der Politik insofern besonders problematisch, als die Leute, die dort handeln, uns repräsentieren, also für uns erreichbar sein müssen. Deshalb sollte man sich bemühen, die Folgen dieser Ausdifferenzierung abzubauen, aber aufheben kann man sie nicht. Aus diesem Grunde halte ich es auch für ganz unsinnig, der Politik daraus einen besonderen Vorwurf zu machen und damit auf sie einzuschlagen.

Denn: Kann es - als Konsequenz aus dieser Entwicklung - ein Zurück zur Honoratiorenpartei geben? Soll eine neue Reideologisierung stattfinden? Anders kann ich die These Guggenbergers von der Vernachlässigung ihrer "Weltbildfunktion" nicht verstehen. Sollen wir etwa die Partei wieder als "Heimat" empfinden können? Carlo Schmid hat die Rede, in der er davon sprach, daß Parteien keine "geistige Heimat" bieten könnten, 1950 in Hamburg gehalten. Das war eine wichtige Station der SPD auf dem Weg zur Emanzipation hin zu einer Partei, die regierungsfähig wird. Der Grad der Professionalisierung, der uns aus verschiedenen und berechtigten Gründen unangenehm ist, läßt sich nicht wieder gänzlich zurückdrehen. Ich halte den Versuch dazu für eine Art von Eskapismus, der uns in der politischen Diskussion kein Stück weiterbringt.

Hereth

Dennoch muß man sich bewußtmachen, Herr Rudolph, daß der bestimmte Typus von Politiker, den wir heute haben, eine ganze Reihe nachteiliger Konsequenzen mit sich bringt, auch wenn wir sie nicht ändern können. Wenn sich unser Parlament durch relativ sachkompetente Abgeordnete auszeichnet, die in den Ausschüssen gute Arbeit leisten, dann ist der Preis dafür, daß dieser Abgeordneten-Typus eben nicht in der Lage ist, im Parlament die Grundlinie der Politik sichtbar zu machen und zündende Reden zu halten. Man kann nicht beides verlangen. Deshalb besitzt der Bundestag für den normalen Bürger keine große Anziehungskraft; denn bei den großen kontroversen Auseinandersetzungen wird deutlich, daß wir nur über eine recht dünne Schicht von guten Debattenrednern verfügen. Das ist so ein Preis.

Wenn die Parteien hochdemokratisiert sein, also an dem, was ihre Repräsentanten artikulieren, weitgehend mitwirken sollen, bekommen wir halt den relativ angepaßten Abgeordneten.

Was ich sagen will ist: Wir müssen die Situation sehen, wie sie wirklich ist, und dürfen nicht immer versuchen, sie mit optimistischen Vorstellungen zuzukleistern. Wir müssen uns über den Preis, den wir bezahlen, klarsein, auch wenn wir an der Situation selbst nichts ändern können.

Denninger

Die Repräsentativität des Honoratiorenpolitikers war früher dadurch gegeben, daß der einzelne Abgeordnete in die Politik von seiner Lebensgeschichte her eine bestimmte berufliche Leistung, ein Prestige und eine gesellschaftliche Stellung einbrachte. Das befähigte ihn, für seinen Lebensbereich die Repräsentation im politischen Raum zu übernehmen.

Heute sind die Politiker größtenteils Profis geworden; aus der Politik ist eine Laufbahn, eine Karriere geworden. Das wird etwas relativiert durch die erwähnte Möglichkeit zum sogenannten Seiteneinstieg. Die Professionalisierung der Politik hat also unverkennbar zugenommen, nicht nur auf Bundes-, sondern auch auf Landesebene.

Das bedeutet aber, daß die Politiker nicht mehr wie vordem eine Biographie sozusagen als Repräsentationspotential in die Politik einbringen, sondern als zunächst unbeschriebene Blätter erst ihre eigene Biographie als eine politische entwickeln müssen. Das ist zweischneidig. Es kann zum blassen Funktionärstum, zum Apparatschiktyp und dergleichen führen. Auf der anderen Seite wird damit aber auch die Chance eröffnet, daß sich die Berufspolitiker mit allen politischen Sinnen voll für das aufschließen können, was in der Gesellschaft vor sich geht. Es müßte Aufgabe der Parteien sein, dies in den Parteiparaten zu kultivieren.

Der Deutsche Bundestag, so wurde hier gesagt, ist das fleißigste Parlament der Welt; trotzdem genießt er politisch offenbar nicht das Ansehen, das er verdiente. Ich meine, das hängt mit dem übertriebenen Spezialistentum, mit der Wut zum Detail zusammen.

Was die Parteien in stärkerem Maße als bisher leisten müßten, ist nicht unbedingt die Weltbildfunktion, von der Herr Guggenberger sprach, sondern die Darstellungsfunktion, wie ich bescheidener sagen würde, zu verbessern. Bagehot sprach von der teaching function und der informing function der Parteien. Das bedeutet weg vom Detail. Laßt doch die Ministerialbeamten die Entwürfe ausarbeiten. Aufgabe der Parteien ist es, sich anschließend über die politischen Alternativen klarzuwerden. Wenn das mit Hilfe der Medien stärker in die Öffentlichkeit gebracht wird, dürfte es auch gelingen, die Demokratie, die an sich eine hochabstrakte und unanschauliche Herrschaftsform ist, etwas anschaulicher und damit auch für die Jugend wieder attraktiver zu machen.

Kaltefleiter

Ende der 30er Jahre hat einer der anerkannten Nestoren der Politikwissenschaft, Carl Jochen Friedrich, in seinem Buch "The new believe in the common man" über Wahlen gesagt, sie seien die Artikulation von Vertrauensbezügen in die persönliche Integrität und die sachliche Leistungsfähigkeit der Politiker. Das trifft den Nagel auf den Kopf.

In unserer heutigen Diskussion hatte ich mitunter den Eindruck, als würde man ein Wahlergebnis als eine inhaltliche Aussage verstehen. Das ist aber nicht der Fall, sondern Wahlen sind, ich wiederhole, die Artikulation von Vertrauensbezügen in die persönliche Integrität und die sachliche Leistungsfähigkeit der Politiker. Dabei spielen natürlich Personen eine zentrale Rolle. Personen haben eine Art Deutungsfunktion für komplexe politische Tatbestände; ihre Aufgabe ist es, sie gewissermaßen symbolisch zu vereinfachen.

Lassen Sie mich an einem provokativen Beispiel klarmachen, was ich meine. Am Stadtrand von Köln, wo ich Ende der 60er Jahre wohnte, stand eine große Windmühle. Eines Tages fuhr ich mit meinem damals dreijährigen Sohn an dieser Windmühle vorbei. Der kleine Kerl winkte ihr zu und sagte: "Tschüs, Windmühle, in drei Wochen kommen wir wieder." Er sah also diese Windmühle wie eine Person an, mit der er sich unterhalten könnte wie mit Vater und Mutter.

Ich würde jetzt ganz provokativ sagen: In bezug auf die Komplexität der Politik entsprechen Interesse und Aufnahmefähigkeit eines normalen Menschen dem Niveau eines Dreijährigen. Das ist auch völlig normal. Wir können darüber rasonieren mit der Arroganz, die uns Berufspolitizierenden eigen ist, aber es ist die Realität. Die totale Uninformiertheit der normalen Bürger ließe sich leicht belegen. Ich brauche nur mit einer Fernsehkamera auf den Marktplatz zu gehen und die Leute zu fragen, wie hoch der Bundeshaushalt ist. Da bekomme ich die unsinnigsten Antworten. Auf der anderen Seite ist aber auch festzustellen, daß die Leute ein durchaus vernünftiges Verständnis für politische Zusammenhänge haben.

Die Laienkompetenz ist nicht eine Frage, ob man alle Detailfragen, die gerade anstehen, genau beurteilen kann, sondern inwieweit man diese Einzelheiten in Zusammenhänge einordnen und Vertrauensbezüge herstellen kann. Das Parlament kann nicht der Ort sein, um die 43. Veränderung zur 45. Verordnung zu kontrollieren oder Einzelheiten etwa des Seerechts zu diskutieren. Im parlamentarischen System hat die Parlamentsmehrheit die Aufgabe, die Regierung zu tragen, während die Opposition sie kritisieren soll.

Huber

Ihr Parlamentarismusverständnis finde ich befremdlich, Herr Kaltefleiter. Sie degradieren das Parlament zum Regierungsbestätigungs- oder -kritisierverein. Das scheint mir doch sehr problematisch.

Nun zur Frage, ob die Nachwuchsdecke an qualifizierten Politikern zu dünn ist. Vielleicht kann ich Ihnen Mut machen, wenn ich Ihnen die Entwicklung bei den Jüngeren in den letzten 15 Jahren schildere. Um 1968 herum hatte eine breite Stimmung die Jugend ergriffen, die im Grunde vorwegnahm, was der Öffentlichkeit erst zehn Jahre später bewußt wurde. Die technischen Berufe kamen in Verruf. Es entstand so etwas wie ein ökologisches Bewußtsein. Es gab einen Trend zu sozialen, kulturellen und erzieherischen Berufen.

Die soziale Marktwirtschaft hat man damals wieder als Kapitalismus begriffen und abgelehnt. Keiner der Jungen wollte Unternehmer werden oder sich selbständig machen. Es gab einen starken Run auf die Schulen und Hochschulen. Man wollte Wissenschaftler, Publizist oder Journalist werden.

Wenn jemand damals Politiker wurde, galt er entweder als Karrierist, oder er hatte das Image eines trinkfesten und geschäftsordnungsmächtigen Vereinsmeiers. Das war auch nicht sehr anziehend. Die Folge war, daß die aktiven Kräfte im vorparlamentarischen oder außerparlamentarischen Raum verblieben.

Man hat nun zehn Jahre lang und länger Erfahrungen mit Sozialberufen, Wissenschaft, Publizistik und außerparlamentarischem Engagement gemacht, und diese Erfahrungen haben die Erwartungen doch stark relativiert. Wir erleben jetzt eine erneute Hinwendung zu technischen Berufen, aber unter veränderten Vorzeichen. Viele, die heute Techniker werden, haben die ökologische Fragestellung aufgenommen; sie wollen etwas zur Lösung der Energiefrage leisten, Stichwort: Energiesparen, zur sinnvollen Anwendung der Mikroelektronik beitragen und anderes mehr.

Ebenso gibt es heute eine Bewegung der sogenannten "neuen Selbständigen". Sich-selbständig-Machen ist wieder reizvoll geworden. Aber auch da hat sich etwas verändert. Diejenigen, die sich selbständig machen, wollen nicht mehr nur - im Sinne des alten Unternehmertums - Geld verdienen, sondern sie wollen dabei auch leben.

Kaltefleiter

Leben die alten Unternehmer nicht?

Huber

Gewiß, aber der Erwartungshorizont ist ein anderer geworden. Die Identifikation mit dem Betrieb hat sich verringert; man betrachtet das mehr als ein Mittel zum Zweck. Hinzu kommt, daß es den "neuen Selbständigen" nicht nur um technische, sondern auch um soziale Neuerungen geht.

Diese Entwicklung hat nun auch vor der Politik nicht haltgemacht. Da die etablierten Parteien, wie hier gesagt wurde, der Bürokratie immer ähnlicher geworden sind, sind sie nicht mehr attraktiv. Deswegen gehen viele Leute entweder in außerparlamentarische Basisgruppen, das heißt in Bürgerinitiativen, oder zu Gruppierungen wie den Grünen oder Alternativen Listen.

Ich glaube, daß Sie in diesem Punkt die zukünftige Entwicklung falsch sehen, Herr Kaltefleiter. Wenn sich die Grünen im politischen Links-Rechts-Spektrum als eine linksgerichtete Partei festlegen, werden sie eine große Zukunft haben. Bemerkenswert und scheinbar paradox ist dabei, daß die Grünen nicht in erster Linie eine ökologische Partei sind - denn die ökologische Problematik wird heute von allen Parteien aufgegriffen;- , sondern daß sie so etwas wie eine neue Klassenpartei sind, die ein ganz bestimmtes Publikum repräsentiert, vor allem die neuen sozialberuflichen Mittelschichten, die sich ihrerseits an eine Klientel von Sondergruppen wendet.

Das Hauptproblem der SPD für die Zukunft scheint mir die Frage ihrer Arbeiterbewegungs-Identität zu sein. Eine Rückbesinnung auf die Facharbeiterschaft kann nur kurzfristig erfolgreich sein; denn diese Gruppe geht auf längere Sicht zahlenmäßig zurück.

Löwenthal

Ich habe auch nicht behauptet, daß sich die SPD vornehmlich auf die Facharbeiter konzentrieren soll.

Heigert

Die wählen ohnehin CDU.

Brunnstein

Ich bezweifle, daß Politiker in vielen Bereichen überhaupt kompetent sein können. Ich lehre seit 10 Jahren Anwendungen und Wirkungen von Informationstechnologie. Ob es sich um das Thema Informationstechnik und Privatsphäre, also Datenschutz, oder um die Wirkungen von Informationstechniken auf die Arbeitsplätze handelt: Ich kenne kaum einen Politiker im Deutschen Bundestag, der von der Kompetenz her hätte wirklich beurteilen können, was er da beschlossen hat, etwa beim Bundesdatenschutzgesetz. Dann verwundert es natürlich nicht, wenn die Politiker nicht vorhersehen können, welche Wirkungen im Bundesdatenschutzgesetz "eingebaut" wurden.

Und wenn Herr Huber hier von einem Aufbruch der jüngeren Generation zu einer sinnvollen Nutzung der Mikroelektronik spricht, so ist das schlicht Wunschdenken. Unter meinen Studenten sind fast nur eingefleischte Technokraten. Denen müssen wir erst einmal bewußtmachen, welche Implikationen diese Technologie hat.

Wenn Herr Guggenberger sagte, Technologie ersetze menschliche Arbeitskraft, so gibt es - auch wenn ich das als Wissenschaftler kritisch sehe - überhaupt keinen Beweis, daß bisher ein einziger Arbeitsplatz dadurch ersetzt wurde. Es gibt Befürchtungen, daß dies so werden könne. Ich könnte Ihnen am Beispiel der Druckindustrie im einzelnen nachweisen, daß zwar erhebliche Kompetenzverlagerungen stattgefunden haben, auch daß neue Arbeitsplätze nicht geschaffen wurden, aber mit der Begründung: "Ihre Arbeit macht jetzt ein Computer" ist meines Wissens noch niemand entlassen worden. Nach meinen Erfahrungen spielen viele Faktoren zusammen, wenn Arbeitsplätze wegrationalisiert sind, wobei der Computer eines der Instrumente zur Rationalisierung ist, nicht aber Auslöser der Rationalisierung.

Guggenberger

Es sind aber, verglichen mit der Zeit vor dem 2. Weltkrieg, nur noch knapp 40 Prozent der Erwerbstätigen in der Sachgütererzeugung beschäftigt.

Brunnstein

Es ist richtig, daß keine zusätzlichen Arbeitsplätze geschaffen wurden.

Um auf die Kompetenzfrage zurückzukommen: Die Politiker sind - wenn sie nicht zufällig Fachleute sind, und das ist selten - in der Regel überfordert, die Technologieeinflüsse richtig einzuschätzen.

Pestel

Sie können sich ja von außen her informieren.

Brunnstein

Das war für mich selbst ein Grund, um in die Politik zu gehen - dafür habe ich natürlich andere Defizite. Ich bezweifle sogar, daß die Kompetenz vieler Politiker ausreicht, um sich in komplizierte Zusammenhänge einzuarbeiten. Beispiel: Das Gutachten der Enquete-Kommission zur Kernenergie kann nicht einmal jemand, der das lange studiert hat, in allen Details verarbeiten. Unsere Fähigkeit, komplexe Zusammenhänge aufzunehmen und daraus Entscheidungen zu fällen, ist doch oft einfach überfordert. Wir müssen versuchen, in diesen Dingen mit ganz anderen Kriterien vorzugehen und Komplexität zu reduzieren - ohne daß aus solcher Verkürzung gleich Verfälschung wird.

Zudem geht es in dem Beziehungsgeflecht zwischen Parlament, Parteien und Politikern weniger um Kompetenz als vielmehr um Interessen. Warum sind eigentlich so viele Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes in den Parlamenten? Weil das mit ihren Karrieremustern übereinstimmt. Und anders herum: Warum sind so wenige Angehörige freier Berufe oder Mittelständler Abgeordnete? Dieses sind nämlich die viel maßgeblicheren Strukturen.

Hereth

Das ist zu einfach.

Guggenberger

Ich glaube nicht, daß die großen Erfolge der Grünen und Alternativen Listen im wesentlichen darauf zurückzuführen sind, daß sich hier eine neue Klassenpartei etabliert hat, eine mehr oder weniger geschlossene Szene, die dann auch auf eine relativ feste Prozentzahl fixiert bleibt. Die erstaunlichen Erfolge müssen im übrigen auch vor dem Hintergrund der Wettbewerbsbedingungen für parteipolitische Newcomer hierzulande gesehen werden: Die Fünfprozentklausel übt ja eine Präventivwirkung aus, derzufolge eine neue Partei ein Wählerpotential von mindestens 8 bis 9 Prozent haben muß, wenn sie glatt über die Fünfprozenthürde hinwegkommen will.

Ich meine, der Erfolg ist vor allem darauf zurückzuführen, daß von diesen Gruppierungen ein neues großes Thema angesprochen wird, das politisierbar ist. War, vereinfacht gesagt, das große Thema des 19. und auch noch eines Teils des 20. Jahrhunderts die Entfesselung der Produktivkräfte: durch Verwissenschaftlichung, Industrialisierung, Modernisierung, Wachstum, so besteht die Herausforderung heute, wenn wir überleben wollen, in der Bändigung dieser Produktivkräfte. Das bedeutet nicht, den Fortschritt zurückzudrehen. Aber wir müssen eine Art Kosten-Nutzen-Bilanz aufstellen: Was hat der Fortschritt gebracht, was hat er genommen? Wo muß was, wie und mit welcher Geschwindigkeit wachsen, und wo muß gebremst werden? Merkwürdigerweise sind

konservative Wissenschaftler und auch manche konservativen Parteipolitiker sensibler für das, was sich hier an neuen Notwendigkeiten auftut.

Ökologie als die Einsicht in die Art und Weise, wie Menschen künftig leben müssen, wenn sie überleben wollen, halte ich für ein politisierbares Epochenthema vorn Rang der sozialen Frage des vorigen Jahrhunderts. Deshalb sehe ich auch keinen Grund, warum eine Partei, die hier programmatisch etwas zu bieten hat, nicht ihren Weg machen sollte. Es wird ganz sicher zum Alltagsbild unseres Parteiensystems in den späten 80er Jahren gehören, daß wir in den Parlamenten eine Umweltpartei haben werden, zumal, wenn sich die etablierten Parteien als wenig lernfähig erweisen sollten.

Sicherlich müssen die Parteigrünen nicht das letzte Wort in Sachen Umweltpartei sein. Hier könnte vieles in Bewegung kommen, wenn die SPD weiterhin so erodiert, wie es gegenwärtig der Fall ist.

Ein Punkt, den wir leider nicht diskutiert haben, den ich aber für ungemein wichtig erachte, betrifft den Hinweis von Herrn Löwenthal in seinem Referat auf die zunehmende Infragestellung des Mehrheitsprinzips durch lokale Selbstbestimmungsbestrebungen, also vor dem Hintergrund der Bürgerinitiativbewegung.

Es gibt in der Bundesrepublik rund 20000 Bürgerinitiativen, die insgesamt etwa 4 Millionen Menschen in irgendeiner Weise aktiviert haben. Das sind erheblich mehr Menschen, als alle drei Bundestagsparteien zusammen Mitglieder haben, Karteileichen eingeschlossen. Ich meine, dieser wachsende Bürgerprotest der letzten Jahre stellt eine politische Herausforderung dar, die uns zwingt, über die ungeschriebenen Voraussetzungen, an welche die Gültigkeit der Mehrheitsregel gebunden ist, neu und grundsätzlich nachzudenken.

Das Mehrheitsprinzip ist, genau wie das Repräsentationsprinzip, zunächst dem Gedanken der Mäßigung verpflichtet. In totalitären Staaten findet es bezeichnenderweise keine Anerkennung. Nur dort, wo auch der unterlegene Part aus übergeordneten Erwägungen heraus noch zustimmen, sprich bei der Rechtsgemeinschaft verbleiben kann - wo er also die Kröte der Mehrheitsentscheidung schlucken kann, ohne sich daran zu verschlucken;-), kommt dieser Mehrheitsentscheidung legitimitätsstiftende Funktion zu. Das Mehrheitsprinzip darf und darauf kommt es entscheidend an - keine Minderheitenpositionen auf Dauer festschreiben. Der Sprachenstreit zwischen Flamen und Wallonen läßt sich nicht mit dem Schwert der Mehrheitsentscheidung auflösen.

Auf vielen Gebieten des technisch-wissenschaftlichen Fortschritts wie zum Beispiel in der Genchirurgie, der Umweltchemie, der Weltraumforschung, der Kernenergie, der Verkehrs- und Städteplanung oder auch der neuen Medien, haben wir es nun mit politischen Entscheidungen eines historisch neuen Typs zu tun. Die Auswirkungen dieser Entscheidungen sind so gravierend und von einer solchen Reichweite, daß sie für die abweichenden und überstimmten Minderheiten irreversibel erscheinen.

Damit ist das, was die klassischen Theoretiker des Mehrheitsprinzips als unabdingbare Voraussetzung für seine Anwendbarkeit geltend gemacht haben, daß nämlich Entscheidungen korrigierbar sein müssen, reversibel, außer Kraft gesetzt. Man kann dann nicht mehr argumentieren: "Heute seid Ihr zwar unterlegen, aber das kann sich schon morgen wieder ändern, wenn Ihr nur für eine Änderung der Mehrheitsverhältnisse sorgt." Wenn Kernkraftwerke erst stehen, nützen neue Mehrheiten nichts mehr. Es ist gewiß kein Zufall, daß wir die spektakulärste Verweigerung gegenüber dem Folge und Gehorsamsanspruch des Staates gegenwärtig im Bereich der Planung und des Baus kerntechnischer Anlagen erleben.

Löwenthal

Ich bin nicht der Meinung, Herr Guggenberger, daß Bürgerinitiativen, die gesamtgesellschaftlich gesehen Initiativen von Minderheiten sind, generell negativ zu bewerten sind. Im Gegenteil; in echt lokalen Fragen, also in Fragen ohne gesamtgesellschaftliche Bedeutung, haben Bürgerinitiativen vieles Nützliche und Konstruktive geleistet und werden das auch weiterhin tun.

Wogegen ich mich wende ist, daß man in Fragen von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung ein absolutes Recht von Minderheiten konstruiert und postuliert, mit der Begründung, hier werde irreversibler Schaden angerichtet. Ich akzeptiere die These nicht, daß der Bau eines Kraftwerks, das man nach einer Reihe von Jahren wieder stilllegen kann, wenn genügend andere Energiequellen vorhanden sind, irreversiblen Schaden anrichtet. In diesen Dingen müssen die gesetzmäßigen Mehrheitsentscheidungen durchgreifen - darauf bestehe ich als Demokrat.

Was die Rekrutierung von qualifiziertem Nachwuchs für die Politik angeht, so sehe ich die innerparteiliche Demokratie auf den unteren Ebenen als ein Hindernis an. Das mag sehr undemokratisch klingen, aber es ist eine Erfahrungstatsache. In vielen Parteiorganisationen treffen qualifizierte Leute auf eine quasi versteinerte Gruppe von Parteimitgliedern, denen man sich anpassen muß, wenn man weiterkommen will.

Ich sehe dagegen nur ein Mittel, auf das Herr Dettling hingewiesen hat, nämlich die Möglichkeit zu schaffen, daß die Auswahl der Kandidaten nicht nur durch innerparteiliche Demokratie, sondern auch durch Primärwahlen entschieden wird. Wir sollten uns ernsthaft überlegen, ob es nicht möglich ist, bei der Auswahl der Wahlkreiskandidaten - ich will die Zweiteilung von Wahlkreis- und Listenkandidaten nicht aufheben - mit Primärwahlen zu experimentieren, damit Leute sich durchsetzen können, nicht weil sie einer Ortsgruppe gefallen, sondern weil sie den Wählern gefallen.

Remmers

Ich möchte die Lehre aus dieser Diskussion ziehen, daß es offensichtlich möglich ist, miteinander in dieser Weise zu debattieren, ohne die Gegensätze bis zur Unversöhnlichkeit zu vertiefen. Das tun wir mitunter in der Politik, und das ist der Demokratie allemal abträglich.

Ein zweiter Punkt kommt hinzu: Was wir hier auch getan haben, ist immer wieder darüber nachzudenken, ob derjenige, der eine andere Position vertritt, nicht auch recht hat. Mir ist das in dieser Diskussion mitunter so ergangen, und ich erlebe es hin und wieder auch im Parlament. Da hat man so eine richtig schneidige Rede gehalten, und dann kommt der von der Opposition und man denkt, in dem und jenem Punkt hat er auch wieder recht. Ich halte dies für einen ganz wichtigen Gesichtspunkt; nur so können Parteien und Politiker lernfähig bleiben.

Heigert

Sie sagen, Herr Remmers, man muß hinhören, was die anderen sagen; vielleicht haben sie ja auch recht. Aber stehen Sie nicht den Wählern gegenüber unter dem Zwang, so zu tun, als könnten Sie alles und hätten die Dinge im Griff? Ein Politiker kann sich doch nicht hinstellen und sagen: "Ich weiß auch nicht weiter." Er kann auch nicht hingehen und von den Leuten irgendwelche Verzichte verlangen, wenn er populär bleiben will. Das ist in einer Demokratie nicht möglich; es sei denn, es ist Krieg.

Strasser

Das stimmt nicht; die Menschen werden in diesem Punkt unterfordert.

Heigert

Das wäre ja fabelhaft; aber ich bin da skeptisch.

Gretz

Wenn ich als Gastgeber das Schlußwort halte, bin ich in der angenehmen Lage, Ihnen berechtigten Dank für diese Diskussion abtatten zu dürfen. Denn diese Diskussion ist - ich möchte das unterstreichen, was Herr Minister Remmers eben sagte - sehr ehrlich und offen gewesen, sie hat nicht nur im Reden, sondern auch im Zuhören bestanden. Bemerkenswert erscheint mir dabei besonders, daß man aus den Beiträgen in vielen Fällen nicht darauf schließen konnte, welcher politischen oder sonstigen Richtung der Sprecher wohl angehörte. Das kam der Lebendigkeit unserer Diskussion sehr entgegen.

Dieses Gespräch hat mich an eine Diskussion zu fast dem gleichen Thema erinnert, die ich am Wochenende in Budapest mit einigen ungarischen, österreichischen, westdeutschen und ostdeutschen Teilnehmern hatte. Bei dieser Gelegenheit habe ich an einer Stelle gesagt, die westlichen Demokratien seien doch gegenüber den sozialistischen Staaten mit ihrem Einparteiensystem deutlich im Vorteil; denn die Vielfalt der Parteien bei uns garantiere eine breitere Meinungs- und Bewußtseinsbildung im Politischen, als es dort der Fall sei. Das wurde von einem Vertreter der DDR mit den Worten bestritten: "Unsere Partei wurzelt so tief im Volk, daß sie allein in der Lage ist, die ganze Breite des Volkes zu repräsentieren. Auf die Zahl kommt es überhaupt nicht an." Daraufhin erwiderte ein Ungar, gelegentlich käme es doch auf die Zahl an, zum Beispiel beim Fernsehen. In Ungarn gebe es nur ein erstes und ein zweites Fernsehprogramm; die DDR dagegen sei in der Lage, täglich fünf Programme zu empfangen; das wäre für die politische Bewußtseinsbildung doch sehr günstig.